

Ulrike Hörster-Philipps/Reinhard Kühnl (Hrsg.)
Hitlers Krieg?

Zur Kontroverse um Ursachen und Charakter des Zweiten Weltkriegs

Beiträge von Gilbert Badia, Valentin Bereschkow, Jost Dülffer, Ulrike Hörster-Philipps, Ludwik Krasucki, Reinhard Kühnl, Manfred Messerschmidt, Elisabeth Raiser, Christian Streit, Hermann Weber

In Zusammenarbeit mit der Joseph-Wirth-Stiftung

Pahl-Rugenstein

Köln 1989

[7:]

Ulrike Hörster-Philipps

Aufklärung statt Verdrängung

Von der Notwendigkeit der Geschichtsaufarbeitung

Ein halbes Jahrhundert nach Beginn des Zweiten Weltkrieges hat die Auseinandersetzung um seine Ursachen und seinen Charakter weder an Schärfe noch an Bedeutung verloren. Kaum ein anderes Thema verweist so sehr auf die untrennbare Verknüpfung, die zwischen der Einsicht in historische Zusammenhänge und den politisch-strategischen Schlußfolgerungen für Gegenwart und Zukunft besteht. Wie sehr Kriegsursachenanalyse und Charakterisierung des Krieges mit kurz- und längerfristigen Optionen für friedliche Koexistenz, Entspannung und Abrüstung oder für Abschreckung, Konfrontation und Aufrüstung verbunden sind, hat nicht zuletzt die als „Historikerstreit“ bezeichnete Kontroverse um Grundfragen der Interpretation des Hitlerfaschismus und des Zweiten Weltkrieges gezeigt.

Neue Impulse hat die Diskussion um Vorgeschichte und Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auch durch die Geschichtsdebatte in der Sowjetunion erfahren. Themen wie der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939 oder die Bewertung der Stalinschen Außenpolitik haben viele neue Fragen aufgeworfen.

Von bundesdeutscher Seite hat sich die Diskussion um den Zweiten Weltkrieg spätestens seit Beginn des Historikerstreits 1986 neu belebt. Günther Gillessen, Chefredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, hat schon am Anfang der Debatte 1986 seine wesentlichen Schlußfolgerungen aus der Bewertung des Krieges für die Gegenwart gezogen. Ausdrücklich stellte er eine „besondere Friedensschuld der Deutschen“, die sich aus dem Aggressionskrieg Hitlerdeutschlands gegen [8:] die Sowjetunion ergeben könnte, in Anrede. „Wer wollte wen im Jahre 1941 überfallen, Hitler Stalin oder Stalin Hitler?“, fragt Gillessen. Der Zweite Weltkrieg – Hitlers Krieg? Oder wessen Krieg sonst? Die Frage, wer der Aggressor war, um wessen Krieg es sich handelte, hat nicht zu übersehende Konsequenzen für die Grundrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik heute. Gillessen resümiert in diesem Sinne, ausgehend von der Behauptung, 1941 seien zwei gleichermaßen aggressive Diktatoren – Hitler und Stalin – aufeinandergestoßen: „Hitlers Überfall gab Stalin die Möglichkeit, den Krieg, ohne Rücksicht auf seine komplizierte Vorgeschichte, als Krieg der Verteidigung Rußlands, als großen vaterländischen Krieg, darzustellen. Spätere sowjetische Führungen suchten die schweren Verluste an Leben und die Zerstörungen an Gut, die er brachte, in eine besondere Friedensschuld der Deutschen gegenüber der Sowjetunion umzumünzen und außenpolitisch-propagandistisch zu operationalisieren. Die Fortsetzung fiel nicht mehr so leicht, wenn sich mehr Klarheit über die Vorgänge der Jahre 1940/41 gewinnen ließe.“¹

Auch 1989, im fünfzigsten Jahr nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, fehlt es nicht an Versuchen, die Kriegsschuldfrage umzukehren;² alte Thesen, die längst schon von renommierten Fachwissenschaftlern zurückgewiesen wurden,³ werden neu belebt: nicht Hitler sei 1941 der eigentliche Aggressor gewesen, sondern Stalin, der seine Truppen an der Ostgrenze des Deutschen Reiches konzentrierte. Ein neuer „Historikerstreit“ stehe bevor, spekulierten die Medien.⁴ Geführt wird die Diskussion ohnehin längst und vorwiegend auf der politischen Ebene: „Es sieht so aus, als spiele sich der ‚Historikerstreit‘, der im Jahr 1986 über den Standort des Nationalsozialismus für uns heute

¹ Günther Gillessen: Der Krieg der Diktatoren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 20.8.1986.

² So erst in jüngster Zeit wieder Viktor Suvorov: Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül, Stuttgart 1989.

³ Vgl. u. a. Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hrsg.) „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984; dies.: Kriegspropaganda mit der „antibolschewistischen Platte“, in: Frankfurter Rundschau vom 23.6.1987 sowie Wolfram Wette: Erobern, zerstören, auslöschen, in: Die Zeit vom 20. November 1987, sowie die zahlreichen Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg, insbesondere das Standardwerk: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Stuttgart, 1979 ff.

⁴ Der Spiegel Nr. 10 vom 6.3.1989.

entbrannt war, künftig nicht mehr unter Akademikern und Intellektuellen ab, sondern auf allen Ebenen und republikweit.“⁵

Die Debatte um Ursachen und Auslösung des Zweiten Weltkrieges, die Kriegsschuldfrage, wäre mit Sicherheit längst im Sande verlaufen, stünde an ihrer Wiege nicht eben jene politische Zweckbestimmung, die sich in Gilllessens Begriff [9:] der deutschen „Friedensschuld“ – die man auch, vielleicht präziser, „Friedensauftrag“ nennen sollte⁶ – widerspiegelt. Wird der Charakter des Zweiten Weltkrieges nicht mehr als Eroberungs- und Angriffskrieg und – im Osten – als totaler Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands bestimmt, sondern als „Krieg zweier Diktatoren“ oder gar als „Präventivkrieg“ Hitlerdeutschlands gegen einen bevorstehenden Angriff der Roten Armee interpretiert,⁷ kann die Schlußfolgerung nur lauten, wachsam und möglichst gut gerüstet weiteren möglichen Aggressionsgelüsten aus dem Osten entgegenzutreten. Nur die Wehrhaftigkeit gegen den potentiellen Aggressor bietet aus diesem Blickwinkel die Garantie für die eigene Sicherheit, nur die Aufrüstung Schutz vor möglichen Erstschlägen des Gegners.

Alte – inzwischen weitgehend abgebaute – Feindbilder der „Bedrohung aus dem Osten“, alte Bedrohungsängste, sollen reaktiviert und allen vernünftigen Vorstellungen über Friedenssicherung heute entgegengesetzt werden. Es soll der Blick dafür verstellt werden, daß unter den heutigen Bedingungen Sicherheit nur gemeinsam zu erreichen, nicht gegeneinander zu errüsten sei. Die politische Quintessenz einer Geschichtsinterpretation, die den Charakter des Zweiten Weltkriegs als lange geplanten Angriffskrieg Hitlerdeutschlands leugnet, lautet: nicht eine Politik friedlicher Koexistenz der unterschiedlichen sozialen Systeme, nicht Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zur Lösung der globalen Probleme, vor denen die Menschheit steht, nicht die Entwicklung kooperativer und vertrauensvoller zwischenstaatlicher Beziehungen, sondern die Erlangung militärischer Stärke und Überlegenheit ist geboten. Konfrontation statt Koexistenz – lautet die Kurzformel dieses politischen und militärischen Konzepts.

Die Beschäftigung mit der Geschichte bietet andererseits zahlreiche Möglichkeiten, aus Fehlern und Fehlentwicklungen Schlußfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen, Ansätze neuen Denkens und Handeins in der Geschichte aufzuspüren sowie Alternativen zu politischer Konfrontation und militäri-[10:]scher Aggression zu erkennen. Die Geschichte ist ein Erfahrungsquell, aus dem politische Strategien der Friedenssicherung heute zu gewinnen sind.

Das Weizsäcker-Wort zum 8. Mai 1985, daß, wer vor der Vergangenheit die Augen verschließe, blind werde für die Gegenwart, besagt, daß erst aus der Kenntnis der Geschichte Friedensfähiges Handeln heute – individuell und gesellschaftlich – erwachsen kann. „Unversöhnt mit der Vergangenheit“ im Sinne der Erkenntnis und Anerkennung der Verantwortung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg, „sind wir umso leidenschaftlicher für den Frieden“, hat der Schriftsteller Siegfried Lenz, bezugnehmend auf die im Historikerstreit vorgetragenen Thesen, die Gedanken Weizsäckers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Oktober 1988 weitergeführt.⁸

Fünfundzwanzig Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs ist die Beschäftigung mit den Erfahrungen und Ergebnissen der Geschichte – vielleicht mehr denn je – unerlässlich. Die Analyse der Ursachen und des Charakters des Zweiten Weltkrieges, die Aufarbeitung seiner Vorgeschichte und Folgen können Aufschluß geben über die zum Krieg treibenden Faktoren und Hilfestellung bieten bei der Diskussion um neue Strategien der Kriegsverhinderung: Fünfundzwanzig Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges ist Europa, ist die Bundesrepublik vor die Frage gestellt, wie eine dauerhafte europäische Friedensordnung geschaffen, wie der Frieden in Europa gesichert werden kann.

Welche Erkenntnisse sind zu gewinnen, welche Schlußfolgerungen lassen sich ziehen?

⁵ Gunter Hofmann: Von Identität reden, nach Normalität suchen. Vierzig Jahre Bundesrepublik: Bei den Jubelfeiern sollen – fast – alle dabei sein, in: Die Zeit vom 30.12.1986.

⁶ Gerd Ueberschär in der FAZ vom 31.10.1986.

⁷ So als einer der ersten im Historikerstreit Joachim Hoffmann: Stalin wollte den Krieg, in: FAZ vom 16.10.1986.

⁸ Rede von Siegfried Lenz: Am Rande des Friedens, in: FAZ vom 10.10.1988.

1. Die Gewalt als Mittel der Politik, sei es zur Erreichung bestimmter politischer Ziele, sei es zur Sicherung und Eroberung von Einfluß- und Machtsphären oder zur Durchsetzung hegemonialer Konzepte, muß ausgeschaltet werden. Alle Politikkonzepte, die auf Abschreckung oder Androhung von Gewalt basieren, haben sich in der Geschichte als verhängnisvoll erwiesen. Galt bis zum Ersten Weltkrieg noch das „ius ad [11:] bellum“, das Recht auf Krieg als politikbestimmendes Konzept, so ist nun angesichts der atomaren Bedrohung jede Frieden und Stabilität gefährdende Variante der Politik abzulehnen und zu bekämpfen. Von der Aggressionsbereitschaft und letztlich der Aggression, die die Politik der Hitlerzeit prägten, müssen wir heute zu einer Strategie der Kriegsverhinderung kommen, von der Abschreckung zu einer neuen Sicherheitspolitik. Gerade weil wir über die historische Erfahrung verfügen, daß aufgrund des Scheiterns aller Bemühungen um Abrüstung und kollektive Sicherheit in der Zwischenkriegszeit die Voraussetzungen für einen neuen Krieg entstanden, brauchen wir heute eine Politik, die auf Gewaltverzicht und gemeinsamer Sicherheit basiert, die die Abrüstung als materielle Grundlage dauerhafter Friedenssicherung ebenso wie als Schlüssel zur Lösung neuer globaler Probleme begreift. Dauerhafte Friedenssicherung in Europa erfordert politische Konzepte und Garantien für die Sicherheit jedes Staates durch alle Staaten. Gegen alle Überlegungen in NATO-Kreisen über ein rüstungspolitisches Gesamtkonzept, das auf Kompensation bereits erzielter Abrüstungsmaßnahmen und im Gewande angeblicher „Modernisierung“ auf die faktische weitere Aufrüstung zielt, muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß vielmehr eine Beschleunigung und Vertiefung des Abrüstungs- und Entspannungsprozesses in Europa gefordert ist. Die Herstellung struktureller Nichtangriffsfähigkeit könnte der erste Schritt auf dem Weg zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung sein. Sie wäre eine angemessene Lehre aus der Geschichte eines Landes, in dem die „bloße Verteidigungsfähigkeit“⁹ – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – noch nie Richtschnur der Außenpolitik war.

Mehr noch geht es um eine neue politische Grundeinstellung für den Umgang der Staaten unter- und miteinander und die Überwindung verfestigter Vorurteile und Feindbilder. Es geht nicht zuletzt darum, den begonnenen politischen Dialog zwischen Ost und West auszubauen.

2. Versöhnung mit den Völkern, die von Hitler überfallen [12:] wurden, im Sinne der historischen Aufarbeitung des Vergangenen, ist die zweite Erkenntnis aus der Geschichte. Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939, das somit das erste Opfer des faschistischen Angriffskrieges wurde, wurde die sogenannte „Neuordnung“ Europas nach den Plänen Hitlerdeutschlands eingeleitet. Unter diesem Vorzeichen begann ein planmäßig entwickeltes Verbrechen gegen ein Volk, das im Denken vieler Menschen in der Bundesrepublik noch längst nicht aufgearbeitet wurde. Hier liegt auch die tiefere Wurzel für Brüche im Verhältnis zu unseren Nachbarn in Ost und West.

„Eine europäische Friedensordnung setzt die Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion voraus. Friedenspolitisch und sicherheitspolitisch ist die Überwindung der gegenseitigen Vernichtungsdrohung (Abschreckung) durch eine Politik der Sicherheitspartnerschaft (gemeinsame Sicherheit) unbedingt notwendig.“¹⁰ Der weitgehend von den friedensbewußten Kräften der Evangelischen Kirche getragene Versöhnungsgedanke, basierend auf der Einsicht und dem Bekenntnis zur Schuld am Zweiten Weltkrieg, zu den Verbrechen an den Völkern der Sowjetunion und der Anerkennung der Tatsache, daß der Zweite Weltkrieg als Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt wurde, greift eine wesentliche Schlußfolgerung aus der deutschen Geschichte, spezifiziert auf unser Verhältnis zur Sowjetunion, auf. Dazu gehört auch – und darauf weisen die „Acht Thesen zur Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ deutlich hin, den Antikommunismus als „eine Wurzel der Unversöhnlichkeit und ein Haupthindernis für Frieden und Verständigung mit der Sowjetunion“ aufzuheben und zu erkennen, daß „seine Überwindung“ die „Voraussetzung für das gemeinsame Überleben“ sei.¹¹

⁹ So ein Begriff Egon Bahrs in einem Interview der Tageszeitung (taz) vom 25.1.1989.

¹⁰ Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderungen zur Umkehr, Gütersloh 1987, These 8, S. 8.

¹¹ ebd., These 5, S. 7.

Gerade in jüngster Zeit ist, maßgeblich ausgelöst von politischen Veränderungen und der Geschichtsdebatte in der UdSSR, eine Fülle offener und kontroverser Fragen aufgeworfen worden, die die Politik der Sowjetunion in jener Zeit betreffen. Die Erörterung dieser Fragen ist auch ein Beitrag [13:] zur Geschichtsdiskussion in der Bundesrepublik. Die Fehleinschätzungen Stalins in bezug auf den Hitlerfaschismus, die von ihm zu verantwortenden militärpolitischen und -strategischen Fehler, Verbrechen wie die Ermordung der sowjetischen Militärführung 1937/38, die der Nazi-Wehrmacht die ersten Blitzerfolge erleichterten, sowie der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im August 1939 im Vorfeld des Krieges und der Vertrag über Freundschaft und Grenzverlauf nach Kriegsbeginn Ende September 1939 verweisen immer aufs Neue auf ein Problem, das die demokratische Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik längst geklärt glaubte und das den heißdiskutierten Ausgangspunkt des Historikerstreits markierte: die Frage der Vergleichbarkeit Hitlers und Stalins und der von ihnen repräsentierten Systeme und deren Totalität. Mit Blick auf eine vordergründige, aber durchaus ernstzunehmende Ähnlichkeit von Erscheinungen in beiden Systemen, auch von Verbrechen, werden Parallelen gezogen. Die Totalitarismusthese, längst totgeglaubt, scheint aus der Krypta des Kalten Krieges wiederzuerstehen. Ist die sowjetische Geschichtsdiskussion nun eine Bestätigung der Thesen rechtskonservativer Historiker in der Bundesrepublik, ist der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gar ein „Angriffspakt“ gewesen, wie von einem renommierten bundesdeutschen Historiker in einer Fernsehsendung behauptet?¹² Die angesprochenen Probleme erfordern zunächst einmal eine Beschäftigung mit den Kriegsursachen und den Kriegszielen. Zweifellos war es Hitler, der schon in „Mein Kampf“ die politische Zielsetzung der Eroberung „neuen Lebensraums im Osten“ entwickelt hatte, zweifellos waren es deutsche Militärs, Industrielle und Bankiers, die Pläne einer Revision des Versailler Vertrages, einer „Neuordnung Europas“ zu einer Zeit entwarfen, als die Sowjetunion noch um ihr Überleben kämpfte. Zweifellos waren es wirtschafts- und machtpolitische, von Weltherrschaftsplänen inspirierte Ziele, die auf deutscher Seite zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitung spätestens seit 1933, verstärkt mit der Verabschiedung des Vierjahresplans 1936, führten. An der Wahrheit, daß der Zweite Weltkrieg von Hitlerdeutschland geplant, vorbereitet und durchgeführt wurde, führt kein Weg vorbei. In dieser Einschätzung treffen sich bei aller Differenziertheit auch die Beiträge in diesem Buch. Der Zweite Weltkrieg war kein Krieg zweier Aggressoren, schon gar nicht ein Präventivkrieg. Es war Hitlers Krieg und der Krieg der diesen Staat tragenden Kräfte in Wirtschaft, Politik und Militär. Er war in diesem Sinne „Hitlers Krieg“ – hervorgegangen aus den Vormacht- und Weltherrschaftsplänen eines Staates und eines gesellschaftlichen Systems, das von Anbeginn an Aggression, Kriegs- und Eroberungsbereitschaft auf seine Fahnen geschrieben hatte. Eben dies macht beide politischen und gesellschaftlichen Systeme unvergleichbar. Zweifellos gab es Verbrechen auf beiden Seiten, deren Aufrechnung sich immer und aus grundsätzlich ethisch-moralischen Erwägungen verbietet. Schon allein aus diesem Grund, aber nicht nur deshalb, bleibt Auschwitz – gemeint als Synonym deutscher Verbrechen – singulär. Der geplante, industrialisierte Massenmord als – im Sinne der NS-Politik – unverzichtbarer Baustein zur Durchsetzung rassenpolitisch begründeter und expansiv motivierter Ziele hatte in der Tat eine andere Qualität als jedes andere Verbrechen, war sein Zielpunkt doch die Durchsetzung hegemonialer Interessen. Auschwitz bleibt singulär, weil die Weltherrschaftsinteressen des Systems, das Auschwitz hervorbrachte, singulär in ihrer Zielsetzung und im verbrecherischen Charakter ihrer Durchsetzung waren.

Die Feststellung der Unvergleichbarkeit beider Systeme und ihrer Verbrechen nimmt dabei freilich nichts von der Notwendigkeit der ausschließlich an der Wahrheit ausgerichteten Beschäftigung mit der Stalinschen Politik.

3. Als die demokratischen Kräfte 1945 formulierten, daß „nie wieder Krieg von deutschem Boden“ ausgehen dürfe, zogen sie eine wesentliche Schlußfolgerung aus der Geschichte eines Landes, von dessen Boden zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert ein Krieg ausgegangen war. Beide deutsche Staaten tragen eine besondere Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa. Man kann durchaus, wie in der Bundesrepublik [15:] und in der DDR geschehen, von einer „friedenspolitischen

¹² Der Historiker Karl Dietrich Bracher in einer Sondersendung des ersten deutschen Fernsehens am 12. Mai 1989 mit Valentin Bereschkow.

Verantwortungsgemeinschaft“ beider deutscher Staaten sprechen, die sich aus der gemeinsamen Geschichte ergibt wie aus einer Reihe paralleler oder gemeinsamer Interessen an einer garantierten Friedenssicherung in Europa.

Eigene Impulse, eigene Initiativen zur Sicherung des Friedens, zur Weiterentwicklung der Entspannungspolitik und zur Fortführung des Abrüstungsprozesses sind für die Schaffung einer Friedensordnung in Europa von großer Bedeutung. Zweifellos hat die Bundesrepublik hier einen Nachholbedarf; die Möglichkeiten, die sie aufgrund ihrer ökonomischen Stärke und ihres politischen Einflusses im westeuropäischen Bündnis hat, sind noch längst nicht für eine wirklich aktive Friedenspolitik ausgeschöpft.

Dialogbereitschaft und die Entwicklung einer „politischen Streitkultur“, in der Gemeinsames und Trennendes erörtert werden, sind wichtige Schritte in Richtung auf die Vertiefung und Beschleunigung des Abrüstungs- und Entspannungsprozesses in Europa und eine wesentliche Voraussetzung der Friedenssicherung. Die Ernsthaftigkeit, mit der die offizielle Politik der Bundesrepublik sich den Schlußfolgerungen aus dem Zweiten Weltkrieg stellt, ist nicht zuletzt auch daran zu messen, in welchem Verhältnis zueinander und mit welchen grundlegenden Aussagen die beiden Jahrestage des Jahres 1989 begangen werden: „Fünzigster Jahrestag oder vierzigster Geburtstag: Darin ist die ganze Ambivalenz des Jahres 1989 enthalten. Wenn die Bundesrepublik sich vierzig Jahre nach ihrer Gründung feiert, zitiert das europäische Ausland eine ganz andere deutsche Chronologie. 15. März: Die Tschechoslowakei wird zerschlagen; 23. August: Ribbentrop und Molotow schließen einen Nichtangriffspakt; 1. September, 4.45 Uhr: Einmarsch in Polen; 3. September: Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg ...“¹³

Im Rückblick wird die inhaltliche Behandlung der beiden Jahrestage und die Tatsache, ob und wie sie zueinander in Beziehung gesetzt wurden, ein Beleg dafür sein, wie weit die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Kapitel deut-[16:]scher Geschichte reicht, aus dem sich die schmerzhaftesten, aber wichtigsten Lehren für heute ergeben, oder ob diese Schlußfolgerungen aus der Geschichte überlagert werden vom Glorienschein der Nachkriegsgeschichte.

4. Zwischen 1918 und 1939 konnten wirksame Abrüstungsmaßnahmen nicht durchgesetzt werden. Eine Alternative zur Politik der Aufrüstung hätte durchaus bestanden. So legte die Sowjetunion dem Völkerbund in der Zwischenkriegszeit eine Reihe von Abrüstungsvorschlägen vor und entwickelte – vor allem nach ihrem Beitritt zum Völkerbund 1934 – konzeptionelle Vorstellungen über ein kollektives Sicherheitssystem in Europa. Auch die Friedenskräfte in den westeuropäischen Ländern, leider zu schwach, verfügten über alternative Vorstellungen zum Rüstungs- und Expansionskurs Hitlers Deutschlands.

Die weltweite Durchsetzung der Abrüstung wäre heute nicht nur denkbar, sondern ist eine unabdingbare Notwendigkeit zur dauerhaften Friedenssicherung, sie ist ebenso die Grundvoraussetzung für die Lösung neuer globaler Probleme, vor denen die Menschheit heute steht, Probleme, die ein qualitativ verändertes Herangehen an Politik erforderlich machen. Im Vergleich zur Zwischenkriegszeit haben wir es heute mit einer völlig veränderten Weltsituation zu tun. Entwicklungs-, Umwelt- und Wirtschaftskrisen in bestimmten Teilen der Welt haben einen globalen Charakter angenommen. Sie sind zu neuartigen Sicherheits- und Risikofaktoren geworden. Sicherheit kann heute nicht mehr ausschließlich militärisch definiert und gewährleistet werden.

Gegensätzliche Interessen, die sich bisher vor allem aus den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen ergaben, stehen unter einem neuen Vorzeichen: es ist das Interesse aller Menschen am Überleben. Eben dies erfordert die Reduzierung und Abschaffung neuartiger Waffensysteme, die im Falle ihres Einsatzes den Untergang der gesamten Menschheit herbeiführen können, aber auch die Bewältigung von Problemen der Umweltzerstörung oder der Verelendung der Länder der [17:] „Dritten Welt“, die schon heute tendenziell lebensbedrohend sind. Notwendig und gefordert ist der Sieg der gemeinsamen Vernunft, die in beiden Systemen mobilisierbar ist.

¹³ Die Zeit vom 30.12.1988.

5. Eine entscheidende Lehre des Zweiten Weltkrieges war: „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“. Schon allein aus diesem Grund ist es wichtig, sich mit den neueren politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik auseinanderzusetzen. In jüngster Zeit hat sich eine neue Gefahr für die gut-nachbarlichen Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Europas und für die dauerhafte Friedenssicherung in Europa herausgebildet, die häufig – zumindest in ihrer längerfristigen Bedeutung – noch weit unterschätzt wird: die extreme Rechte und der Neofaschismus in der Bundesrepublik Gegen alle Versuche, die offene Wiederbelebung rassistischer, nationalistischer, auf Revanche und Wiedergewinnung deutscher „Weltgeltung“ gerichteten Parolen und politischen Ziele von NPD, DVU, Republikanern u. a. totzuschweigen, zu ignorieren, zu dulden, zu verharmlosen oder gar sie ausdrücklich als im europäischen Maßstab „normale“ Erscheinungen zu charakterisieren, ist festzustellen, daß es sich hier – bei aller Parallelität zu anderen europäischen Ländern – durchaus um eine politische Entwicklung mit spezifischen, in gewisser Weise singulären bundesdeutschen Zügen handelt.

Die Tatsache, daß die bundesdeutsche Gesellschaft nicht in der Lage war, mit dem nationalsozialistischen Erbe in einer Weise umzugehen, die eine Sensibilisierung und Immunisierung breiter Bevölkerungsschichten gegen rechtsradikales Gedankengut, gegen fremdenfeindliche, nationalistische und militaristische Parolen mit sich gebracht hätte, ist ein deutliches Indiz für die Unfähigkeit bei der Aufarbeitung der Geschichte ebenso wie für die Notwendigkeit, Versäumtes nachzuholen. Die Rede des bis dahin amtierenden Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1988 war in diesem Sinne auch kein Versehen oder Mißverständnis, sondern bündelte wie in einem Brennspeigel alle Fehldeutungen, alle „Verständnis“ [18:] weckenden Interpretationen deutscher Vergangenheit in den letzten vier Jahrzehnten. Wenn Ralph Giordano von der „zweiten Schuld der Deutschen“ gesprochen hat, die in der Unfähigkeit zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Zeit besteht, so verweist er damit auf das Defizit an Vergangenheitsbewältigung ebenso wie auf die Ursachen für die aktuelle Entwicklung. Ohne diese essentiellen Defizite der Geschichtsaufarbeitung hätte nicht der Nährboden entstehen können, auf dem soziale Protesthaltungen ins rechtsradikale Spektrum abgleiten und rechtsradikale Gruppen und rechtsradikale Politik gedeihen können. Dabei ist von besonderer Brisanz, daß eben nicht die „Ewiggestrigen“, sondern auch und in zunehmendem Maße Jugendliche – den letzten Wahlanalysen zufolge insbesondere die Gruppe der männlichen Erstwähler mit fast 20 Prozent – für den Rechtsradikalismus votieren.

Schon der Blick auf die deutsche Geschichte verbietet es, dies als europäische „Normalität“ zu kennzeichnen. „Normal“ ist es schon deshalb nicht, weil kein anderes Land in Europa eine vergleichbare Politik hegemonialer Ansprüche und militärischer Aggression hervorgebracht hat – eine Politik, die in zwei Weltkriege führte; gerade diese historische Erfahrung hätte die Deutschen mehr als alle anderen Europäer ein für allemal resistent gegen ähnliche Parolen wie die der Nazis machen müssen. „Normal“, wenn man so will, wäre im Gegenteil eine Entwicklung hin zu antifaschistischen, antimilitaristischen und humanitären Ideen.

Hetze gegen Minderheiten, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit sind die werbewirksamsten Losungen der Rechten, die – schon allein ihrer vordergründigen Zugkraft wegen – in der Öffentlichkeit große Beachtung finden. Nicht minder gefährlich und möglicherweise von längerfristiger politischer Sprengkraft sind die nationalistischen, auf Wiedererringung deutscher Vormachtstellung in Europa oder der Welt zielenden politischen Inhalte. Die wechselseitige Bedingtheit innen- und außenpolitischer Feindbilder hat schon die Politik des NS-Staates geprägt. Zur Legitimation des nach innen gerichteten-[19:]ten Terrors gegen alle Gegner des NS-Regimes und unliebsame Minderheiten und der nach außen gerichteten Aggression waren Feindbilder, waren „Sündenböcke“ unabdingbar; in der NS-Propaganda war es der janusköpfige „jüdische Bolschewismus“, mehr oder minder stark mit dem zusätzlichen Attribut „kapitalistisch“ belegt. Dieses absurde Gedankenkonstrukt erfüllte nur eine einzige Funktion: Gesellschaftliche Widersprüche und Interessenkonflikte zu übertünchen, Mißstimmungen und Aggressionen in der Bevölkerung auf einen einzigen, sichtbaren Gegner abzulenken und auf diese Weise integrativ im Sinne der „Volksgemeinschaft“ zu wirken. Mit solchen Mitteln wurde der außenpolitische Expansionskurs gerechtfertigt, von der Besetzung Österreichs über die Annexion der Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen von 1938 bis zum Überfall auf Polen und

die Sowjetunion; diese Ideologie lieferte auch die Begründung für den gnadenlosen Vernichtungsfeldzug im Osten.

Der Gedanke der Beseitigung der „Schmach“ der Kapitulation und Besatzung, der Revision der europäischen Nachkriegsordnung mit ihren festgeschriebenen Grenzen und der Wiederherstellung der deutschen Vormachtstellung in Europa und in der Welt – dies sind die Grundpfeiler neofaschistischen Gedankenguts in der Bundesrepublik fünfzig Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Die demagogischen Formeln „Deutschland zuerst“, „Erst Deutschland, dann Europa“ oder „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ bündeln innere und äußere Feindbilder. Eine friedliche Entwicklung der Bundesrepublik und die dauerhafte Entwicklung einer europäischen Friedensordnung werden erst in dem Maße möglich sein und an Stabilität gewinnen, wie es gelingt, den Einfluß rechtsradikaler Kräfte in unserer Gesellschaft mit ihren vielfältigen Einwirkungsmöglichkeiten und Verflechtungsstrukturen hin zum rechtskonservativen Lager zu stoppen und zurückzudrängen.

Erkenntnisse und Schlußfolgerungen aus dem Zweiten Weltkrieg für den Frieden in Europa heute zu ziehen heißt, sich gerade dieser Einsicht nicht zu verschließen.

[20:] Der vorliegende Band beschäftigt sich mit den angeschnittenen Fragen der Aufarbeitung von Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Er enthält wichtige Beiträge eines internationalen Symposiums, das die Joseph-Wirth-Stiftung im April 1989 in Düsseldorf durchführte. Das Symposium stand unter dem Motto:

„Vor fünfzig Jahren:

Europa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges –

Erkenntnisse und Schlußfolgerungen auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung heute.“¹⁴

¹⁴ Das vollständige Protokoll des gesamten Symposiums wird im August/September 1989 erscheinen und ist zu beziehen über die Joseph-Wirth-Stiftung, Bismarckstr. 89, 4000 Düsseldorf 1.

[21:]

Reinhard Kühnl

Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg

I.

Als der Erste Weltkrieg im November 1918 zu Ende war, lagen 10 Millionen Tote auf den Schlachtfeldern, Millionen Menschen waren verstümmelt, weite Landstriche in den umkämpften Gebieten waren verwüstet. Aber noch während die Toten begraben wurden und die Reden der regierenden Politiker voll waren von Friedensbeteuerungen, begann die Planung des nächsten Krieges. In führenden Kreisen der Staaten, die den Krieg verloren hatten, setzten Überlegungen ein, wie man diese Scharte auswetzen, wie man eine neue, militärisch fundierte Machtstellung aufbauen könnte. Schon am 8. Dezember 1917 hatten sich Mitglieder des Gesamtvereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mit der Frage befaßt: „Welche Erzvorkommen des Inlandes müssen nach Friedensschluß geschont werden, um für künftige Kriege als Reserve zu dienen?“ Sechs Wochen nach der Niederlage, am 20. Dezember 1918, entwickelte dann bei einer Beratung leitender Vertreter des Generalstabs der Major von Schleicher (1932 Reichswehrminister und Reichskanzler) einen Stufenplan zur Überwindung der Niederlage: Als erstes sei die Wiederaufrichtung einer durchsetzungsfähigen Regierungsgewalt sicherzustellen, als zweites dann die „Gesundung der Wirtschaft“ und als drittes schließlich „nach langen mühevollen Jahren ... die Wiedererrichtung der äußeren Macht“.¹

Bereits Mitte der 20er Jahre konkretisierten sich solche Überlegungen zu präziseren Kriegsplanungen: In der Führung der Reichswehr wurde 1926 ein Plan ausgearbeitet, der nicht mehr und nicht weniger als einen neuen Krieg um die Welt-[22:]herrschaft vorsah. In der ersten Stufe, so hieß es dort, gehe es um die Vorherrschaft auf dem Kontinent; dabei sei Frankreich der Hauptgegner. In der zweiten Stufe sei dann der Kampf um die Weltherrschaft gegen die angelsächsischen Mächte zu führen.² Was nach 1933 in Deutschland erfolgte, kann also verstanden werden als die vollständige und rücksichtslose Durchsetzung von Konzeptionen, die seit 1918 das Ziel eines neuen großen Eroberungskrieges niemals aus den Augen verloren hatten.

Zwei Momente sind an diesem Plan besonders bemerkenswert: Er wurde von der „Abrüstungsabteilung“ des Reichswehrministeriums ausgearbeitet, womit Wesentliches ausgesagt ist über die Beziehung zwischen Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung³, man kann auch sagen: zwischen Militärpolitik und Volksbetrug. Und er wurde von führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes gebilligt, womit etwas ausgesagt ist darüber, daß die Kriegsvorbereitung und der damit verbundene Volksbetrug keineswegs nur vom Militär, sondern auch von zivilen Instanzen des parlamentarisch-demokratisch legitimierten Systems getragen wurden.

Aber der Drang nach Weiterführung der traditionellen Macht- und Expansionspolitik und nach Beschaffung des dafür erforderlichen militärischen Potentials ging keineswegs nur vom Deutschen Reich, der Hauptmacht der 1918 besiegten Aggressorenkoalition, aus. An dem Interventionskrieg gegen die Russische Revolution, der 1918 begann und bis 1921 andauerte, beteiligten sich 14 kapitalistische Staaten, wobei Frankreich, England, die USA und Japan eine führende Rolle einnahmen. England führte Kolonialkriege u. a. in Irland, Indien, Ägypten und China, Frankreich in Syrien, Marokko und gegen die Rif-Republik, die USA intervenierten militärisch in China, Nicaragua und anderen lateinamerikanischen Ländern. Japan startete – nach einer längeren Phase konzentrierter Aufrüstung – 1931 seine Aggression gegen die Mandschurei und gegen China, und Italien überfiel 1935 Abessinien, um sich in Nordafrika ein Kolonialreich zu schaffen. Im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) schließlich intervenierten auf [23:] der Seite Francos die faschistischen Großmächte Deutschland und Italien, während der Republik nur die Sowjetunion beistand.

¹ Internationales Militärtribunal (IMT). Bd. XXXII, S. 464; F. v. Rabenau, Seeckt, Leipzig 1940, S. 118.

² Die Abrüstungsfrage nach realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. I, 1, Göttingen 1966, S. 341 ff.

³ R. Kühnl, K. Schönwälder (Hg.), Sie reden von Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986.

Vieles war also geschehen seit 1918 an Kriegsvorbereitung und an realen kriegerischen Aktionen, als 1939 das Deutsche Reich gegen Polen losschlug und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste. Wie aber kann dieses Geschehen erklärt werden? Welche Ursachen, welche Triebkräfte lagen ihm zugrunde? Warum konnte dies geschehen trotz der furchtbaren Erfahrungen des Ersten Weltkrieges?

II.

Das Jahr 1918 hatte zwar die Niederwerfung der Aggressorenkoalition gebracht; aber die tieferen Ursachen, die zum Ersten Weltkrieg geführt, die Bedingungen, die ihn ermöglicht hatten, waren in hohem Maße bestehen geblieben.

1) Von Alters her, genauer: seit der Entstehung von Klassengesellschaften vor etwa 5000 Jahren hatte es als etwas ganz Normales gegolten, daß Staaten Kriege gegeneinander führten. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts galt das *ius ad bellum*, das Recht auf Kriegsführung, als das selbstverständliche Recht jedes Staates, als ein Attribut staatlicher Souveränität. In dieser „Selbstverständlichkeit“ drückt sich aus, welche eine Ungeheuerlichkeit die Klassenherrschaft eigentlich darstellt: Die Herrschenden nehmen für sich ganz selbstverständlich und seit Jahrtausenden das Recht in Anspruch, nicht nur über die Arbeitskraft der Massen, sondern auch über deren Leben und Tod frei zu verfügen.

Nun hatte sich dagegen zwar immer wieder Kritik und Aufbegehren formiert und seit dem 19. Jahrhundert in Gestalt der Arbeiterbewegung auch eine organisierte Gegenmacht, doch noch 1914 hatte der tradierte Mechanismus voll funktioniert. Und die Schrecken des Ersten Weltkrieges hatten zwar der Friedenssehnsucht der Massen mächtig Auftrieb gegeben, aber im Denken der herrschenden Klassen blieb die tradierte [24:] „Selbstverständlichkeit“ weiterhin dominant. Sie sahen sich zwar zu neuen Formen der Friedensdemagogie genötigt – die „Kriegsminister“ hießen seither „Wehrminister“ oder „Verteidigungsminister“, und alle Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung hießen seither „Verteidigungspolitik“ oder „Friedenspolitik“, aber ihre reale Haltung zum Problem des Krieges änderte sich vorerst kaum.

In der Tat war diese Haltung realistisch in dem Sinne, daß sie über Jahrtausende hin durch Erfahrung bestätigt schien: War es nicht immer so gewesen, daß die Durchsetzung der eigenen Herrschaftsinteressen nur gegen die anderen und nur mit Macht und Gewalt möglich war und daß unter die Räder kam, wer es dabei an Härte fehlen ließ? Hatte diese Erfahrung nicht auch der letzte Krieg bestätigt? In der Wahrnehmung der herrschenden Kräfte in den Siegerstaaten folgte aus diesen Erfahrungen, daß man alle Machtmittel bereithalten müsse, um die unter größten Opfern bewahrte Machtstellung zu erhalten. Und bei den herrschenden Kräften in Deutschland wurde vielfach die „Lehre“ gezogen, daß man es das nächste Mal schlauer und besser machen müsse.

So blieb jene scheinbar realistische Haltung vorherrschend, die durch die alltäglichen Erfahrungen im kapitalistischen Konkurrenzkampf als „ewiges Naturgesetz“ bestätigt erschien und durch Philosophen wie Friedrich Nietzsche, Herbert Spencer und viele andere die Weihe „wissenschaftlicher Erkenntnis“ erhielt: die Lehre vom „Kampf ums Dasein“, die sich zu der Maxime zuspitzen läßt: er oder ich. Sie bestimmte weiterhin das Denken der herrschenden Klassen, aber sie beeinflusste natürlich, da nicht nur über die vielfältigen ideologischen Apparate breit propagiert, sondern durch Alltagserfahrungen scheinbar bestätigt, auch andere Teile der Bevölkerung, sofern diese nicht von der politischen und geistigen Gegenmacht beeinflusst werden konnten.

2) Der Erste Weltkrieg war hauptsächlich entstanden aus dem Konkurrenzkampf der großen Mächte um die Verteilung und Beherrschung der Welt. Der ökonomische Konkurrenzkampf, [25:] der Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik im Kapitalismus, war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem weltweiten geworden: Es ging um die Rohstoff- und Absatzmärkte, um die Kapitalanlagesphären und die billigen Arbeitskräfte in anderen Ländern und Kontinenten, insbesondere in Afrika und Asien. Und dieser Konkurrenzkampf erforderte den Rückhalt und Einsatz einer starken Staats- und Militärmacht. Von hier aus nahm das Wettrüsten ebenso seinen Ausgang wie die massenhafte Verbreitung von Ideologien, die die Unterwerfung anderer Völker und Länder legitimierten, insbesondere des Sozialdarwinismus und auf dessen Basis des radikalisierten Nationalismus und des Rassismus.

Die Tendenz zum Kriege wuchs rapide an, als der deutsche Imperialismus, der bei der Verteilung der Welt zu spät und zu kurz gekommen war, aber nach der Herstellung der Reichseinheit 1871 ein mächtiges Expansionspotential entwickelt hatte, eine Neuverteilung der Welt anvisierte. Diese aber war ohne militärische Gewaltanwendung nicht zu haben. So begann der Krieg des zu spät gekommenen, hungrigen Imperialismus gegen den etablierten, saturierten Imperialismus. Dieser nämlich verhielt sich nicht nur deshalb eher defensiv, weil er die halbe Welt besaß und deshalb vor allem auf die Erhaltung des Status quo bedacht war, sondern auch deshalb, weil die traditionellen Kolonialmächte von einer relativ schmalen Machtbasis aus riesige Territorien und Völkerschaften unter Kontrolle zu halten hatten und deshalb mit Recht befürchteten, daß ein Krieg in Europa diese Potentiale entscheidend schwächen könnte. Das galt für kleinere Kolonialmächte wie Holland und Belgien sozusagen total, es galt aber auch für die Großmächte Frankreich und Großbritannien in einem beträchtlichen Grad, und die Folgen des Weltkrieges haben dies eindringlich bestätigt.

Diese Konstellation, die die Hauptursache des Ersten Weltkrieges dargestellt hatte, war nach 1918 nicht prinzipiell verändert. Der Konkurrenzkampf zwischen den großen kapitalistischen Mächten um Einfluß- und Ausbeutungssphären dauerte [26:] an. Er prägte auch die Beziehungen zwischen den etablierten Kolonialmächten Frankreich und England sowie zwischen diesen und den USA. Die USA nämlich waren als die wirklichen Sieger aus dem Krieg hervorgegangen, waren aus einem Schuldnerland der Europäer zu ihrem Hauptgläubiger geworden, während England und Frankreich ökonomisch, militärisch und damit auch politisch wesentlich geschwächt waren. Vor allem aber prägte dieser Konkurrenzkampf die Beziehungen zwischen den „besitzenden“ Mächten einerseits und den bei der Verteilung der Welt immer noch zu kurz gekommenen Mächten: Deutschland, Italien und Japan.

Daß diese auf eine Neuverteilung der Welt drängenden Mächte sich seit Mitte der 30er Jahre zu einer Kriegs- und Aggressorenkoalition zusammenfanden, war also kein Zufall. Und daß deren herrschende Klassen im eigenen Land eine Staatsform anstrebten, die optimal geeignet erschien, alle Kräfte der Nation – die ökonomischen, die politischen, die militärischen und die ideologischen – auf Rüstung und Krieg zu konzentrieren, war ebensowenig ein Zufall. Bei allen Unterschieden der nationalen Traditionen und der ideologischen Ausprägung ist es dieser Wesenszug, der den Faschismus in diesen Ländern in Hinsicht auf seine internationale Funktion eint.

Was nun speziell das Deutsche Reich, den späteren Hauptverantwortlichen für den Zweiten Weltkrieg in Europa, betrifft, so war dieser Staat zwar durch die Niederlage von 1918 geschwächt. Aber erstens war er seinem Potential nach Großmacht geblieben – und seit Ende der 20er Jahre hatte er in der Tat wieder den ersten Rang in der Industrieproduktion in Europa erreicht. Zweitens hatten die Führungsschichten aus Großwirtschaft, Militär und staatlicher Bürokratie, die Deutschland in den Ersten Weltkrieg geführt hatten, ihre Machtpositionen im wesentlichen behaupten können – trotz der Revolution von 1918 und trotz der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie. Und erhebliche Teile dieser Führungsschichten waren durchaus nicht bereit, sich mit der Niederlage von 1918 abzufinden. Sie suchten nach Möglichkeiten, [27:] doch noch den Aufstieg zur Weltmachtgeltung ins Werk zu setzen und dafür die erforderlichen politischen und militärischen Bedingungen zu schaffen. Dazu aber gehörte unabdingbar die Beseitigung der Fesseln, die ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigten: der Weimarer Reichsverfassung und der parlamentarischen Demokratie im Innern und des Versailler Vertrages und dessen Rüstungsbeschränkungen bei der Machtentfaltung nach außen.⁴ Der Faschismus, der nach 1933 etabliert wurde, war in dieser Perspektive die effektivste Herrschaftsform, um den neuen Eroberungskrieg vorzubereiten und durchzuführen.

3) Da Rüstung und Kriegsvorbereitung auch Ideologien benötigten, um die Bevölkerung zum Mitmachen oder wenigstens zur Hinnahme zu bewegen, wurden nach 1918 auch bald die Ideologien wieder propagiert, mit denen die Herrschenden schon die Kolonialkriege und den Ersten Weltkrieg vorbereitet hatten. Erneut gewannen – besonders in den besiegten und „zu kurz gekommenen“ Staaten – Nationalismus, Militarismus und Rassismus wieder an Boden, verbunden mit dem Versprechen,

⁴ Näheres habe ich dargelegt in meinem Buch „Die Weimarer Republik“, Reinbek 1-985, bes. S. 31 ff. u. 205 ff.

daß alle sozialen Probleme gelöst werden könnten, wenn man nur über die erforderlichen Machtmittel zur Durchsetzung der „nationalen Interessen“ verfüge.

Die Schrecken des Ersten Weltkrieges erhielten in dieser Ideologie, wie schon in der Kriegspropaganda selbst, die Weihe von Heldentum und Opferbereitschaft, das „Fronterlebnis“ wurde verklärt als das große Vorbild von Männlichkeit und echter Gemeinschaft.

So befriedigten diese Ideologien das Bedürfnis vieler, die den Weg zum Antimilitarismus nicht fanden, aber doch nach einem Sinn suchten für das Grauen und Elend des Krieges und für ihr eigenes Leiden. Und die seelische Verrohung, die der Krieg bei vielen unvermeidlich erzeugt hatte, konnte nun zusätzlich genutzt werden für eine Ideologie und eine Politik, die brutalstes Zuschlagen gegen innere und äußere Feinde im Interesse der Nation für unausweichlich erklärte.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß nach 1918 [28:] Grundstrukturen weiter bestanden, die 1914 zum Krieg geführt hatten. Insofern war der Zweite Weltkrieg in der Tat die Fortsetzung des Ersten: Diejenigen kapitalistischen Mächte, die bei der Verteilung der Welt zu kurz gekommen waren, aber über ein starkes Expansionspotential verfügten, unternahmen einen neuen Anlauf, um doch noch zu einer Neuverteilung der Welt zu gelangen. Diese Konfliktlinie fand dann ihren Ausdruck in dem Krieg, den die Koalition der Aggressoren – Deutschland, Italien und Japan – gegen die „besitzenden“ kapitalistischen Mächte – insbesondere gegen England, Frankreich und die USA – führte.

III.

Der Zweite Weltkrieg war aber nicht nur die Fortsetzung des Ersten mit „modernerem“, d. h. effektiveren und brutaleren Mitteln. Denn seit dem Ende des Weltkrieges hatte sich eine tiefgreifende Veränderung der Struktur der internationalen Beziehungen vollzogen.

Bis zum Ersten Weltkrieg hatte in der Tat diese eine Konfliktlinie, der Konkurrenzkampf zwischen kapitalistischen Mächten, die internationalen Beziehungen bestimmt. Eine soziale Alternative existierte nicht. Und die Völker in Afrika und Asien fungierten als Objekte, um die gekämpft wurde, nicht aber als Subjekte. Seit 1917/18 aber war eine neue Konfliktlinie hinzugetreten: Mit der Russischen Oktoberrevolution war der Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der bisher nur als Faktor der internen Auseinandersetzungen in den kapitalistischen Ländern wirksam gewesen war, zu einem Faktor der internationalen Beziehungen geworden. Und damit war zugleich die Tendenz verbunden, daß die Völker in Afrika und Asien sich zu Subjekten konstituieren und den Kampf um die nationale und soziale Befreiung nunmehr mit erhöhten Aussichten auf Erfolg führen konnten – eine Tendenz, die allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg sich mit voller Wucht entfalten konnte.

Die neue Konfliktlinie fand ihren Ausdruck darin, daß [29:] schon 1918 die kapitalistischen Länder einen Interventionskrieg begannen – mit dem Ziel, die Russische Revolution wieder auszulöschen. Und dieses Ziel blieb bestehen im Denken und in den politischen und militärischen Planungen maßgeblicher Teile der Führungsschichten in den großen kapitalistischen Ländern auch nach dem Scheitern der Interventionskriege. Diese Konfliktlinie läßt sich in der Politik der Westmächte verfolgen von der Errichtung des cordon sanitaire in Ostmitteleuropa und dem Bündnis mit diesen größtenteils diktatorischen Regimen über den Locarno-Vertrag von 1925 bis zum Münchener Abkommen 1938 und sogar bis zu den Planungen Anfang 1940, die sich mit den Möglichkeiten militärischer Operationen gegen die Sowjetunion befaßten. In der Politik des Deutschen Reiches war diese Linie präsent seit den Militärinterventionen gegen die Revolution in Finnland, den Baltenstaaten und der Ukraine 1918/19, und sie wurde zur konkreten Aggressionsplanung gegen die Sowjetunion nach der Errichtung der faschistischen Diktatur. Im Bündnis der faschistischen Staaten Deutschland, Japan und Italien von 1936 wurde sie programmatisch formuliert: Das Bündnis trug die Bezeichnung „Anti-Komintern-Pakt“.

Der Systemkonflikt hat zwar gewisse gemeinsame Interessen der kapitalistischen Staaten gegenüber dem Systemgegner konstituiert, doch er hat den Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten nicht aufgehoben. Welcher Stellenwert dem Systemkonflikt zukomme und wie die Relation zwischen beiden Konfliktlinien zu bestimmen sei, war Gegenstand ständigen politischen Ringens auch innerhalb der Führungsschichten in den kapitalistischen Ländern. Im realen Geschichtsverlauf

erhielt das Motiv des Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Ländern am Ende doch wieder die Dominanz: Die Aggressivität des deutschen, japanischen und italienischen Imperialismus zwang die Westmächte schließlich zu einer Koalition mit dem Systemgegner Sowjetunion, die sie freilich überhaupt nicht gewollt hatten. Und auch nach dem Abschluß des Bündnisses im Herbst 1941 blieb der Systemgegensatz wirksam: In dem Bewußtsein, daß nach der Niederwerfung [30:] der Aggressorenkoalition die Sowjetunion der System- und Hauptgegner sein werde, wurde der Krieg von den Westmächten so geführt, daß die Sowjetunion die Hauptlast zu tragen hatte und also maximal geschwächt aus ihm hervorgehen mußte.

IV

Konfliktstoff, der die Tendenz zu einem neuen Krieg in sich trug, gab es also reichlich nach 1918. Aber der Weg in den neuen Krieg war keineswegs unausweichlich. Denn es entwickelten sich auch beachtliche Gegenkräfte, deren schließliche Niederlage durchaus nicht ausgemacht war.

1) Da waren die Volksmassen, die in allen am Krieg beteiligten Ländern vier Jahre lang so furchtbar gelitten hatten. Zwar hatten die Führungen der Arbeiterbewegung 1914 gänzlich versagt und die Kriegsführung der herrschenden Klassen selbst in den Aggressorenstaaten mit aller Kraft unterstützt. Aber die Impulse des Antimilitarismus und des Internationalismus, von denen die Arbeiterbewegung von Anfang an bestimmt gewesen war, blieben doch wirksam, die Gegenkräfte formierten sich und schafften 1917/18 den Durchbruch. Die große revolutionäre Welle, die nun über Europa ging, war zu einem wesentlichen Teil Friedensbewegung, getragen von der Sehnsucht nach Frieden, auf dem linken Flügel aber zugleich bestimmt von der Einsicht, daß die Sicherung des Friedens der Entmachtung der bisher herrschenden Kräfte und der Umwälzung der Gesellschaft bedurfte.

In Deutschland und Österreich, aber auch in anderen bisher autoritär regierten Ländern (der Tschechoslowakei, der Türkei, in Persien usw.) hatten die Volksmassen demokratische Verfassungen erkämpft, wenn sie auch die bisher herrschenden Klassen nicht wirklich hatten entmachten können. Und auch in den Siegerstaaten gelang die Ausweitung politischer und sozialer Rechte (u. a. die Durchsetzung des Frauenwahlrechts sowie die Erweiterung der gewerkschaftlichen [31:] Rechte). Die Voraussetzungen zur Entfaltung der antimilitaristischen Potenzen waren dadurch wesentlich verbessert worden.

2) Mit der Russischen Oktoberrevolution war ein Staat entstanden, der den Internationalismus und den Antimilitarismus der internationalen Arbeiterbewegung aufnahm und die friedliche Koexistenz als neues Prinzip der internationalen Beziehungen proklamierte – als radikale Alternative gegenüber dem bisherigen Prinzip des *ius ad bellum*. Verbunden mit konkreten Vorschlägen zur Abrüstung und zu einem System kollektiver Sicherheit, erzeugte diese Politik beträchtliche Wirkungen – vor allem auf die internationale Arbeiterbewegung, aber, vermittelt über diese, auch auf die bürgerlichen Kräfte und die Regierungen, der kapitalistischen Staaten, die ja nun, unter verstärkt parlamentarisch-demokratischen Bedingungen, in erhöhtem Maße Rücksicht auf die Stimmungen und Forderungen der Volksmassen zu nehmen genötigt waren.

3) Auch innerhalb der bürgerlichen Kräfte artikulierten sich nach 1918 solche Tendenzen, die nach friedlichen Konfliktlösungen suchten, zunächst stärker als vor 1918. Das gilt nicht nur für pazifistische und antimilitaristische Gruppen, sondern auch für Kräfte, die in Parteien und Regierungen, in Wirtschaft und Gesellschaft wichtige Machtpositionen einnahmen und für „realpolitische“ Optionen eintraten. Immerhin entwickelte der Völkerbund institutionelle Ansätze zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten – wenn er auch zugleich in hohem Maße die Großmachtinteressen Frankreichs und Großbritanniens vertrat. Immerhin wurde der Krieg mit dem Kellogg-Pakt von 1928 als Mittel der Politik geächtet und damit das Prinzip des *ius ad bellum* sozusagen offiziell widerrufen – wenn sich auch die Großmächte auf wirklich verpflichtende Normen nicht einließen. Und immer hin kam es mit dem Rapallo-Vertrag 1922 zu einem geradezu „vorbildlichen Friedensvertrag“ zwischen zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, zwischen Deutschland und [32:] der UdSSR – wenn auch im Hinblick auf die Polenfrage dabei auf beiden Seiten Elemente traditionelle Machtpolitik wirksam blieben.

Ansätze zu einer dauerhaften Friedensordnung hatten sich also durchaus herausgebildet. Es ließe sich sogar die These vertreten, daß auch der Versailler Vertrag, obgleich seiner Haupttendenz nach ein imperialistischer Raubfrieden, Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung in Europa bereitstellte: Entgegen der Agitation der deutschen Rechten vernichtete er keineswegs die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes; er vernichtete nicht einmal die Großmachtstellung des Deutschen Reiches. Und schon nach einigen Jahren war er, unter Beihilfe der angelsächsischen Mächte, soweit revidiert, daß es keineswegs eines militärischen Gewaltaktes bedurfte, um Deutschland im Kreis der europäischen Staaten einen annehmbaren Platz mit guten Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen.

V

Trotz dieser Ansätze ging der Kurs schließlich doch auf Krieg. Entscheidend waren dafür zwei Entwicklungsprozesse, die beide ihrerseits durchaus nicht unvermeidbar waren.

1) In denjenigen kapitalistischen Ländern, die eine mächtig expandierende Industrie, aber nur sehr begrenzte reale Expansionsmöglichkeiten besaßen, setzten sich innenpolitisch diejenigen Kräfte aus Wirtschaft und Militär durch, die die Expansion nur durch militärische Macht in hinreichendem Maße gewährleistet glaubten. Die faschistischen Diktaturen, die in diesen Ländern auch aus innenpolitischen Gründen errichtet wurden, übernahmen in Hinsicht auf die Expansionsbestrebungen die Aufgabe, alle Kräfte der Nation auf Rüstung und Kriegsvorbereitung zu konzentrieren und all jene Kräfte möglichst schon im Vorfeld und möglichst total zu eliminieren, von denen zu erwarten war, daß sie für diesen Kurs auf Krieg hinderlich sein würden. Schon deswegen also mußten aus [33:] dieser Sicht die Demokratie als politische Form und die Arbeiterbewegung als soziale Kraft vernichtet werden.

Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus entsprachen jenen Omnipotenzphantasien, wie sie sich – aufgrund spezifischer ideengeschichtlicher Traditionen seit der Französischen Revolution – schon am Ende des 19. Jahrhunderts im deutschen Kaiserreich herausgebildet hatten⁵: Nicht nur ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural sollte unterworfen und mit all seinen Reichtümern und Arbeitskräften der deutschen Industrie dienstbar gemacht werden, sondern in der nächsten Stufe sollte dann, wie bereits in den Reichswehrplanungen von 1926 skizziert, der Kampf um die Weltherrschaft gegen die angelsächsischen Mächte geführt werden. Die „Ausrottung des Kommunismus“, die durch den umfassenden Terror seit 1933 in Deutschland selbst schon weitgehend erreicht schien, sollte durch die Zerschlagung der Sowjetunion als Staat im internationalen Maßstab ihre Vollendung finden.

Der wesentlich schwächere und auch weniger von Omnipotenzphantasien beherrschte italienische Imperialismus strebte danach, in Nordafrika sich ein Kolonialreich zu schaffen und den Balkanraum zu erobern. Und der japanische Imperialismus visierte die Unterwerfung des riesigen ost- und südostasiatischen Raumes an. Alle drei faschistischen Großmächte mußten mit ihren Zielen in Konflikt geraten mit grundlegenden Interessen der westlichen Demokratien, so daß der Versuch ihrer Durchsetzung einen Krieg unvermeidlich machte.

Daß die Unterwerfung solch gigantischer Räume und Völkerschaften nur mit dem Mittel äußerster Brutalität bis hin zum Völkermord zu bewerkstelligen sein würde, war offensichtlich und den Akteuren sowohl in Deutschland wie auch in Japan absolut klar. Auch der italienische Faschismus tat, was er konnte, wie die Behandlung der Abessinier nach 1935 zeigte. Freilich konnte er wegen mangelnder technologischer Mittel nicht dasselbe Ausmaß an Brutalität erreichen wie Deutschland und Japan.

2) Innerhalb der westlichen Demokratien setzten sich diejeni-[34:]gen Kräfte durch, die ein Arrangement mit dem Faschismus anstrebten. Dabei waren zwei Überlegungen bestimmend. Einmal, und das dürfte für deren Führungsschichten vordringlich gewesen sein, wollten Frankreich und Großbritannien keinesfalls in einen großen Krieg in Europa verwickelt werden. Ein solcher Krieg mußte die vorhandenen Machtmittel, die für weltweite Aufgaben verfügbar sein mußten, verschleifen. Es war klar, daß ihre ökonomischen und militärischen Potentiale selbst im Fall eines Sieges so stark dezimiert sein würden, daß dann eine Aufrechterhaltung ihrer großen Kolonialreiche nicht mehr zu schaf-

⁵ Vgl. dazu R. Kühnl, Französische Revolution und „deutscher Weg“. Belastungen und Chancen einer politischen Tradition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/89, S. 105-119.

fen war. Diese, schon vor 1914 erkennbaren, Risiken hatten sich inzwischen noch bedeutend verschärft. Dementsprechend erklärte der britische Regierungschef Chamberlain noch am 26. August 1939 auf der Kabinettsitzung: „Die Hauptidee besteht in folgendem: Wenn Großbritannien Herrn Hitler in seiner Sphäre (Osteuropa) in Ruhe läßt, wird er uns in Ruhe lassen.“⁶ Die Westmächte waren deshalb zu beträchtlichen Konzessionen an die faschistischen Großmächte Deutschland und Italien bereit, bis hin zu Konzessionen in der Kolonialfrage. Zur Unterwerfung unter die Bedingung des Faschismus war freilich insbesondere Großbritannien nicht bereit.

Zum zweiten schien maßgeblichen Teilen der Führungsschichten in den westlichen Demokratien der Faschismus durchaus nützliche Seiten zu haben. Das galt nicht nur für seine innenpolitische Funktion, die „Ausrottung des Kommunismus“ die bei den konservativen Kräften in vielen kapitalistischen Ländern als geradezu richtungsweisend erschien und die im spanischen Bürgerkrieg ja auch dazu führte, daß der Sieg Francos mit Wohlwollen hingenommen und dessen Herrschaft auch nach 1945 noch tatkräftig unterstützt wurde. Sondern das galt auch und gerade für die außenpolitische Stoßrichtung des Faschismus, der sich den Westmächten als „Anti-Komintern-Pakt“, als Speerspitze im Kampf gegen den Bolschewismus präsentierte. In der Annahme nun, daß insbesondere der deutsche Faschismus seine Aggressivität gegen die Sowjetunion richten und das zustande bringen werde, was sie [35:] selbst in den Interventionskriegen nach 1918 nicht geschafft hatten, nämlich die Auslöschung der „kommunistischen Gefahr“ im internationalen Maßstab, erschien den Führungsschichten der westlichen Demokratien der Aufbau einer starken Militärmacht in Deutschland eine durchaus nützliche Sache zu sein – das alles natürlich unter der Voraussetzung, daß ihre eigenen Staaten vom Expansionsdrang des deutschen Imperialismus nicht betroffen waren und daß zudem der deutsche Imperialismus bereit war, die Interessen der Westmächte insbesondere in Ost- und Südosteuropa beim Vollzug seiner Expansion nach Osten zu berücksichtigen. Diese Linie begann mit dem „Verständigungs- und Beistandspakt“, den die Regierungen Frankreichs und Englands am 15. Juli 1933 mit den faschistischen Großmächten schlossen (dessen Ratifizierung freilich am französischen Parlament scheiterte) und führte über das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 zum Münchener Abkommen von 1938. Schon 1935 hatte ein Memorandum des Foreign Office festgestellt, daß „sein Expansionsbedürfnis Deutschland nach Osten treiben wird“ und daß angesichts des „bolschewistischen Regimes“ sich „eine solche Expansion nicht auf friedliche Durchdringung“ beschränken könne.^{6a}

Eben weil der deutsche Imperialismus in seiner Arroganz und seinem Überlegenheitsbewußtsein zu solcher Rücksichtnahme nicht bereit war und dies bei der Besetzung der „Rest-Tschechei“ im März 1939 und dann beim Angriff auf Polen am 1. September 1939 auch auf geradezu verletzende Weise demonstrierte, gab es für die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs nun keine andere Möglichkeit mehr, als ein deutliches Zeichen zu setzen – wenn sie sich nicht vor aller Welt vom Deutschen Reich ohrfeigen lassen und gänzlich widerstandslos auf ihre Weltmachtgeltung verzichten wollten.

So überreichten sie am 3. September die Kriegserklärung, doch diesem demonstrativen Akt folgten keine weiteren Maßnahmen. Tatsächlich gaben die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs ihre bisherige These immer noch nicht gänzlich preis, daß sich mit dem Faschismus doch auf anti-bolsche-[36:]wistischer Basis ein Arrangement müsse erzielen lassen, wenn man sich nur genügend konzessionsbereit zeige. So stand für die militärischen Planungen der Westmächte noch bis zum Frühjahr 1940 die Frage im Vordergrund, wie man wirksam gegen die Sowjetunion vorgehen könnte – durch Bombardierung der kaukasischen Erdölgebiete oder auch über Finnland.^{6b} Und erst als ihnen der Faschismus durch seine Aggression im Frühjahr 1940 das Messer direkt an den Hals setzte, gingen sie zu realen militärischen Aktionen über, die nun aber den überwältigenden Sieg des Faschismus schon nicht mehr verhindern konnten. Als in Großbritannien dann mit der Regierung Churchill end-

⁶ CC 43 (39) Teilnehmer: N Chamberlain u. a.; Katalogreferenz: CAB 23/100/11, <https://discovery.nationalarchives.gov.uk/browse/r/h/D7654137>

^{6a} Zit. nach V. J. Sipois, Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, Köln 1981, S. 312.

^{6b} Vgl. Deutschland im Zweiten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann u. G. Hass, Bd. 1, Köln 1974, S. 254.

lich diejenige Fraktion an die Macht kam, die zum Widerstand gegen den Faschismus entschlossen war, beherrschte dieser schon Europa von Spanien bis nach Finnland.

VI

Für die Politik der westlichen Demokratien war also – neben ihren weltweiten imperialistischen Interessen – die Maxime bestimmend, daß der Kampf gegen den Kommunismus wichtiger sei als die Erhaltung des Friedens und daß der sozialistische Staat keine Existenzberechtigung habe. Der Antikommunismus stellte in der Tat die entscheidende Barriere dar, die das Zustandekommen einer Anti-Kriegs-Koalition verhindert hat – so wie er schon in Deutschland selbst der entscheidende Faktor gewesen war, der in breiten Schichten des Bürgertums die Bereitschaft zur Unterstützung des Faschismus mitsamt seines Krieges erzeugt hatte.

Die Bekundungen der beiden christlichen Kirchen können hier als exemplarisch gelten. So verkündeten die deutschen katholischen Bischöfe am 26. Juni 1941, vier Tage nach dem Beginn der Aggression gegen die Sowjetunion, in einem Hirtenbrief den Gläubigern die „trostvolle Gewißheit ...“, daß ihr damit nicht nur dem Vaterland diene, sondern zugleich dem heiligen Willen Gottes folge“. In einem weiteren Hirtenbrief vom 10. Dezember 1941 fügten sie hinzu: „Mit Genugtuung [37:] verfolgen wir den Kampf gegen die Macht des Bolschewismus, vor dem wir deutschen Bischöfe in zahlreichen Hirtenbriefen vom Jahre 1921 bis 1936 die Katholiken Deutschlands gewarnt und zur Wachsamkeit aufgerufen haben ...“. Und der Erzbischof Constantini, der Sekretär der Kongregation der Propaganda Fide beim Vatikan, predigte im August 1941: „Gestern auf spanischem Boden, heute im bolschewistischen Rußland selbst, in jenem unermeßlichen Land, wo Satan in den Oberhäuptern der Republiken seine Stellvertreter und besten Mitarbeiter gefunden zu haben schien, schlagen jetzt tapfere Soldaten auch unseres Vaterlandes die größte Schlacht. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß diese Schlacht uns den abschließenden Sieg und den Untergang des auf Verneinung und Umsturz gerichteten Bolschewismus bringen möge.“ Die evangelische Kirche stand durchaus nicht zurück. In seinem Telegramm an den Führer vom 30. Juni 1941 bekundete der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche: „Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengange gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf ...“. ⁷ Ganz in Übereinstimmung mit dieser Weltanschauung erklärte denn auch Lord Halifax, in den kritischen Jahren 1938 bis 1940 dann britischer Außenminister, in seinem Gespräch mit Hitler im November 1937, daß Hitler „dem Kommunismus durch die Zerschlagung im eigenen Lande zugleich den Weg nach Westeuropa versperrt“ habe und daß „mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne“. ⁸

Schon wegen dieser grundsätzlichen Haltung der westlichen Demokratien gegenüber dem Faschismus einerseits und der Sowjetunion andererseits mußten alle Bemühungen der sowjetischen Regierung, zu einem tragfähigen Bündnis mit den Westmächten gegen die drohende faschistische Aggression zu gelangen, fehlschlagen. Die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale ihrerseits benötigten lange – allzu lange –, bis sie den Faschismus als die Hauptgefahr für Frieden und [38:] Fortschritt erkannt und definiert hatten. In Deutschland waren die Würfel dann schon zugunsten des Faschismus gefallen. Auf internationaler Ebene aber war es noch nicht zu spät, als die Sowjetunion 1934 dem von Frankreich und England dominierten Völkerbund beitrug, den Deutschland 1933 verlassen hatte, und als die KI 1935 (beim VII. Weltkongreß) die Volksfrontkonzeption verkündete, die den Kampf gegen den Faschismus gemeinsam mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten als absolut vordringlich erkannte und damit auch für das Bündnis mit den westlichen Demokratien die theoretische Begründung lieferte.

⁷ Alle Dokumente zit. nach R. Kühnl (Hg.), *Der Faschismus in Quellen und Dokumenten*, 6. Aufl., Köln 1987, S. 335 ff.

⁸ Aufzeichnungen über die Unterredungen zwischen Adolf Hitler und Lord Edward Halifax, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1936 bis 1939*, hg. v. W. Ruge u. W. Schumann, Berlin 1977, S. 62 f.

Im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) ging die Sowjetunion auf diesem Weg bis an die Grenzen der Selbstverleugnung: Sie unterstützte die Volksfrontregierung bei der Verteidigung der demokratischen Republik, förderte jedoch keinerlei revolutionäre Umgestaltung, ja versuchte solche revolutionären Aktivitäten zu blockieren und signalisierte damit den westlichen Demokratien, was jetzt als absolute Priorität zu gelten habe. Doch es war alles umsonst. In den Augen der Westmächte war der Sieg des Faschismus in Spanien das weit geringere Übel – wenn es denn überhaupt eines war – als die Existenz einer Volksfrontregierung. Mit dem Sieg Francos in Spanien aber, den er der Militärintervention des deutschen und italienischen Faschismus zu verdanken hatte, war der Faschismus international gewaltig gestärkt, sowohl moralisch wie strategisch und ökonomisch, waren die faschistischen Großmächte ermutigt zu neuen Taten, war Frankreich eingeklemmt zwischen zwei faschistischen Staaten und damit in seiner Handlungsfähigkeit weiter eingeschränkt. Daß die Sowjetunion dennoch an ihrem Konzept festhielt, ein Bündnis mit den westlichen Demokratien zur Eindämmung der faschistischen Aggressionsgefahr zustande zu bringen, und zwar buchstäblich bis zum letzten Moment, nämlich bis zum 20. August 1939, zeigt die Möglichkeiten auf, die für eine Antikriegskoalition bis unmittelbar vor Kriegsbeginn bestanden.

Daß die Westmächte nicht bereit waren, sich auf diesen Kurs zu begeben, sondern auf das Arrangement mit dem [39:] Faschismus setzten und das beim Münchener Abkommen auch vor aller Welt demonstrierten, entsprach ihrer ideologischen Grundhaltung. Ihren wirklichen Interessen aber entsprach es durchaus nicht. Die realen Folgen haben das sehr drastisch demonstriert. Der große Krieg, der ihnen vom Faschismus aufgezwungen wurde, hat nicht nur Millionen von Toten und Verstümmelten und die Zerstörung ganzer Regionen auch in ihren Ländern erzeugt, sondern er hat auch ihre Großmachtstellung definitiv vernichtet. Sicherlich: die Anti-Hitler-Koalition, die dann im Herbst 1941 zustande kam, hat den faschistischen Aggressor schließlich niedergeworfen. Aber wäre dieser Krieg nicht sehr viel kürzer gewesen und hätte er nicht sehr viel weniger Opfer gefordert, wenn diese Koalition 1935 oder 1938 zustande gekommen wäre? Möglicherweise wäre der Krieg in Europa sogar gänzlich verhindert worden, da der deutsche Faschismus, einer solchen Koalition gegenüberstehend und von beiden Seiten eingeklemmt, die Aggression vielleicht gar nicht gewagt hätte. Die Führung des faschistischen Deutschland war zwar zu hohem Risiko bereit und zur Überschätzung ihrer eigenen Möglichkeiten geneigt (wie die Führung des Kaiserreichs 1914), aber gänzlich wahnsinnig oder irrational war sie, entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung, durchaus nicht. Hitler selbst äußerte noch kurz vor Kriegsbeginn, daß er im Falle eines solchen Bündnisses gegen Polen nicht losschlagen könne. Und der Generalstabschef Halder ebenso wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Weizsäcker waren überzeugt, daß Hitlers Entschluß zum Krieg abhängig war vom Ausgang der Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.⁹ Das war die Lage noch wenige Wochen vor Kriegsbeginn.

Selbst wenn man annimmt, daß Hitler sich von einem Aggressionskrieg doch nicht hätte abhalten lassen, so wären die Folgen ganz andere gewesen, wenn es ein solche Bündnis gegeben hätte. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre es in einem solchen Fall zu offener Rebellion militärischer und bürokratischer Führungsgruppen gegen Hitler gekommen, wie sie im Sommer 1938 für den Fall des Angriffsbefehls gegen die [40:] Tschechoslowakei bereits vorbereitet war, durch die Kapitulation der Westmächte in München, also durch den überwältigenden Erfolg Hitlers, aber dann verhindert wurde. Wie aber hätten sich diese Führungsgruppen im Fall eines Angriffsbefehls gegen eine Koalition aus Frankreich, England und Sowjetunion verhalten? Und wie im voraussehbaren Fall von Niederlagen schon zu Kriegsbeginn? Diese Überlegungen zeigen, daß die Westmächte durch ihr Entgegenkommen dem Faschismus nicht nur seine gigantischen Rüstungen und den Krieg ermöglicht haben, sondern auch wesentlich zur innenpolitischen Stabilisierung dieses Regimes beigetragen haben, und zwar schon seit 1933.

Die Kritik an dieser Politik verbleibt also nicht auf abstrakt-moralischer Ebene, sondern legt als Maßstab die tatsächlichen Interessen der westlichen Demokratien zugrunde, und zwar nicht nur die der

⁹ Belege bei Sipols, a. a. O., S. 293.

arbeitenden Massen, sondern auch die der herrschenden Klassen, kurzum: die Interessen dieser Staaten, wie sie nun einmal ihrer tatsächlichen Klassenstruktur nach in all ihrer Widersprüchlichkeit beschaffen waren.

Meine These lautet also, daß die westlichen Demokratien durch die antikommunistische Ideologie daran gehindert waren, die Realität, nämlich die wirkliche Quelle der Kriegsgefahr und die Folgen des bevorstehenden Krieges, wahrzunehmen und daß sie sogar daran gehindert waren, ihre eigenen, ganz egoistischen Machtinteressen realistisch einzuschätzen und wahrzunehmen. Daß diese geschichtliche Erfahrung für die Bewältigung gegenwärtiger Probleme und Risiken von allergrößter Bedeutung ist, liegt auf der Hand.

VII

In Kapitel V wurden die beiden Entwicklungsprozesse benannt, die – trotz aller auf Friedenserhaltung drängender Faktoren – bewirkten, daß der Kurs schließlich auf Krieg ging: die Errichtung faschistischer Diktaturen in Deutschland, Japan und Italien einerseits und die Durchsetzung jener Kräfte [41:] in den westlichen Demokratien, die auf ein Arrangement mit dem Faschismus setzten, andererseits.

An dieser Stelle hätte nun die Diskussion darüber einzusetzen, ob diese beiden Prozesse durch eine andere Politik der Antikriegskräfte hätten verhindert werden können. Mindestens in Gestalt einiger Fragen möchte ich andeuten, in welcher Richtung hier zu forschen und zu diskutieren wäre.

Zum ersten Prozeß, der Faschisierung insbesondere in Deutschland, das für den Krieg in Europa die Hauptverantwortung trägt:

1. Daß eine gelungene sozialistische Revolution in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg die Wiederkehr jener Kräfte verhindert hätte, die dann den Kurs auf Faschismus und Krieg nahmen, ist trivial. Und was die Kräfte im Bürgertum und in der Sozialdemokratie betrifft, die an einer Demokratisierung der Staatsverfassung bei gleichzeitiger Sicherung der bürgerlichen Eigentumsordnung interessiert waren: wußten sie, was sie taten, als sie sich – erneut, wie 1914 – mit den Führungsschichten des Kaiserreichs verbündeten gegen die „bolschewistische Gefahr“? Tatsächlich warfen sie mit dem linken Flügel der Arbeiterbewegung eben jene Kräfte nieder, ohne die eine tiefergreifende Demokratisierung auch nur der Staatsverfassung gar nicht zu erreichen und vor allem nicht zu konsolidieren war. Und zugleich setzten sie damit jene Machteliten – vom Militär bis zur Justiz – wieder in den Sattel, die dann von diesen Machtpositionen aus den neuen Krieg planten und die parlamentarische Demokratie aus den Angeln hoben. Selbstverständlich waren diese Folgen von der Führung der SPD und den bürgerlichen Demokraten keineswegs gewollt – vielmehr handelte es sich um eine grundlegende Verkennung von Wesen und Charakter dieser Führungsschichten, um Realitätsblindheit, und das Erstaunen war dann auch bei vielen sehr groß, als diese Kräfte nach 1933 erneut zeigten, wozu sie in der Lage waren.

2. Hätten die nicht auf Krieg, sondern auf friedlichen Handel, und die nicht auf Diktatur, sondern auf Parlamentarismus orientierten Teile des Bürgertums durch eine andere Politik [42:] der Arbeiterbewegung in eine auf Demokratie und auf Friedenserhaltung gerichtete Koalition eingebunden werden können? Und gilt das vielleicht sogar für diejenigen Kräfte, die zwar auf Wiedererlangung einer starken Militärmacht drängten und dabei auch die Möglichkeit eines neuen Krieges erwogen, die aber doch zugleich realistisch das Risiko einer solchen Gewaltpolitik kalkultierten – derjenigen Kräfte also, die sich etwa in der Rapallo-Politik und dann – schon sehr ambivalent – in der Politik Stresemanns und später, 1938, wenigstens in Restbeständen von Realitätsbewußtsein noch in den Denkschriften des Generaloberst Beck äußerten? Und weiter: Wurden alle Möglichkeiten, die die Weimarer Reichsverfassung im Innern und die der Völkerbund in den internationalen Beziehungen enthielten, von den Linken gesehen und genutzt?

3. Wie hätte die Kommunistische Partei es schaffen können, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Richtung auf Aktionseinheit zu beeinflussen und damit die Durchsetzungschancen der auf Diktatur und Krieg drängenden Kräfte zu mindern?

Zum zweiten Prozeß, der Entwicklung in den westlichen Demokratien:

1. Hat der Antikommunismus, der schließlich bei den Regierenden das Realitätsprinzip überwältigte, nicht auch Auftrieb und Glaubwürdigkeit erhalten durch den stalinistischen Terror, der sich in der Sowjetunion gerade seit Mitte der 30er Jahre mächtig entfaltete? Sind damit nicht jene Kräfte in den westlichen Demokratien geschwächt worden, die den Kurs ihrer Regierungen in Richtung auf Antifaschismus hätten beeinflussen können?

2. Der Abschluß des Nicht-Angriffs-Vertrages mit dem Deutschen Reich am 23. August 1939 war für die Sowjetunion wohl unausweichlich, weil die einzige Möglichkeit, angesichts des Verweigerungskurses der Westmächte und angesichts der Gefahr, isoliert der Militärmaschinerie des Faschismus gegenüber zu stehen, im bevorstehenden Krieg überhaupt eine Überlebenschance zu haben. Denn es drohte ja nicht nur von [43:] Westen die Aggression des deutschen Faschismus, der oft und laut genug proklamiert hatte, welches sein Hauptziel war, sondern es drohte zugleich von Osten die Aggression des japanischen Imperialismus, mit dessen Truppen es bereits zu Zusammenstößen gekommen war. Es drohte also ganz akut ein Zweifrontenkrieg gegen die beiden damals stärksten Militärmächte der Welt, der kaum eine Überlebenschance für die Sowjetunion bot. In eine solche Isolation und Zwangslage die UdSSR zu manövrieren, war ja das Hauptziel der westlichen Demokratien gewesen. Daß der Nicht-Angriffs-Vertrag mit dem Deutschen Reich ein letzter Versuch war, dieser Zwangslage zu entkommen, gab z. B. auch der britische Konservative und Kommunistenhasser Winston Churchill, der am 10.05.1940 angesichts der faschistischen Aggression gegen Frankreich die Regierung übernommen hatte, freimütig zu.¹⁰

Dennoch ergibt sich die Frage, ob diese Zwangslage, in die die Sowjetunion von den Westmächten manövriert worden war, das legitimiert, was die Sowjetunion im Anschluß an den Vertrag an Bekundungen gegenüber dem Faschismus und über den Charakter des Krieges und an realen Maßnahmen gegenüber dem Faschismus (vom „Freundschaftsvertrag“ vom 28.9.1939 bis hin zur Auslieferung von deutschen Kommunisten) sich geleistet hat. Für die Entfaltung antifaschistischer Potentiale waren dies gewiß schwerwiegende Hindernisse.

VIII

So kam es zu einer Konstellation, die es dem deutschen Faschismus erlaubte, Schritt für Schritt die Voraussetzungen für den großen Eroberungskrieg zu schaffen¹¹ – von der Zerschlagung der antimilitaristischen Kräfte im Innern und der forcierten Aufrüstung bis zur Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands, der Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei –, dann Polen zu erobern, Frankreich mitsamt der britischen Expeditionsarmee vernichtend zu schlagen und den gesamten Balkan zu besetzen. Im Frühjahr 1941 beherrschte der deutsche Faschismus, dem der italienische im partiellen [44:] Bewußtsein seiner eigenen Schwäche sich mit einem gewissen Zögern angeschlossen hatte, Europa vom Atlantik bis Finnland und vom Nordkap bis nach Kreta.

Eine Macht, die die Herrschaft des Faschismus über Europa hätte brechen können, war weit und breit nicht zu erkennen. Die Briten waren froh, daß sie der Gefahr einer direkten Invasion auf ihrer Insel

¹⁰ Vgl. L. Besymenski, *Sonderakte Barbarossa*, Hamburg 1973; vgl. auch die Artikelserie von Besymenski in: *Neue Zeit*, Moskau 1979, Nr. 28-33, sowie V. J. Sipols, a. a. O.; W. Falin hat soeben die wichtigsten Belege für die Politik der Westmächte noch einmal zusammengestellt in: *Spiegel Spezial. Hundert Jahre Hitler*, April 1989, S. 117-121.

¹¹ Einen sehr informativen Überblick über Entwicklung und gegenwärtigen Stand der nichtmarxistischen Forschung gibt B. J. Wendt, *Deutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*, München 1987 (dtv 4518). Diese Forschung ist freilich in hohem Maße auf die Frage konzentriert: „Was wollte Hitler?“. Als Standardwerke zum Thema Deutschland und der Zweite Weltkrieg können gelten: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, Stuttgart 1979 ff. (bisher 4 Bände erschienen); *Deutschland im zweiten Weltkrieg*, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann und G. Hass, 6 Bde., Köln 1974 ff. (zunächst Berlin-Ost). Zur aktuellen Diskussion über den Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion im Kontext der „Historiker-Debatte“ vgl. R. Ueberschär, W. Wette (Hg.), *„Unternehmen Barbarossa“*, Paderborn 1984. Zu dieser Diskussion im allgemeinen: R. Kühnl (Hg.), *Streit ums Geschichtsbild*, Köln 1987.

entgangen waren, die USA hatten sich bislang aus dem Krieg herausgehalten, und auch die Sowjetunion war erleichtert, daß sie dem Krieg zunächst entkommen war, und tat alles, um dem deutschen Imperialismus keinen Anlaß zum Losschlagen zu bieten.

Die gewaltigen Ressourcen dieses Raumes machten das Deutsche Reich nun wirklich zu einer Weltmacht ersten Ranges. Gestützt auf diese Ressourcen aber wurde nun jenes Projekt in Angriff genommen, das von Anfang an ökonomisch und ideologisch den Kern der faschistischen Kriegsplanung ausgemacht hatte: die Eroberung und dauerhafte Unterjochung der Sowjetunion und ihrer Völker bis zum Ural.

Als am 22. Juni 1941 die größte und modernste Armee, die die Welt bis dahin gesehen hatte, zu ihrem kolonialen Eroberungs- und Vernichtungskrieg antrat, gab es weder in den Führungsschichten des Deutschen Reiches noch in denen der Westmächte relevante Kräfte, die annahmen, daß die Sowjetunion dieser Aggression werde standhalten können. Das Deutsche Reich richtete die Fahrpläne der Reichsbahn so ein, daß bereits im September desselben Jahres mit dem Rücktransport der deutschen Armeen in die Fabriken in Deutschland begonnen werden konnte. Und die Westmächte lieferten ihre Hilfsgüter in die Sowjetunion lediglich in der Hoffnung, daß der Widerstand einige Zeit anhalten und die deutsche Militärmaschinerie damit eine gewisse Abnutzung erfahren würde.

Es kam anders. Die gewaltigste Militärmaschinerie der Welt wurde im Dezember 1941 vor Moskau zum Stehen gebracht. Ein Jahr später wurde ihr immenses Offensivpotential in der Schlacht von Stalingrad weitgehend zerschlagen und dann im Mai 1943 in der Schlacht im Kursker Bogen definitiv vernichtet. Woher die Völker der Sowjetunion die Kraft nahmen, das [45:] Unglaubliche zustande zu bringen, ist eine Frage, über die nachzusinnen sich wohllohnende würde. Und kaum auszudenken ist es, wie die Geschichte der europäischen Völker weiterverlaufen wäre und wo wir heute stünden, wenn die Völker der Sowjetunion diese Kraft nicht aufgebracht hätten und der Faschismus seine Herrschaft über Europa hätte konsolidieren können.

[47:]

Hermann Weber

München 1938

Das Münchener Abkommen und der Völkerbund

Die Aushöhlung des Systems der kollektiven Sicherheit durch die britische Politik des Appeasement

Am 29. September 1938 fanden sich die Staats- und Regierungschefs von vier europäischen Staaten, nämlich Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und des Deutschen Reichs, in München zu einer Konferenz zusammen und legten die Grenzen eines dritten Staates, der Tschechoslowakei, dessen Vertreter zur Konferenz selbst nicht zugelassen waren, fest. Dabei wurde das tschechoslowakische Staatsgebiet um die überwiegend deutschsprachigen Gebiete, das sog. Sudetenland, verkleinert. Nach dem Münchener Abkommen war die Räumung des abgetretenen Gebietes bis zum 10. Oktober abzuschließen und der deutschen Hoheitsgewalt zu unterstellen. Außerdem sah der Vertrag eine Volksabstimmung in den abgetretenen Gebieten, nicht jedoch im übrigen Staatsgebiet der Tschechoslowakei, vor, auf deren Durchführung die Vertragsparteien indes zwei Wochen später verzichteten. Zuletzt legte das Münchener Abkommen einen Bevölkerungsaustausch auf der Grundlage eines Optionsrechtes fest, über dessen Details ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß zu bestimmen hatte.

Ist schon der Hergang einzigartig in der modernen europäischen Diplomatiegeschichte – das Völkerrecht kennt keinen gültigen Vertrag zulasten Dritter –, so ist es schlechterdings tragisch zu nennen, daß sich unter den vier Vertragsparteien zwei befanden, denen man es aufgrund des Ansehens, das sie als demokratisch und parlamentarisch organisierte Staatswesen in der Weltöffentlichkeit genossen, nicht zugetraut hätte, [48:] daß sie sich in dieser Weise und unter Bruch aller fundamentalen Prinzipien der Völkerbundsatzung, für die sie sich 20 Jahre zuvor durch die Gründung eines speziellen Friedensbundes, des Völkerbundes, verbürgt hatten, zur Zerstückelung eines international anerkannten Staates hergeben würden.

Die völkerrechtswidrige Abtretung des Sudetenlandes gegen den Willen der Prager Regierung und ohne ihre Beteiligung an der Münchener Konferenz ist seinerzeit als großer Sieg zur Erhaltung des Friedens in Europe gefeiert worden, weil durch sie, wie man meinte, die Drohung Hitlers, das Sudetenland mit Gewalt „heim ins Reich“ zu holen, abgewehrt worden sei. Die öffentliche Meinung in England, Frankreich und anderen Staaten teilte ganz überwiegend die Überzeugung, daß eine militärische Lösung, wie sie Hitler vorgeschwebt hatte, den Bündnispartner der Tschechoslowakei, Frankreich, zum Eingreifen in den dann sicheren bewaffneten Konflikt hätte veranlassen können, wodurch der Konflikt außer Kontrolle geraten wäre. Eine solche Perspektive beunruhigte insbesondere die britische Öffentlichkeit, weil Großbritannien, obgleich mit Frankreich nicht durch ein Bündnisabkommen im formellen Sinne verbunden, aus Rücksicht auf traditionelle Gesichtspunkte des Kräftegleichgewichts auf dem Kontinent, aber auch in Erinnerung an die Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg, im Falle eines militärischen Konflikts immer an die Seite Frankreichs getreten wäre. 20 Jahre nach Beendigung des gegenseitigen Völkerschlachtens hätte sich Großbritannien wider seinen Willen in einen militärischen Konflikt auf dem Kontinent verwickelt gesehen.

Die Aussicht, für die Grenzen des tschechoslowakischen Staates hohe Opfer an britischen Menschenleben zu bringen, war in den Augen der britischen Öffentlichkeit quer durch alle Parteien – aufgenommen die innerparteiliche Oppositionsgruppe um den Konservativen Winston Churchill – die schlechteste aller Lösungen. Die französische Haltung war demgegenüber etwas differenzierter, im Ergebnis teilte aber auch die französische Öffentlichkeit die Unlust der Briten, für die Tschechoslowakei in den Krieg zu ziehen. Schon ein halbes [49:] Jahr vor Abschluß des Münchener Abkommens hielten London und Paris übereinstimmend die endgültige Auflösung der Tschechoslowakei für unvermeidlich: „Das beste, was man erhoffen könne, sei, daß eine solche Auflösung in einer Form stattfinden werde, die das Gesicht Frankreichs und Englands wahre“ – so faßte der amerikanische Botschafter in Paris, Bullitt, seinen Eindruck über die britisch-französischen Absichten zusammen. Es

war die gleiche Haltung, die ein Jahr später die französische Öffentlichkeit sich die Frage stellen ließ, ob man für Danzig sterben wolle („Mourir pour Danzig?“).

Die Entscheidung Neville Chamberlains zur Aufgabe der Tschechoslowakei angesichts einer tödlichen Bedrohung war der Höhepunkt einer Politik, die, noch bevor „Appeasement“ in Verruf geraten war, für ein Nachgeben und Zurückweichen ohne Perspektive stand. Denn die britische Regierung war nicht so weltfremd, daß sie nicht auch die Gefahren dieser Politik gesehen hätte. Zumindest Außenminister Halifax erblickte im „Appeasement“ durchaus eine aus dem Zwang der Situation geborene Zwischenlösung – die Sudetenfrage war eben nicht als Kriegsgrund gewertet worden! –, die den Frieden in Europa nur auf eine begrenzte Zeit garantieren konnte. Halifax schätzte die Wertordnungen des demokratischen England und des totalitären Deutschland als zu verschieden ein, als daß sich daraus ein dauerhafter Friede in Europa herstellen ließe. Die britische Regierung tröstete sich aber damit, daß sie überzeugt war, mit Hitler pragmatische Lösungen aushandeln zu können, wenn es nur gelänge, ihn von den „Radikalen“ seiner Bewegung, von der NSDAP, von Himmler, Goebbels und Ribbentrop, zu trennen. Den Führer und Reichskanzler selbst hielt Chamberlain nicht für einen Radikalen, allenfalls für ein Opfer seiner eigenen Propaganda.

Welchem tragischen Irrtum die britische und die französische Politik unterlagen, darüber sind zahlreiche Interpretationen geliefert und Erklärungsversuche angestellt worden, auf die einzugehen den Rahmen dieses Überblicks sprengen würde. Hier soll nur auf einen Aspekt näher eingegangen werden, auf die britische Haltung gegenüber dem Völkerbund [50:] während der Zwischenkriegszeit, weil in ihr grundsätzliche Einstellungen der britischen Politik zum Engagement in internationalen Konflikten im allgemeinen und zum Engagement in solchen Konflikten auf dem europäischen Kontinent im besonderen vor dem Hintergrund der weltweiten Interessen und Bindungen Großbritanniens als Welt- und Seemacht deutlich werden. In diesen grundsätzlichen Einstellungen sah sich die britische Politik ständig mit den spezifischen Sicherheitsinteressen Frankreichs auf dem Kontinent konfrontiert – eine Situation, die den Völkerbund von Anfang an belastete und ihn letztlich daran hinderte, die zentrale Aufgabe zu erfüllen, für die er in erster Linie gegründet worden war: die Erhaltung des internationalen Friedens in Europa.

Die Grundvorstellungen der Alliierten zur organisierten Friedenssicherung

Großbritannien hatte von Anfang an maßgeblich Einfluß genommen auf die Gestaltung der Friedensordnung in Europa, und zwar in einer Weise, die zunächst eine Abkehr von traditionellen Einstellungen erwarten ließ. Noch vor Ende des Ersten Weltkrieges lieferte es den ersten amtlichen Entwurf für die Gründung des Völkerbundes, im sog. Phillimore-Report vom 20. März 1918, einem Abschlußbericht der Regierungskommission unter dem Vorsitz des angesehenen Völkerrechtslehrers Sir R. Phillimore. In ihm waren verschiedene private und öffentliche Äußerungen britischer und amerikanischer Staatsmänner, darunter auch Grundgedanken des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (14-Punkte-Programm) zu einem Statut für die Errichtung eines Völkerbundes verarbeitet. In diesem Entwurf war vor allem die Tatsache bemerkenswert, daß nach britischer Vorstellung der Frieden unter den Staaten in erster Linie durch ein Verfahren der obligatorischen Streitbeilegung gewährleistet werden könnte, d. h., einen Krieg zu beginnen sollte keinem Staat erlaubt sein, der nicht zuvor den Versuch unternommen hatte, im Wege [51:] eines vorher festgelegten oder vereinbarten Verfahrens (Vermittlung, Untersuchung, Schiedsgerichtsbarkeit u. ä.) den Streit beizulegen. Der Phillimore-Report enthielt auch Vorschriften über die Durchführung einer Bundesexekution, und zwar in der Form wirtschaftlicher und militärischer Zwangsmaßnahmen, um einen potentiellen Friedensbrecher abzuschrecken, beziehungsweise nach einem illegalen Angriff den gestörten Friedenszustand wiederherzustellen.

Von diesen sehr weitreichenden Vorschlägen zur Etablierung eines effektiven Systems der kollektiven Sicherheit aller Staaten, unter gleichzeitig starker Beschneidung einzelstaatlicher Zuständigkeit in der Frage des traditionell freien Kriegsführungsrechts, unterscheiden sich die Vorstellungen der Vereinigten Staaten von Amerika. Präsident Wilson erblickte erst in der Verbindung einer Völkerbundgründung mit der Forderung nach konsequenter Abrüstung aller Staaten die entscheidende

Voraussetzung, um ein effektives Kriegsverhütungssystem zu erreichen. Wie die Phillimores zielten auch die Vorstellungen Wilsons nicht auf die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes, aber Wilson sah auch in jeder anderen Form der obligatorischen Streiterledigung mit friedlichen Mitteln kein geeignetes Instrument der Kriegsverhütung. Wilson favorisierte statt juristischer Entscheidungsmechanismen die internationale Zusammenarbeit, die er stärker für die Ziele der friedlichen Streiterledigung nutzen wollte. Den Völkerbund verstand er als lebendigen Organismus, der besser als juristische Entscheidungsgremien Staatenkonflikte aufzufangen vermöge, vor allem solche, die aus der Anwendung der Pariser Vorortverträge auf die internationale Gemeinschaft zukommen sah.

So ist die Streitbeilegung nicht strikt als Obligatorium in die Völkerbundsatzung eingeführt worden. Immerhin, als die Völkerbundsatzung nach Annahme durch die Pariser Friedenskonferenz (28. Juni 1919) mit der Ratifikation des Versailler Vertrages, dessen Teil I sie bildete, am 10. Januar 1920 in Kraft getreten war, verband sich mit ihr die Hoffnung der Völker, daß es nunmehr gelingen werde, erstmals in der [52:] Geschichte der modernen Staatenwelt den Krieg, wenn nicht zu ächten, so doch durch ein wirksames Verfahren der Kriegsverhütung unmöglich zu machen. Die Idee der kollektiven Sicherheit aller Staaten auf der Basis der Universalität des Völkerbundes, wenn auch letztere wegen des vorläufigen Ausschlusses der Mittelmächte und der Sowjetunion von der Mitgliedschaft zunächst nicht voll verwirklicht war, sollte helfen, dieses Ziel auf Dauer zu realisieren. Dafür waren folgende Prinzipien und Instrumente vorgesehen:

- die Verminderung der nationalen Rüstungen und die Einsetzung eines entsprechenden Ausschusses, um dieses Ziel zu fördern (Art. 8, 9).
- die politische und territoriale Bestandsgarantie für alle Bundesmitglieder gegenüber jedem „äußeren Angriff“ (Art. 10),
- die Maßnahmenkompetenz des Völkerbundesrates im Falle eines Krieges oder einer Kriegsdrohung (Art. 11/1),
- das im Hinblick auf zahlreiche Klauseln allerdings nicht strikt als obligatorisches Verfahren ausgestaltete Streitbeilegungsverfahren (Art. 12, 13 und 15),
- die Einrichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes auf der Grundlage der freiwilligen Unterwerfung (Art. 14) sowie – als wichtigstes Instrument
- das Sanktionssystem, dem die Bundesmitglieder im Bereich der wirtschaftlichen und anderen nicht-militärischen Maßnahmen beizutreten verpflichtet waren, während ihnen (nach Auslegung der Bundesmitglieder) der Beitritt im Bereich der militärischen Maßnahmen offenstand (Art. 16).

Die große Streitfrage: Steht die kollektive Sicherheit am Anfang oder am Ende des Abrüstungsprozesses?

Im System der kollektiven Sicherheit und der Kriegsverhütung durch Verfahren auf der Grundlage des Völkerrechts war die Abrüstungsfrage von Anfang an als notwendiges Korrelat des Kriegsverhütungssystems angesehen worden. In der Abrüstungsfrage aber erwiesen sich selbst kleinste Fortschritte als [53:] schwierig. Die Bundesmitglieder, an erster Stelle Großbritannien, aber auch Frankreich, beriefen sich schon bald nach Aufnahme der Tätigkeit der Völkerbundorgane auf die Gefährdung ihrer nationalen Sicherheit, „die es ihnen im gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich mache“, einer Beschränkung ihrer Rüstung zuzustimmen. Vor allem Frankreich hatte große Vorbehalte gegen effektive Abrüstungsmaßnahmen, die es mit der Sorge vor einem Wiedererstarken Deutschlands motivierte. Die französische Politik hatte zunächst ihre Hoffnungen auf den Abschluß eines separaten Sicherheitspaktes mit den USA und Großbritannien als weiteren Vertragsstaaten gesetzt, die jedoch unerfüllt blieben, als die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht beitraten. Der französischen Politik erschien damit die Völkerbundsatzung als die einzige ihr gebliebene vertragliche Sicherheitsgarantie – eine Bewertung, die einem allgemeinen Abrüstungsplan diametral entgegenstand.

Aus der Erkenntnis, daß ein regionaler Sicherheitspakt mit Großbritannien und isoliert von Fortschritten in der Abrüstungsfrage nicht zu erreichen war, zog die französische Politik die Folgerung, daß eine Abrüstung auch am Ende eines effizienten Systems der internationalen Streitbeilegung, verbunden mit einem wirksamen System der Sanktionen gegen Friedensbrecher, stehen könnte. Aus dieser Überlegung heraus kam es zum ersten bedeutenden Vertragsabschluß seit Gründung des Völkerbundes, zur Unterzeichnung des Genfer Protokolls über die obligatorische Streitbeilegung 1924. Die wichtigste Bestimmung in diesem Vertrag war die Verpflichtung der Vertragsstaaten, einen Monat nach Inkrafttreten die Streitbeilegung durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof als bindend anzunehmen. Ferner sah das Genfer Protokoll vor, daß jeder Staat, der das Streitbeilegungsverfahren außer acht läßt oder mißachtet und Krieg führt, automatisch als Aggressor gelten und entsprechende Sanktionen zu gegenwärtigen habe. Indes scheiterte das Genfer Protokoll zuletzt an der Ablehnung durch die britische Regierung. London fürchtete eine zu starke Einbindung in ein automatisch wirkendes europäisches Sicherheitssystem, vor allem im Hinblick auf [54:] eventuelle kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen um den sogenannten „Korridor“ bei Danzig – eine Haltung, die stark an die britische Zurückhaltung vom Sommer 1914 erinnerte, als Frankreich keine feste Zusage erhielt, ob und inwieweit sich Großbritannien im Konfliktfall mit Deutschland mit eigenen Streitkräften auf dem Kontinent engagieren werde.

Der unauflösbar scheinenden Verknüpfung von allgemeiner Abrüstung mit einer Garantie des Status quo in Europa suchte nun Frankreich außerhalb des Völkerbundes gerecht zu werden, im Abschluß der Locarno-Verträge im Oktober 1925. Sie brachten erstmals eine allgemeine Anerkennung des territorialen Status quo im Westen durch Deutschland. An der deutschen Ostgrenze zeigte sich Gustav Stresemann allerdings weniger anerkennungsbereit. Hier kam es nur zum Abschluß zweier Schiedsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei – deutliches Indiz dafür, daß die Reichsregierung sich die Tür für eine revisionistische Politik im Osten in der Zukunft offen halten wolle. Dieser Vorbehalt stand nicht im Widerspruch zur Politik der Westmächte, vor allem nicht zur britischen. Andernfalls hätten sich die Westmächte kaum darauf eingelassen, nur die Grenzen Frankreichs und Belgiens zu Deutschland zu garantieren.

Die Lücke im Locarno-System in der Frage der vollen Einbeziehung der beiden östlichen Nachbarn Deutschlands in den Bereich des garantierten Status quo verhinderte nicht, daß die Locarno-Verträge insgesamt als großer Fortschritt auf dem Wege zu einer sicheren Staatenordnung in Europa gewertet wurden. Sie brachten nicht nur eine Klärung der Situation im Westen, sondern verschafften auch Deutschland den Zugang zum Völkerbund und damit dessen volle Gleichstellung mit allen anderen Mitgliedstaaten (1926). Dieses Ereignis wurde von ebenso großen Erwartungen der Öffentlichkeit begleitet wie seinerzeit die Gründung des Völkerbundes, wie der Reaktion auf das Auftreten Briands und Stresemanns in Genf entnommen werden kann. Und nicht zuletzt brachte der Westpakt die festgefahrenen Diskussionen um die Abrüstung [55:] wieder in Gang, als in Locarno auch eine Einigung über die Einberufung einer großen internationalen Abrüstungskonferenz unter Einschluß der Sowjetunion, die zu dieser Zeit dem Völkerbund noch nicht angehörte, erzielt worden war.

Die Aggressoren testen die Fähigkeit des Völkerbunds zur Sanktion

Waren die Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre im Völkerbund primär von der Frage beherrscht, inwieweit die Abrüstung der Staaten eine effektive internationale Sicherheit voraussetzte oder umgekehrt die effektive internationale Sicherheit sichtbare Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung zur Bedingung habe, so kreisten die Auseinandersetzungen der dreißiger Jahre im Völkerbund stärker um den eigentlichen Kern des Kriegsverhütungssystems, nämlich um die Frage, inwieweit die führenden Mächte bereit waren, im Falle eines unter Bruch der Völkerbundsatzung erfolgten bewaffneten Angriffs das Sanktionssystem des Art. 16 auch tatsächlich anzuwenden. Der Art. 16, Rückgrat des gesamten Kriegsverhütungssystems des Völkerbunds, enthielt vier wichtige Aussagen:

– die Erklärung, daß eine unter Verletzung der Streitbeilegungsvorschriften der Art. 12, 13 und 15 begangene Kriegshandlung als Kriegshandlung gegen alle Bundesmitglieder betrachtet werde,

- die Verpflichtung aller Bundesmitglieder, sich an wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Friedensbrecher zu beteiligen und im Falle beschlossener militärischer Sanktionen mindestens eine Beteiligung zu prüfen,
- den Katalog der möglichen Sanktionen, darunter weitreichende wirtschaftliche, finanzielle und andere Zwangsmaßnahmen, und
- die Verpflichtung der Bundesmitglieder, sich wechselseitig bei der Durchführung der Sanktionen und beim Ausgleich der sich aus ihnen für die einzelnen Bundesmitglieder ergebenden Nachteile zu unterstützen.

[56:] Die Prüfung der Fähigkeit, das Sanktionssystem des Art. 16 auch tatsächlich anzuwenden, forderte erstmals Japan dem Völkerbund ab. Sein Angriff auf die chinesische Provinz der Mandschurei am 18. September 1931 stellte den klassischen Fall einer unprovokierten militärischen Aggression unter Bruch der Völkerbundsatzung dar. Weil die tatsächlichen Vorgänge unklar erschienen, verhielt sich der Völkerbund jedoch zunächst abwartend, unterstützt durch eine in voller Absicht betriebene Hinhaltetaktik Japans. Diese Situation kam den Absichten der führenden Völkerbundmächte durchaus entgegen, weil sie sie der Notwendigkeit harter Entscheidungen zunächst enthob. Als dem Völkerbund die unmißverständlichen Feststellungen einer nach China entsandten Sonderkommission (Lytton-Kommission) vorlagen und die kleineren Mächte daraufhin das Eingreifen des Völkerbunds zugunsten Chinas forderten, bestritten London und Paris ihnen das Recht, eine Bundesexekution zu verlangen, „deren Folgen nicht sie, sondern andere treffen würden“. Im Klartext gesprochen hieß das: Die für die Anwendung des Kriegsverhütungssystems hauptverantwortlichen Mächte lehnten trotz Vorliegens der Voraussetzungen die Bundesexekution ab, weil ihre eigenen Opportunitätsüberlegungen gegen ein solches Vorgehen sprachen.

Im Fall des italienischen Überfalls auf Äthiopien (3. Oktober 1935) waren Vorgehensweise des Friedensbrechers und ihre Behandlung im Völkerbund im Prinzip ähnlich wie im Falle der japanische Aggression. Sie unterschieden sich nur durch den Umstand, daß Äthiopien den Konflikt bereits im März 1935, als die ersten Angriffsvorbereitungen zu erkennen waren, vor den Völkerbundrat gebracht und um die Einleitung eines Streitbeilegungsverfahrens nach Art. 15 ersucht hatte. Ein neues Element stellten auch die halbherzigen und wenig wirkungsvollen Zwangsmaßnahmen gegen Italien dar, als Mussolini den Völkerbund in aller Offenheit brüskiert hatte. In der Sache aber blieb der Völkerbund im Falle des italienischen Angriffs auf Äthiopien ebenso untätig, wie er es im Falle des japanischen Angriffs auf China bereits aller Welt vorge-[57:]führt hatte. Hitler hatte exakt zu diesem Zeitpunkt die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eingeführt, und unter diesem Eindruck sahen sich Großbritannien und Frankreich außerstande, Italien mit einer harten Sanktionspolitik im Völkerbund vor den Kopf zu stoßen. Dahinter stand die Furcht der Westmächte, Italien könnte an die Seite Hitler-Deutschlands getrieben werden, mit der Folge einer vollständigen Veränderung des Kräftegleichgewichts in Europa zu Lasten der internationalen Sicherheit. Als es letztendlich im Völkerbund doch noch zu einem Verdikt über Italien gekommen war und ein aus fünfzig Bundesmitgliedern gebildeter Sonderausschuß daraufhin Sanktionen beriet, sah es dieser als eine Hauptaufgabe an, die negativen Auswirkungen der beschlossenen wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen zu beschränken und die erwarteten Nachteile für dritte Staaten in Grenzen zu halten. Aus diesem Grunde und auch, um Italien zu schonen, waren vier höchst effektive Sanktionen ausgenommen worden: ein Verbot der Lebensmittelausfuhr nach Italien, ein Lieferverbot für Öl, Kohle, Eisen und Stahl, ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen sowie die Schließung des Suezkanals.

Zuletzt beseitigte das berüchtigte britisch-französische sog. „Hoare-Laval-Abkommen“, durch eine Indiskretion bekanntgeworden, den letzten Rest von Vertrauen, das die Bundesmitglieder noch in die Fähigkeit des Völkerbundes, die internationale Sicherheit zu gewährleisten, gesetzt hatten. Das Abkommen sah weitgehende Gebietsabtretungen Äthiopiens an Italien ohne Gegenleistungen vor. Außerdem sollte Äthiopien in die Einrichtung einer „Wirtschaftszone“ einwilligen, in der Italien weitestgehende wirtschaftliche Ausbeutungs- und Nutzungsrechte, einschließlich des Rechts der unlimi-

tierten Einwanderung und Niederlassung, eingeräumt waren – im Ergebnis: die Errichtung eines italienischen Protektorates über Äthiopien und ohne dessen Zustimmung.

Das „Hoare-Laval“-Abkommen hatte Italien selbst, durch die Annexion Äthiopiens, obsolet gemacht. Die negativen Folgen dieses Abkommens aber blieben voll erhalten: sie schufen den Präzedenzfall für das Münchener Abkommen von 1938, in dem die diktierte Abtretung zu Lasten eines dritten Staates unter Bruch der Völkerbundsatzung in aller Form die Zustimmung von Mächten fand, die zum Schutz der fundamentalen Völkerbundprinzipien zuallererst berufen waren.

Auch im spanischen Bürgerkrieg ist das Sanktionssystem des Völkerbunds nicht zur Anwendung gebracht worden. Die Art und Weise, wie Großbritannien und Frankreich die Interventionsmacht Italien gewähren ließen, aber auch die massive Parteinahme des Deutschen Reiches für Franco hingen und zugleich das republikanische Spanien daran hinderten, seine Rechte im Völkerbund und später, als dieser untätig blieb, sein Selbstbehauptungsrecht geltend zu machen, zeigten, wie weit sich die führenden Völkerbundmächte von ihren eigenen Grundsätzen und Verpflichtungen entfernt hatten. Das Zustandekommen des Münchener Abkommens war, so gesehen, nur die logische Folge dieser Haltung, und die ein halbes Jahr darauf, im Frühjahr 1939, von Hitler durchgeführte Zerschlagung der gesamten Tschechoslowakei war die folgerichtige Durchführung dieser kurzsichtigen Politik des Eigennutzes, der mangelnden Solidarität und vor allem der offenen Mißachtung übernommener Rechtsverpflichtungen. Dies entschuldigte nicht die Handlungsweise der Friedensbrecher, Japans, Italiens und Deutschlands, zeigt aber, wie diesen das Vorgehen durch die Friedensgaranten erleichtert, ja erst möglich gemacht wurde, obwohl die entsprechenden Instrumente zur Verhinderung von Krieg und Aggression vorhanden waren. Sie wurden nicht angewendet, weil sich Großbritannien und Frankreich, wie es der sowjetische Vertreter in der Bundesversammlung 1938 treffend formulierte, verhalten haben „wie die Ratsversammlung einer Stadt, die angesichts einer drohenden Feuersbrunst die Feuerwehr abschafft, aber dafür das Versprechen abgibt, eine neue Feuerwehr aufzustellen, sobald sich die Feuersgefahr gelegt hat“.

[59:]

Der große Irrtum: Rückzug ins Appeasement

Das Münchener Abkommen und der ihm zugrundeliegende drohende Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei sind nicht vor dem Völkerbund verhandelt worden. Es ist noch nicht einmal der Versuch zur Einschaltung des Völkerbundes gemacht worden. Die zu gleicher Zeit, im September 1938, im Völkerbund geführten Diskussionen um eine Reform des Art. 16 ließen es als zwecklos erscheinen, zu einer internationalen Solidaritätsaktion zum Schutze der Tschechoslowakei auf der Grundlage bestehender Verpflichtungen aufzurufen. Während Hitlers ultimative Forderungen den tschechoslowakischen Staat um seine Existenz bangen ließen, sprachen sich in der Bundesversammlung viele Bundesmitglieder dafür aus, nicht nur den militärischen Sanktionen, sondern auch den wirtschaftlichen und anderen nichtbewaffneten Zwangsmaßnahmen unter dem Art. 16 keinen verpflichtenden Charakter mehr beizumessen. Besonders weitgehend waren die britischen Vorschläge, die auf eine förmliche Beseitigung des Systems der kollektiven Sicherheit hinausliefen. Der britische Delegierte Butler wollte die Entscheidung über Sanktionen ganz in die Zuständigkeit des einzelnen Bundesmitglieds zurückführen und eine Verpflichtung nur noch für eine „Beratung“ anerkennen, ob und welche Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit im gemeinsamen Einvernehmen im Einzelfall getroffen werden könnten. Für den Fall des „Krieges“ sollte nur noch gelten, daß kein Bundesmitglied berechtigt sei, einer solchen Lage gegenüber eine „gleichgültige Haltung“ einzunehmen. Der französische Delegierte Paul-Boncourt gab vor der Bundesversammlung eine mit der britischen Erklärung fast wortgleiche Erklärung ab – ein Zusammenspiel, das im Münchener Abkommen seine Entsprechung fand.

War das kollektive Sicherheitssystem des Völkerbundes durch die Politik seiner führenden Mitglieder diskreditiert worden? Obgleich in manchen Bestimmungen verbesserungsfähig, waren es doch nicht seine Mängel, denen das Völker-[60:]bundsystem zuletzt zum Opfer fiel. Es waren die Westmächte selbst, die das von ihnen geschaffene Kriegsverhütungssystem durch ihre eigene Politik untergraben

und damit in erster Linie sich und ihre Schützlinge ans Messer der Diktatoren geliefert haben. Für diese Politik haben alle ihren Preis zahlen müssen, Schuldige und Unschuldige in gleicher Weise.

Die Vereinigten Staaten haben daraus ihre Konsequenzen gezogen und noch vor Abschluß des Münchener Abkommens den ersten Hinweis gegeben, in welcher Weise eine Wiederholung der Fehler der Völkerbundmächte für die Zukunft vermieden werden könnte. Die Fehlerkorrektur in der Konstruktion der Staatenorganisation und der Staatenpolitik beinhaltete auch eine Korrektur der amerikanischen Außenpolitik, deren bewußtes Abseitsstehen vom europäischen Schauplatz das Fiasko des Völkerbundes mitverursacht hatte. In seiner berühmten Quarantänerede vom 5. Oktober 1937 machte Präsident Roosevelt der amerikanischen Öffentlichkeit unmißverständlich klar, daß „die friedlichen Nationen eine konzertierte Anstrengung gegen jene Vertragsbrüche und gegen jenes Außerachtlassen humaner Instinkte unternehmen müssen, die verantwortlich sind für den heutigen Zustand der Anarchie und Instabilität zwischen den Staaten und von dem es kein Entrinnen gibt durch bloße Abschließung und Neutralität ...“. In dieser Rede verglich Roosevelt das epidemische Ausbreiten der Gesetzlosigkeit in der Welt mit einer Krankheit, gegen die sich die Gemeinschaft nur durch gemeinsame Anstrengung zur Isolierung des „Patienten“ schützen könne, wenn sie sich nicht selbst der Ansteckung preisgeben wolle. In der Allianz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der faschistischen Expansion in der Welt haben fünf Jahre später die Vereinigten Staaten zusammen mit Großbritannien, der Sowjetunion und den anderen Opfern der Aggression die Folgerung gezogen – eine Folgerung, der die Organisation der Vereinten Nationen mit all ihren Organen, Sonderorganisationen und mit ihrer vielfältigen Tätigkeit in allen Bereichen der direkten und indirekten Friedenssicherung heute sichtbaren Ausdruck gibt. Mag auch das Friedensziel der UN-Charta [61:] noch längst nicht erreicht sein, einer Kritik, wie sie dem Völkerbund entgegengehalten wurde, sind die Vereinten Nationen zu keinem Zeitpunkt unterzogen worden. Die Idee der kollektiven Sicherheit ist nach wie vor gültig, wenn sich auch die Voraussetzungen inzwischen erheblich verändert haben. Das mag in der inzwischen erreichten Universalität der Weltorganisation begründet liegen, vielleicht aber auch in einer veränderten Einstellung der Staaten und Völker zum Krieg unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges, seiner Opfer und der Perspektiven, die sich für die Menschheit aus einem Dritten Weltkrieg zwangsläufig ergeben würden.

Literaturhinweise

- Blickenstorfer, Chr.: Die Haltung der englischen Regierung während der masurischen Krise 1931-1933. Zürich (Phil.Diss.) 1972
- Bonnet, G.: Le Quai d'Orsay SOUS trois républiques, 1870-1961. Paris 1961
- Chaput, R. A.: Disarmament in British Foreign Policy. London 1935
- Gilbert, M.: The Roots of Appeasement. London 1966
- Král, V. : Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937-1939. Prag 1968
- Laurens, F. D.: France and the Italo-Ethiopian Crisis, 1935-1936. The Hague, Paris 1967
- Lundgreen, P.: Die englische Appeasement-Politik bis zum Münchener Abkommen. Voraussetzungen, Konzepte, Durchführung. Berlin 1969
- Sicherheitspolitik, 1934-1938. Studien zum außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß. Düsseldorf 1976
- Mowat, Ch. L.: Britain between the Wars, 1918-1940. Boston 1971
- Néré, J.: The Foreign Policy of France from 1914 to 1945. London, Boston 1975
- Robbins, K.: Munich 1938. London 1968.
- Russell, R. B. and Muther, J. E.: A History of the United Nations Charter. The Role of the United States 1940-1945. Washington 1958
- Walters, F. P.: A History of the League of Nations. London, New York, Toronto 1952 (Repr. 1960)
- Weber, H.: Vom Völkerbund zu den Vereinten Nationen. Bonn 1987
- Wehberg, H.: Die Ächtung des Krieges. Eine Vorlesung an der Haager Völkerrechtsakademie und am Institut Universitaire de Hautes Études Internationales (Genf). Berlin 1930
- Wendt, B.-J.: München 1938. England zwischen Hitler und Preußen. Frankfurt/M. 1965
- Wheeler-Bennett, J. W.: Disarmament and Security since Locarno 1925-1931. Being the political and technical Background of the General Disarmament Conference, 1932. London 1932.

[62:]

Jost Dülffer

Sommer 1939

Die internationale Situation am Vorabend des Zweiten Weltkriegs

Der politische Sommer 1939, wie er hier vorgestellt werden soll¹, stimmt mit dem kalendarischen nicht überein. Er begann mit der deutschen Besetzung Prags am 15. März 1939 und endete mit dem Angriff deutscher Truppen auf Polen am 1. September. Jener Sommer ist dadurch gekennzeichnet, daß zwischen den diversen Lagern bzw. den Hauptstaaten fast alle mit allen verhandelten. Dabei blieben für die meisten Akteure lange Zeit verschiedene Optionen offen, gab es Prioritäten. Vertragsverhandlungen wirtschaftlicher oder politischer Art mit dem einen oder dem anderen Partner hatten Vorrang, wurden aber auch deswegen unternommen, weil man wußte oder fürchtete, daß andere zu einem Abschluß kommen könnten. Ein großer Teil dieser Verhandlungen spielte sich im Geheimen ab, wurde von Diplomaten abgewickelt oder von mehr oder weniger hochrangigen Sonderemissären, deren Existenz bekannt wurde, nicht aber die Substanz oder die Erfolgchance ihrer Tätigkeit, und wenn man es aus welchen Quellen auch immer erfuhr, blieb doch das Problem von Wahrheit und Irreführung.

Man könnte in verschiedenen Phasen aus der Sicht der damaligen Staatsführungen die schnell wechselnden Verhandlungssituationen untereinander phasenweise konfrontieren, man könnte das gleiche vom annähernd „objektiven“ Kenntnisstand der Gegenwart her tun, in der wir das meiste des damals Geheimen kennen. Doch das soll hier nicht geschehen. Vielmehr werde ich erstens kurz die Grundinteressen und Ziele der hauptbeteiligten Mächte vorstellen und zweitens die [63:] wichtigsten Verhandlungsstränge. Dabei werde ich die Ergebnisse umreißen und gleichzeitig anzugeben suchen, warum dieses und kein anderes Resultat herauskam.

I.

Kriegsfurcht herrschte vor allem wegen der deutschen Politik.² Sie hatte sich seit Jahren um eine möglichst effiziente Rüstung bemüht, besaß einen relativen Vorsprung sowohl an Qualität als auch an Quantität von Rüstung gegenüber den europäischen Nachbarn und war von dem Willen getragen, diesen Vorsprung, solange er noch existierte, durch Krieg auszunutzen. Es gab einen nur schmalen zeitlichen Korridor für jenen Vorsprung, etwa auf die Jahre 1938/40 beschränkt, in dem in Adolf Hitlers, aber auch mancher Militärs Sicht eine deutsche Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent gesichert werden konnte oder mußte; später wurden die Durchsetzungschancen militärisch schlechter. Hinzu kam eine Verschärfung der sozialen Spannungen, die eine weitere Beschleunigung des Rüstungstempos über längere Zeit hin nicht geraten erscheinen ließ. Kaum hatte die polnische Regierung eine engere Kooperation mit dem Deutschen Reich mit Stoßrichtung Sowjetunion im März abgelehnt, wurden auf Hitlers Anordnung die deutschen Militärplanungen für eine Zerschlagung Polens begonnen. In Kauf genommen wurde bei einem solchen Blitzkriegsplan von Hitler zunehmend ein Eingreifen Frankreichs und Großbritanniens zugunsten Polens. In diesem Fall mußte das Ziel auch der militärische Sieg über Frankreich und die politisch-militärische Verdrängung Großbritanniens vom Kontinent sein. All dies war die Voraussetzung für den mittelfristig von Hitler anvisierten

¹ Aus der umfangreichen Literatur scheint mir folgendes am wichtigsten zu sein: W. Benz/H. Graml (Hrsg.), *Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg*, Stuttgart 1979; Gerhard L. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starring World War II, 1937-1939*, Chicago 1980, bes. S. 465 ff.; Wolfgang J. Mommsen/Lothar Kettenacker (Hrsg.), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983; Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkrieges?*, Darmstadt 1976.

² *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hrsg. von Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979 ff., Bd. 1: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik* (v. a. Beitrag Messerschmidt); Andreas Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, Göttingen (3) 1986; Jost Dülffer, *Der Beginn des Krieges 1939. Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 2, 1976, S. 443-470; Walther Hofer, *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt 1964.

Krieg um „Lebensraum im Osten“ gegen die Sowjetunion. 1939 jedoch gab es hierzu weder Absichten noch Planungen.

In Frankreich³ sah man im Frühjahr 1939 deutlich, daß der Versuch von München gescheitert war, Europa in einem neuen Viererdirektorium Frieden zu verschaffen. Man unterhielt traditionell eine starke Militärmacht, die jedoch veraltet war. [64:] Eine energische Aufrüstung begann im Jahr 1939 erst erste Früchte zu zeigen. Es war zwar offenkundig, daß französische Sicherheitsinteressen direkt durch Italien, indirekt in Ostmitteleuropa bedroht waren, aber dennoch suchte man primär den Frieden zu bewahren – am besten durch Abschreckung der Aggressoren, ohne diese dabei erst recht zum Krieg zu provozieren.

Das war umso wichtiger, als sich die französische Außenpolitik mehr und mehr ins Schlepptau der britischen genommen⁴ sah. Für diese galt nach wie vor im dominierenden Strang, daß Friedenswahrung das Hauptinteresse beanspruchte, da jeder größere Krieg die vormalige britische Weltmachtposition, nunmehr im Commonwealth zusammengefügt, weiter erschüttern mußte. Parallel zur seit 1934 einsetzenden und nun mit Nachdruck betriebenen Rüstung liefen also Bestrebungen, den aggressiven Mächten durch ökonomische oder koloniale Expansionsmöglichkeiten jene friedensbedrohende Qualität gleichsam abzukaufen. Trotz Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1939 war aber die britische Landrüstung für einen Kontinentaleinsatz unzureichend, man begann gerade erst die Planung für ein Expeditionskorps. In französisch-britischen Stabsbesprechungen nahm man ab April 1939 in Aussicht, eine gemeinsame deutsch-italienische Aggression nach einer defensiven Phase zunächst durch Niederwerfung des schwächeren Gegners, Italien, im Mittelmeer zu wenden und dann erst gegen die Deutschen . entscheidend vorzugehen. Insgesamt wuchs aber in der britischen Öffentlichkeit seit „Prag“ die Entschlossenheit, jeder weiteren deutschen Aggression entgegenzutreten, signalisiert nicht zuletzt durch die britischen Garantieerklärungen zumal für Polen und Rumänien.

In Ostasien hatte der Zweite Weltkrieg de facto im Juli 1937 begonnen⁵, als sich Japan zum militärischen Überfall in Nordchina entschloß, um diese Region unter japanische Abhängigkeit zu bringen. Es war die Stoßrichtung, die von seiten der Armee bevorzugt wurde, während die Marine eher an eine Südexpansion im Rahmen einer „Neuen Ordnung Ostasiens“ dachte. Einzelaktionen gingen bereits in diese Richtung. Die [65:] durch Rohstoffmangel im engeren Machtbereich behinderte japanische Kriegswirtschaft war für asiatische Verhältnisse relativ weit ausgebaut; die staatliche Kontrolle über die Bevölkerung straff. Eine militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion im großen Stil wurde nicht geplant, wohl aber hatte es 1938 einen ersten militärischen Zwischenfall mit ihr gegeben, und japanische Militärs provozierten an der Grenze zur Mongolei im Mai 1939 den sogenannten Nomonhan-Zwischenfall. Er stellte bei begrenzten Zielen tatsächlich einen regulären Krieg mit Großverbänden dar und endete bis Mitte September 1939 mit einem militärischen Sieg der Sowjetunion durch effektive Panzerattacken.

Durch diese öffentlich kaum allgemein bekannte Herausforderung sah sich die Sowjetunion⁶ veranlaßt, gerade ihre Fernosttruppen im Sommer 1939 beträchtlich zu verstärken. Die sowjetischen

³ Jean Baptiste Duroselle, *La décadence*, Paris 1979; Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich 1936-1939*, München 1981 (Beiträge der französischen Historiker); Anthony W. Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War*, London 1974.

⁴ Williamson Murray, *The Change in the European Balance of Power 1938-39. The Path to Ruin*, Princeton 1984, S. 283 ff.; Sidney Aster, *1939. The Making of the Second World War*, London 1973; Julian Campbell Doherty, *Das Ende des Appeasement. Die britische Außenpolitik, die Achsenmächte und Osteuropa nach dem Münchener Abkommen*, Berlin 1973; Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement, Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933-1939*, Düsseldorf 1971; Gottfried Niedhart, *Großbritannien und die Sowjetunion 1934-1939*, München 1972.

⁵ Theo Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962; Bernd Martin, *Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Dritten Reiches*. In: Manfred Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, Düsseldorf 1976, S. 454-470 (daneben zahlreiche weitere Studien zum Thema).

⁶ Dietrich Geyer (Hrsg.), *Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion – Außenpolitik I: 1917-1955*, Köln 1972 (Beiträge D. Geyer, H. A. Jacobsen, A. Hillgruber); Earl F. Ziemke, *The Soviet Military Forces in the Interwar Period*. In: Allen

Streitkräfte waren insgesamt in den dreißiger Jahren mit hohem materiellem Aufwand verstärkt worden; abgeschlossen war dieser Prozeß noch nicht. Ob sie eine bedeutende militärische Kampfkraft darstellten, ist bis heute nicht eindeutig, zumal da die Stalinschen Säuberungen den größten Teil der höheren Führungsschicht der Streitkräfte vernichtet hatten, dazu verloren ein Drittel der Offiziere das Leben. Im westlichen Ausland war man jedenfalls einhellig von sowjetischer militärischer Schwäche überzeugt. Die sowjetische Führung unter Josef Stalin war nach meiner Deutung seit den zwanziger Jahren überzeugt, daß Krieg aus der Struktur kapitalistischer und imperialistischer Staatenkonkurrenz folgere. Die gefährlichste Situation bestand in einem (mehr oder weniger koordinierten) Überfall imperialistischer Staaten auf die Sowjetunion; ein Krieg der kapitalistischen Mächte untereinander war demgegenüber bei weitem vorzuziehen, zumal er der Sowjetunion in einem späteren Stadium günstige Eingriffsmöglichkeiten bot. Insofern war im Sommer 1939 vor allem wichtig, daß sich ein Krieg nicht gegen die Sowjetunion richtete, sie Chancen zur Verbesserung der Sicherheit „des ersten sozialistischen Staates“ erhielt.

Kurz erwähnt sei, daß die USA⁷, relativ spät die Folgen der [66:] Weltwirtschaftskrise überwindend, ein überragendes wirtschaftliches Potential aufwiesen, das jedoch noch nicht in militärische Rüstung umgegossen war. Die Gefahr eines neuen großen Krieges gerade für die weltweiten Wirtschaftsinteressen der USA war offenbar und führte zu einer Politik, die ebenfalls mit dem Begriff Appeasement bezeichnet werden kann. Dahinter stand jedoch – vergleichbar Großbritannien – der Wille zur Abschreckung, signalisiert für Europa vorerst in verbalen Protesten Roosevelts, für Ostasien aber immerhin durch Konzentration der Flotte im Pazifik, wodurch die USA bereits 1939 einen Teil des britischen Overcommitments übernahmen. Insgesamt war deutlich, daß die Amerikaner in einer Auseinandersetzung zwischen den westlichen Demokratien und den Have-Not-Staaten auf der Seite der ersteren stehen würden, wobei nur unklar war, ob und wann sich dies in einem Krieg direkt auswirken würde.

II.

Das internationale System war seit der Weltwirtschaftskrise latent vor allem durch drei expansive Mächte bedroht: das Deutsche Reich, Japan und Italien. Jede entsprechende Aktion eines Staates band Kräfte der Status-quo-Mächte und erhöhte damit die Chancen der anderen Have-Nots. Ein festes Bündnis der drei Staaten kam bis 1939 nicht zustande. Zwar gab es seit 1936 den Antikominternpakt zwischen Japan und Deutschland, der in seinen Geheimklauseln an ein Verteidigungsbündnis heranreichte. Zwar trat Italien Ende 1937 – andere Staaten folgten dann 1939 – jenem Pakt bei, zwar stellte das Deutsche Reich seine traditionell chinafeindliche Ostasienpolitik 1937/38 endgültig auf Japan um. Aber dennoch war der Antikominternpakt eher ein propagandistisches Instrument als ein Bündnis. Wie flexibel man das sehen konnte, legte der deutsche Außenminister v. Ribbentrop Stalin und Molotow im August 1939 dar, als er betonte⁸, der Pakt sei „im Grund nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen die westlichen Demokratien gerichtet“, dem Stalin insofern zustimmte, [67:] als er „hauptsächlich die Londoner City und die kleinen englischen Kaufleute erschreckt habe“.

Ein festes Bündnis der „Achsenmächte“ hatte aber auch Nachteile, da es nicht nur abschreckend und einschüchternd auf die anderen Mächte wirkte, sondern diese auch enger zur Gegenwehr zusammenschweißen konnte. Wenn es den Japanern 1939 um die „qualitative und quantitative Verstärkung des Antikominternpaktes“ ging, dem man „Zähne einziehen“ müsse⁹, um gegenüber der Sowjetunion politisch besser abgestützt zu sein, so ging es der deutschen Politik zur gleichen Zeit nicht um diesen Gegner, wie es das Ribbentropzitat für einen späten Zeitpunkt veranschaulicht. In der Tat wollte der

R. Millett/Wil-[78:]liamson Murray (Hrsg.), *Military Effectiveness*, Vol. II: *The Interwar Period*, Boston u. a. 1988, S. 1-38; Ingeborg Plettenberg, *Die Sowjetunion im Völkerbund 1934-1939*, Köln 1987, S. 437 ff.; Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Der Westen und die Sowjetunion*, Paderborn 1984; Bianka Pietrow, *Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933-1941*, Melsungen 1983.

⁷ Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt, Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA, 1933-1941*, Stuttgart 1975; Hans-Jürgen Schröder, *Deutschland und die USA 1933-1939*, Wiesbaden 1970.

⁸ Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Baden-Baden 1950 ff. (zit. ADAP), hier Bd. VI, Nr. 213, S. 191.

⁹ Sommer, S. 181.

deutsche Außenminister durch ein Bündnis mit Japan Großbritannien abschrecken und suchte diese Wendung gegen die Angelsachsen im Bündnisvertrag zu verankern, was wiederum die Japaner 1939 strikt ablehnten. Ribbentrop schwebte letztlich ein Kontinentalblock unter Einschluß Italiens, Japans und der Sowjetunion vor¹⁰. Mit Zunahme deutsch-sowjetischer Sondierungen wurden die Dreierpaktwünsche Japans mit politischen Stoßrichtung Sowjetunion immer obsoleter. Man sprach jetzt auch nur noch von einem Defensivabkommen. Als der deutsch-sowjetische Pakt im August geschlossen wurde, hatte Japan gerade die militärische Niederlage gegen russische Truppen hinnehmen müssen. Die Beziehungen waren auf einem Nullpunkt angelangt und erholten sich davon bis zum Herbst 1940 nicht mehr.

Die japanische Yangtse-Armee hatte im Mai 1939 auch Zwischenfälle im Gebiet um Tientsin provoziert und drängte dort in China auf einen vollen Krieg ohne Rücksicht auf amerikanische und britische Interessen. Die Briten, überwiegend auf Europa fixiert, gaben nach und schlossen am 24. Juli durch ihren Botschafter in Tokio, Sir Robert Craigie, mit dem japanischen Außenminister Arita ein Abkommen, das die „besonderen Erfordernisse“ der japanischen Streitkräfte in den von ihnen kontrollierten chinesischen Gebieten anerkannte¹¹. Während die Briten dies auf die Umgebung Tientsin beschränkt sehen wollten, deuteten die Japaner dies in der [68:] Folgezeit als freie Hand in ganz China. Man sprach von einem „fernöstlichen München“. Durch Spionageberichte (Richard Sorge) war die Sowjetunion – anders als Großbritannien – über die unterschiedliche Stoßrichtung Japans und Deutschlands informiert, wußte also, daß die Deutschen im Sommer 1939 ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Bündnis ablehnten. Es gab also 1939 keinen Grund zur Sorge vor einer deutschjapanischen „Einkreisung“ der Sowjetunion.

Italien war an den deutsch-japanischen Verhandlungen beteiligt, als schwächster Partner aber nicht voll über alle Verhandlungen informiert und auch nicht über die jeweiligen Ziele und Hintergedanken. Außenminister Graf Ciano hatte im Oktober 1938 einen festen Dreierpakt für überflüssig erklärt, da die Allianz „de facto existiert“ – das war ein Euphemismus. Wichtiger aber war sein zweites Argument: sie werde die Gegner nur unnötig provozieren¹². Da italienische Interessen auf eine mittelmeerische Expansion in verschiedenen Regionen abzielten, kam auch für Italien vorerst nur eine Absicherung gegen England und Frankreich in Frage; die antisowjetische Grundhaltung blieb sekundär. Daher insistierte Mussolini, der im April Albanien annektiert hatte, zunächst gegen Ribbentrops Widerstand auf einem Zweierpakt, der dann am 22. Mai 1939 mit großem propagandistischen Aufwand als „Stahlpakt“ unterzeichnet wurde¹³. Es war ein auch für Angriffszwecke formulierter Pakt, wie er selten vorkommt. „Hitler war der römische Spatz in der geballten Faust lieber als die Dreierpakt-Taube auf dem Dach“ (Th. Sommer)¹⁴. Aber Realität hatte der Stahlpakt bei wechselseitigem deutsch-italienischem Mißtrauen dennoch nicht. Hitler weihte die Italiener nicht in seine Angriffsabsichten auf Polen ein, die Italiener ließen bereits wenige Tage nach Paktabschluß verlauten, man brauche noch drei Jahre Frieden. Als es im August tatsächlich um die Einlösung des Paktversprechens ging, hielten sich die Italiener dadurch heraus, daß sie so enorme Kriegsmittel- und Rohstofflieferungen von den Deutschen als Voraussetzung verlangten, daß dies die deutschen mittelfristigen Kriegsabsichten behindert hätte. Auch auf die [69:] allgemeine internationale Situation blieb die Wirkung des deutsch-italienischen Paktes gering.

Das gilt zumal, wenn man die drei entscheidenden Verhandlungsstränge dieser Zeit nennt: die zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien, zwischen den Westmächten und der Sowjetunion und zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion.

¹⁰ Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940, München 1980.

¹¹ Sommer, S. 262.

¹² Jost Dülffer, The Tripartite Pact of 27 September 1940: Fascist Alliance or Propaganda Trick? In: The Australian Journal of Politics and History, 32, 1986, S. 228-237.

¹³ Ferdinand Sieben, Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/Bonn 1962; Mario Toscano, The Origins of the Pact of Steel, Baltimore 1964.

¹⁴ Sommer, S. 228.

Zum ersten: Die Doppelstrategie zwischen Festigkeit und Verhandlungsbereitschaft bei Neville Chamberlain gegenüber den Deutschen änderte sich auch im Sommer 1939 nicht grundlegend. Das hieß, man wollte den deutschen Diktator nicht in eine ausweglose Situation hineintreiben, aus der er allein im Krieg einen Ausweg sehen konnte. In diesem Zusammenhang sind auch die Gespräche zu sehen¹⁵, die mit Billigung des Premierministers und auf Wunsch mancher britischer Industrieller zwischen Sir Horace Wilson, einem Vertrauten Chamberlains, Außenhandelsminister Hudson und Hermann Görings Sonderemissär Wohlthat im Juli 1939 (neben manchen anderen Fühlern) geführt wurden. Man signalisierte den Deutschen in einer Mischung von Kreditangeboten, Marktabsprachen, Kolonialaussichten in Afrika und Rohstoffzugang die Möglichkeit, aus dem Kriegskurs auszuscheren und sich in den Wettbewerb des Weltmarktes wieder einzuklinken. Voraussetzung war die Aufgabe einer Politik militärischer Aggression – und genau das kam für die Deutschen nicht in Frage. Hitler ging es seit jeher nicht um einen nur ökonomisch dominierten Wirtschaftsraum, sondern im Kern um eine militärisch-politische und damit dann auch ökonomische Beherrschung von Territorium. Die Idee, von den Briten freie Hand für Osteuropa und zumal gegenüber der Sowjetunion zu erhalten, war in den vergangenen Jahren so oft von den Briten als unzumutbar zurückgewiesen worden, daß sie im Sommer 1939 von den Deutschen gar nicht mehr angeschnitten wurde. Economic appeasement scheiterte also letztmalig vom Ansatz Hitlerscher Politik her, ohne daß dieser von der britischen Regierung bis zum August erkannt wurde.

Zum zweiten: Der deutsche Einmarsch in Prag löste vielfäl-[70:]tige Aktivitäten aus. Die Briten engagierten sich in einem bisher unbekannten Ausmaß in Ostmitteleuropa. Die Garantieerklärung für die Unabhängigkeit (nicht Integrität) Polens vom 31. März wurde am 6. April zu einem Bündnisversprechen; es folgten bis zum Mai weitere Garantieerklärungen zugunsten Rumäniens, Griechenlands und der Türkei. Frankreich, seit 1925 mit Polen durch einen Beistandspakt verbündet, schloß sich den anderen britischen Erklärungen an. Sie waren zunächst einmal politisch gemeint, konnten militärisch gar nicht eingelöst werden, da man von britischer Seite erstmals 1939 überhaupt daran ging, im Krieg ein noch schwaches Expeditionskorps auf den Kontinent zu entsenden, und Frankreich sah sich zu einem unmittelbaren (Gegen-)Angriff auf das Deutsche Reich nicht in der Lage (wie dann auch der Winter 1939/40 zeigte). Ein Militärbündnis zwischen Paris und London gegen einen deutschen Angriff auf Polen oder Rumänien wollten die Briten auch aus diesem Grund zunächst nicht abschließen, regten nur eine sowjetische Beistandserklärung nach eigenem Muster für deren westliche Nachbarn an – wenn diese einen solchen Beistand wünschten.

Dagegen forderte die Sowjetunion (18.4.) ein festes Militärbündnis der drei Mächte gegen Aggression, dazu die Unterstützung für alle angegriffenen Staaten an der europäischen Westgrenze der Sowjetunion von Finnland (das nun wirklich von den Deutschen nicht bedroht war) bis zur Türkei. Dies fand zwar in Frankreich zunächst einen positiven Widerhall, bereitete den Briten jedoch beträchtliche Schwierigkeiten, da sie bisher noch nie ein festes Militärbündnis abgeschlossen hatten, das sie an kontinentaleuropäische Entwicklungen außerhalb der eigenen Kontrolle band. Polen und Rumänien sahen aufgrund ihrer geographischen Lage und der bestehenden Konflikte mit der Sowjetunion (Bessarabien u. a.) keinen Anlaß, einen sowjetischen Beistand zu akzeptieren, denn jede Hilfeleistung bei deutscher Aggression zog den Einmarsch der Roten Armee nach sich, und da waren sich jene antikommunistischen Regierungen ziemlich sicher, daß diese später so leicht nicht mehr aus dem Lande zu bekommen waren. Zumal für [71:] die polnische Regierung, die nach wie vor einen eigenständigen Kurs zwischen der Scylla Berlin und der Charybdis Moskau zu steuern entschlossen war, kam eine Anlehnung an die Sowjetunion über den existierenden Nichtangriffspakt hinaus nicht in Frage. Die Westmächte ihrerseits insistierten gegenüber Warschau nicht nachdrücklich, u. a. deswegen, um die Polen nicht doch in Verzweiflung gleichsam in die deutschen Arme zurückzutreiben, so daß die Berliner Führung dadurch wieder die Hände für einen Angriff zunächst gegen Westen frei bekommen hätte. Die langwierigen Verhandlungen liefen so¹⁶, daß die Franzosen zwar zuvorkom-

¹⁵ Helmut Metzmacher, Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939. In: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte 14, 1966, S. 369-412; Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül, 1935-1939, Boppard 1973.

¹⁶ Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, Third Series, 1938-1939, London 1949-1955, Vol. IV-IX; Documents diplomatiques français, 1932-1939, 2^e Series, 1936-1939, Paris 1981-86, T XV-XIX.

mender gegenüber sowjetischen Bündnisvorstellungen waren, sich aber doch den britischen Limits des Handelns unterordneten. Die Londoner Regierung (unter dem Druck von Labour wie von Konservativen wie Churchill) lenkte zögernd bis Ende Juni zu einer automatischen Beistandsverpflichtung der drei Mächte ein. Die Anwendung bei der Bedrohung dritter Staaten ließ sich nur in ein geheimes Zusatzprotokoll aufnehmen, da sich manche dieser Staaten durch ein solches großmächtliches Garantieverprechen in ihrer Souveränität bedroht fühlten – nicht zuletzt aus Sorge über sowjetische Ambitionen. In dieses nicht veröffentlichte Protokoll wurden die westlichen Grenznachbarn der Sowjetunion aufgenommen (also nicht Litauen), dazu Belgien, während eine entsprechende Beistandspflicht für die Schweiz und die Niederlande von Moskau abgelehnt wurde. Im Kern suchten die Briten die Russen allein auf Waffenlieferungen zum Beistand der westlichen Nachbarn zu verpflichten, um den Einmarsch der Roten Armee zu umgehen. Gerade das lehnte die Sowjetunion als diskriminierend ab.

Neue Schwierigkeiten ergaben sich im Juni/Juli durch die von der Sowjetunion gewünschte Aufnahme auch der „indirekten Aggression“ als Beistandsgrund. Da die Westmächte hierbei ein Eingriffsrecht der Sowjetunion in Fällen wie etwa einer deutsch-polnischen Einigung über den Korridor oder gegenüber deutschen Aktivitäten in Estland und Litauen ausschließen wollten – tatsächlich schlossen die Deutschen am 7. [72:] Juni einen Nichtangriffspakt mit Lettland¹⁷ – wurde dieser Punkt trotz komplizierter Formulierungen noch offen gelassen. Militärverhandlungen, im Juli vereinbart, wurden von den Westmächten zögernd und dann auch noch dilatorisch ab 12. August in Moskau begonnen. Sie führten bis zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes zu keinem Ergebnis und wurden erst dadurch obsolet.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß insbesondere das wechselseitige Mißtrauen im Sommer 1939 dominierend blieb. Die Briten waren nur sehr widerstrebend bereit, durch weitreichende automatische Zusicherungen die Sowjetunion als europäische Großmacht voll zu akzeptieren, waren nach wie vor von Skepsis getragen, mit dem im Inneren terroristischen Stalinregime einen festen Pakt zu schließen. Auch wenn sich, wie die Briten es nach wie vor wünschten, der Frieden erhalten ließ, dann mußte dauerhaft ein Machtgewinn der Sowjetunion gegenüber ihren westlichen Nachbarstaaten, wie er durch die Paktabsprachen fast unvermeidlich wurde, als schwerer Nachteil gewertet werden.

Zum dritten: Der Weg zum deutsch-sowjetischen Ausgleich¹⁸ ist noch schwerer knapp zusammenzufassen als die soeben beschriebenen Verhandlungen. Es gab am Anfang mehrdeutige sowjetische Signale, es gab am Ende große deutsche Konzessionen. Die „Auskreisung“ der Sowjetunion in München 1938 dürfte Stalin nahegelegt haben, eine solche Situation künftig auf jeden Fall zu vermeiden; und in dieser Lage kam auch der Möglichkeit, einen modus vivendi mit NS-Deutschland zu suchen, eine gewisse Bedeutung zu. In den Vorjahren hatte es ebenfalls solches sowjetischen Versuche gegeben, doch waren sie von den Deutschen abgelehnt worden. Der Kontakt in Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ziel einer deutschen 200-Millionen-Reichsmarkanleihe gegen sowjetische Rohstoffe wurde ab 1939 von sowjetischer Seite wieder aufgenommen und riß fortan nie ganz ab. In seiner Rede vom 10. März vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU hatte Stalin die Westmächte schärfer angegriffen, welche die Aggressoren gegen die Sowjetunion treiben wollten, als die [73:] Aggressoren selbst beschuldigt. Die Sowjetunion, die keine Lust habe, anderen die Kastanien aus dem Feuer zu holen – eine Metapher Bismarcks –, könne aber in dem schon entbrannten imperialistischen Krieg, der nur noch kein voller Weltkrieg sei, auch abseits stehen¹⁹. Die sowjetische Erklärung über die deutsche

¹⁷ Rolf Ahmann, Nichtangriffspakte: Entwicklung und Operative Nutzung in Europa 1922-1939, Baden-Baden 1988, S. 543 ff.

¹⁸ Reinhold W. Weber, Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939, Frankfurt 1982; Andreas Hillgruber, Sowjetische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, Königstein 1979, S. 7-50; ders., Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Situationsanalyse und Machtkalkül der beiden Pakt-„Partner“. In: Historische Zeitschrift 230, 1980, S. 339-361.

¹⁹ Es ist richtig, daß dieses Signal in Deutschland zunächst nicht ernstgenommen wurde; aber auch Molotow, der die entscheidenden Passagen der Stalinrede in einer eigenen Rede vom 31. Mai 1939 wiederholte, betonte beim Paktabschluß in Moskau die Bedeutung der Rede für eine Umkehr in den beiderseitigen Beziehungen (ADAP, D VII, Nr. 213, S. 199).

„Aggression“ von Prag war relativ milde, es gab keinen formalen Protest; der deutsche Satellitenstaat Slowakei wurde später als selbständig anerkannt. Außenminister Litwinow, Exponent des seit 1934 verfolgten und nunmehr als gescheitert angesehenen Kurses der kollektiven Sicherheit wurde am 3. Mai von Molotow abgelöst – ein vielberätes Signal. Am 22. Mai verlangte Moskau bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen auch die Klärung der politischen Basis; schon zuvor hatten die sowjetischen Unterhändler betont, die ideologischen Gegensätze beider Staaten seien gar nicht so wichtig. Über den bulgarischen Gesandten in Berlin wurde am 24. Juni – jederzeit dementierbar – signalisiert, „wenn Deutschland die Erklärung abgeben würde, daß es die Sowjetunion nicht angreifen wolle oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschließen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluß mit England absehen“²⁰.

In der zweiten Julihälfte forcierten die Deutschen dann das Bemühen um einen politischen Ausgleich „unter Berücksichtigung der beiderseitigen lebenswichtigen Interessen“. Dabei ging es Hitler, der seine langfristigen Angriffsabsichten gegenüber der Sowjetunion nie aus dem Blick verlor, zunächst einmal um eine zur Abschreckung der Westmächte dienende Absicherung für den Angriff auf Polen. Die Sowjetunion ließ sich weiterhin Zeit, wollte erst in Ruhe die Wirtschaftsverhandlungen abschließen (was dann auch am 19. August in Berlin geschah).

Wegen des für die deutsche Wehrmacht projektierten Angriffstermins auf Polen am 26. August, drängte die deutsche Seite nun vehement auf die Entsendung des Außenministers mit allen Vollmachten nach Moskau, und das akzeptierte Stalin schließlich. Die Verträge, datiert auf den 23. August, [74:] wurden in der darauffolgenden Nacht unterzeichnet und traten ungewöhnlicherweise mit der Unterzeichnung in Kraft.

Der Nichtangriffspakt²¹ war im Kern den von der Sowjetunion mit anderen Mächten seit 1929 geschlossenen nachgebildet. Er verzichtete jedoch auf die sonst übliche Beschränkung für den Fall eines unprovokierten Angriffs: „Falls einer der Vertragsabschließenden Teile Gegenstand kriegesischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden soll, wird der andere vertragsabschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.“ (Art. II) Es war einsichtig, daß man einen solchen Vertrag nur im Hinblick auf einen bevorstehenden Krieg von beiden Seiten her unterzeichnete. Wichtiger war aber noch das „geheime Zusatzprotokoll“, über dessen Grundlage deutsche sehr sprechende Andeutungen seit Ende Juli, konkretisiert seit dem 14. August, vorlagen. Es hieß in jenem Zusatzprotokoll zur „Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa“:

„1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden ...

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressenment an diesen Gebieten erklärt.“

[75:] Damit war deutlich geworden, warum Ribbentrop so schnell nach Moskau reisen mußte.

Wenn der Paktabschluß zwischen den bisherigen ideologischen Todfeinden in ganz Europa und nicht zuletzt bei den kommunistischen Parteien überraschte bis schockartige Reaktionen hervorrief, so hatte er doch auf den unmittelbaren Weg in den Krieg keine Bedeutung. Die europäischen Westmächte ließen sich hierdurch nicht abschrecken, denn sie hatten eben doch nicht darauf gebaut, daß

²⁰ Ahmann, S. 625.

²¹ ADAP, D VII, Nr. 228, 229 (Geheimes Zusatzprotokoll), S. 205-7; Bd. VIII, Nr. 131, 157, S. 101, 127 ff.

die Sowjetunion ihnen die Kastanien aus dem Feuer holte; die andere Dimension der Appeasementpolitik kam zum Tragen. Nachdem die Ausgleichsangebote für die Errichtung einer neuen friedlichen europäischen Ordnung unter Inkaufnahme deutscher Machterweiterung gescheitert waren, blieb der als langwierig befürchtete Krieg. Auch Hitlerdeutschland ließ sich von der noch einmal von britischer Seite bekundeten Standfestigkeit durch Abschluß eines Beistandspakts mit Polen in den letzten Augusttagen nicht abschrecken. Hitler ließ lediglich den Angriffstermin auf den 1. September verschieben, um zuvor vergeblich auf die Wirkung eines von ihm – nach dem Polenkrieg wirksamen – Ausgleichsangebots zu warten.

Im europäischen Kriege, der vom Deutschen Reich angezettelt wurde, standen seit dem 3. September Großbritannien und Frankreich auf der Seite Polens. Die Neutralität der Sowjetunion verschaffte dem Deutschen Reich für die annähernd zwei Jahre dauernde Folgezeit ebenso politische wie ökonomische Vorteile, wie es der Sowjetunion eine Zeit verstärkter Rüstungen für den kommenden Krieg bot. Die Absprachen über Interessensphären wurden am 28. September durch einen „deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“ abgeändert, indem Litauen nun in die sowjetische Sphäre fiel, diese aber auf Teile Polens verzichtete, so daß die neue Abgrenzung grob mit der Curzonlinie von 1919 übereinstimmte. Die entsprechenden Einflußerweiterungen wurden von der Sowjetunion wahrgenommen: Die Rote Armee marschierte am 17. September gegen heftige militärische Gegenwehr der Polen ein, nachdem die Deutschen die wichtigsten [76:] Siege bereits errungen hatten. Beistandspakte mit den drei baltischen Staaten brachte diese Ende September/Anfang Oktober 1939 in sowjetische Abhängigkeit. Die Weigerung der Finnen, ein Gleiches zu tun, trug mit zum sowjetisch-finnischen Winterkrieg bei, in dem sich die Finnen behaupteten (Frieden vom 12. März 1940). Die baltischen Staaten wurden parallel zum deutschen militärischen Sieg über Frankreich im Juni 1940 nach Ultimaten militärisch besetzt, ebenso noch im gleichen Monat Bessarabien von Rumänien abgetreten. Der Nichtangriffspakt hielt bis zum 22. Juni 1941, als die deutschen Armeen die Sowjetunion zum Krieg um „Lebensraum“ überfielen, der gleichzeitig ein rassenideologischer Vernichtungskrieg sein sollte und wurde.

Dieser Krieg hat in der Erinnerung die Konstellation des Sommers i 939 vielfach verdeckt. Auch im Rückblick war die deutsche Entscheidung zum Krieg gegen Polen bei Inkaufnahme eines großen Krieges der entscheidende Vorgang. Auch aus heutigem Blickwinkel sehe ich dazu unterhalb der Schwelle: Beseitigung oder Sturz Adolf Hitlers keine Alternative. Für die europäischen Westmächte – für Großbritannien mehr, für Frankreich weniger – bedeutete bis zum Kriegsbeginn die Hoffnung auf Abschreckung bzw. Ausgleich gegenüber dem Deutschen Reich die dominierende Erwartung; Friedenssehnsucht stand im Vordergrund. Der Sowjetunion wollten zumal die Briten unter Chamberlain nur sehr ungern erhöhten Einfluß zugestehen, wie sie ihn durch die Beistandspakte a) allgemein als europäische Hauptmacht und b) gegenüber ihren widerstrebenden westlichen Nachbarn wie Polen und Rumänien erlangen mußte. Daß die Sowjetunion unter Stalin von diesem Zögern enttäuscht war, ist verständlich. Aber in der Bilanz waren die Vorteile, die der Ribbentrop-Molotow-Pakt bot, doch größer, als ihn die Westmächte jemals hätten bieten können. Das gilt zunächst einmal sicherheitspolitisch, denn nun waren die „imperialistischen Staaten“ untereinander in Krieg verwickelt; es gilt aber auch territorial, da der Pakt mit NS-Deutschland der Sowjetunion zur militärstrategischen Sicherung eine Einflußsphäre an ihrer West-[77:]grenze gab, wie sie in den Gesprächen mit den Westmächten niemals zur Sprache kam und von diesen auch niemals hätte zugestanden werden können. Aber letztlich „hat Stalin die europäische strategische Position der Sowjetunion (durch den Pakt) untergraben und ist verantwortlich dafür, daß die Sowjetunion dem ungeheuer erstarkten faschistischen Deutschland am 22. Juni 1941 allein gegenüberstand“²². Das Kriegsbündnis mit Großbritannien und den USA entstand erst als Folge dieses Angriffs.

²² Wjatscheslaw Daschtschew, Der Pakt der beiden Banditen. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 21. April 1989 (vgl. auch ders., Stalin hat den Krieg gewollt, ebda., 28. April 1989).

[79:]

Ludwik Krasucki

1. September 1939

Der Überfall auf Polen

Am Freitag, dem 1. September 1939, um 4.45 Uhr begann das Dritte Reich den Feldzug gegen Polen. Der „Fall Weiß“, von den hervorragenden Spezialisten aus dem deutschen Generalstab so tüchtig vorbereitet, sollte ein Blitzkrieg sein. Er dauerte sechs Jahre, 2193 Tage, in Europa vier Monate kürzer. Jeder Tag kostete das Leben von 20.000 Menschen. Insgesamt kostete er mehr als 55 Millionen Tote und 53 Millionen Invaliden. Dazu sind die psychischen Folgen gekommen, die nicht nur für die drei damals lebenden Generationen, wie wir in Polen, Deutschland, der Sowjetunion und anderen Ländern sehen, sondern auch für die jüngeren Generationen spürbar sind. Am Ende des Krieges wurde in Deutschland gern gesungen: „Nach jedem Dezember folgt wieder ein Mai ...“. Wir können sagen: Nach *diesem* September ist *dieser* Mai gekommen. Am 9. Mai 1945 hat die Hitlerarmee bedingungslos kapituliert. Der Zweite Weltkrieg war eine Hekatombe, mit keinem anderen Krieg bisher zu vergleichen. Hitler proklamierte als erster einen totalen Krieg. Dies wurde haargenau erfüllt. Alle Gesetze der Humanität, der Menschlichkeit wurden von den ersten Tagen an überschritten. Lügen und Provokationen, kein Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten, Massenbombenangriffe auf Städte und Dörfer, Krankenhäuser mit dem Roten Kreuz, gegen die Flüchtlinge auf den Straßen mit soviel Frauen und Kindern, Massenmorde in den okkupierten Territorien sofort in den ersten Tagen, Räuberei.

Ich habe zuhause irgendwoher ein Propagandabuch von Otto Dietrich aus dem Goebbelschen Propagandaministerium. Es heißt „Auf den Straßen des Sieges“ und wurde sehr schnell Mitte Oktober in Berlin publiziert. Das richtige Buch über den September 1939 sollte heißen: „Auf den Straßen des Mordes“. Bromberg: Schon am 5. September ein Massenmord. Welcherowo – am 7. September. Soldaten und ältere Schüler, die einen Teil der Stadt Kattowicze in Schlesien verteidigt haben, wurden in der Mitte der Stadt am 5. September erschossen. Die Unterschiede zwischen SS und Wehrmacht sollten selbstverständlich beachtet werden, aber die Liste der Taten der Wehrmacht, die alle Grenzen der Haltung einer Armee weit überschritten haben, enthält mehr als 240 Punkte. 180 davon wurden in der Dokumentation beim Nürnberger Prozeß vorgestellt.

Es ist für meine Generation wie für die Generationen in den anderen Ländern, die dies mitgemacht haben, sehr schwer, über das alles zu sprechen. Es geht sehr tief an die Gefühle. Man kann diskutieren, ob Gefühle und Emotionen uns helfen. Das ist sehr kompliziert. Ich denke, Gefühle, kühl, vom Kopf kontrolliert, waren notwendig in all den 50 Jahren, die uns vom 1. September entfernt haben, und sie werden auch in Zukunft viel Nutzen bringen. Nichts soll vereinfacht werden. Die Deutschen haben auch sehr gelitten. Am 1. September hatte ich als Schüler einer Warschauer Schule Dienst auf dem Dach meines Hauses, als Teil der Luftverteidigung. Am 27. September habe ich mit der Mehrheit der Warschauer geweint: das war der Tag der Kapitulation. Am 10. Mai 1945 war ich nach drei Jahren als KZ-Häftling als Offizier ohne Rang in der polnischen Armee als Dolmetscher bei der Kapitulation der deutschen Garnison auf der Halbinsel Hela. Zu meiner Aufgabe gehörte es, Deutsch und Russisch zu übersetzen, wo alle Kriegsgefangenen kontrolliert wurden. Es wurde immer die Eintätowierung der Blutgruppe gesucht, um SS-Leute zu erkennen. Als wir nach Hela gekommen sind, haben wir mehr als fünfzig Leichen von einfachen deutschen Soldaten gefunden, die von SS-Leuten in den letzten Stunden erschossen worden waren, weil die SS-Leute dachten, daß sie sich in den normalen Wehrmachtsuniformen retten könnten. Nach neun [81:] Monaten Partisanenbewegung und fast drei Jahren KZ konnte ich in dieser Stunde bei mir keine Haßgefühle und keine Revanchegefühle feststellen. Ich habe soviel Menschen gesehen, Soldaten, die waren sechzig oder fast sechzig; unter ihren Dokumenten, die wir geprüft haben, waren sehr oft Fotos von armen Arbeiterfamilien, Frauen und Kindern. Ich sage dies, um zu unterstreichen, daß nichts vereinfacht werden soll.

Ich bin Atheist, aber ich denke, daß das Wort „Wer den Wind sät, wird Sturm ernten“ haargenau zum Zweiten Weltkrieg paßt. Es gab ganz verschiedene Deutsche. Wir vergessen nie die tapferen deut-

schen Antifaschisten, Kommunisten, Sozialdemokraten. Liberale, viel Evangelische und Katholiken, Intellektuelle. Ich habe die Ehre gehabt, Martin Niemöller persönlich kennenzulernen. Ich habe zu Hause noch einen Brief von Carl von Ossietzky, an meinen Vater geschrieben, mit Dank für seinen Antikriegsartikel, der im Jahre 1929 in der „Weltbühne“ publiziert wurde. Ich halte die Methode, einfach über die Deutschen oder die Polen zu sprechen, für falsch. Wenn wir als Menschen die richtigen Folgerungen aus dem Zweiten Weltkrieg ziehen wollen, müssen wir vor allem erst einmal zwischen verschiedenen Menschen, Gruppen, Klassen, Ideologien unterscheiden. Leider waren am Anfang die ehrlichen Deutschen, die tapferen Deutschen, die wunderbaren Deutschen eine Minderheit in fremdem Meer. Leider war am Anfang eine große Mehrheit der Deutschen für Hitler. Die polnischen Kriegsgefangenen, die damals, Ende September 1939, über die Straßen – ich wiederhole noch einmal deutsche Namen – von Landsberg, Scheidemühle geführt wurden, wurden aus den Fenstern heraus bespuckt. Bei der Erschießung der Verteidiger der polnischen Post in Gdansk haben sich 17 Zivilisten gemeldet, um von der Feldgendarmarie Gewehre in die Hand zu bekommen und die Menschen zu erschießen. Die Frage, wer was wußte, ist selbstverständlich sehr kompliziert. Aber die Bevölkerung von Oranienburg, Sachsenhausen, Buchenwald und Weimar, Dachau, Neuengamme und Stutthof hat täglich Kolonnen von halbtoten KZ-Häftlingen gesehen. Es waren auch mehr als 150 große und [82:] kleinere Vernichtungslager für die sowjetischen Kriegsgefangenen zu sehen. Das alles gehört zur Wahrheit. Hitler begann den Weltkrieg gegen Polen, aber die Prüfung, die Vorbereitung, die ersten Experimente, das war der Krieg gegen progressive und anständige Menschen im eigenen Lande. Die Moorlager waren vor Auschwitz. Die „Kristallnacht“ war vor Auschwitz. Das Verbrennen der Bücher war vor Auschwitz. Und viele andere Erscheinungen waren vor Auschwitz. Wenn ich ehrlich sagen sollte, was mich so tief mit den fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik verbindet, so ist es das Wissen: Die ersten Opfer des schrecklichsten Phänomens der Weltgeschichte waren die ehrlichen deutschen Frauen und Männer.

Über Polen: Es gibt eine Statistik über die Opfer im Zweiten Weltkrieg.* Die Ziffern lauten: Die Sowjetunion hat 21 Millionen Bürger verloren. Polen 6,3 Millionen, Jugoslawien 1,7 Millionen, Frankreich 650.000, England 375.000, Deutschland 5 Millionen an der Front und bis 2 Millionen – die letzten Zahlen zeigen ein bißchen mehr – unter der Zivilbevölkerung, Italien eine halbe Million usw. Wenn wir diese Zahlen aber mit der Größe der Bevölkerung vergleichen, bedeutet dies, daß Polen 23 Prozent der Bevölkerung verloren hat, die Sowjetunion 11,6 Prozent, Jugoslawien 10,8 Prozent, Griechenland 7 Prozent, Großbritannien 8 Prozent, die Vereinigten Staaten 2,9 Prozent. Deutschland befindet sich hier hinter Jugoslawien vor Griechenland. Deswegen – und ich könnte sehr viel mehr Punkte anführen – bedeutet für uns als Nation, einfach als Polen, die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, die wir vom ersten bis zum letzten Tag gemacht haben, so viel. Es verbindet auch die Polen untereinander.

Jetzt noch zwei Sätze zu zwei Fragen: Vor allem zur Frage der polnisch-sowjetischen Beziehungen und leider über die dramatischen polnisch-sowjetischen Komplikationen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, besonders von 1939 bis 1941. Alles ist kompliziert. Ich habe aufmerksam den Text von Jost Dülffer verfolgt. Dort heißt es z. B., daß die sowjetische Armee am 17. September einmarschiert ist, als die polnische [83:] Regierung sich schon nicht mehr auf polnischem Territorium befand. Die polnische Regierung hat das Territorium des Landes nachmittags am 18. September verlassen, und die Führung der sowjetischen Truppen, die im südlichen Teil Polens operierten, wußten davon. Deswegen sind diese Truppen den ganzen Tag am 17. September stehengeblieben, um der polnischen Regierung die Möglichkeit zu geben, Polens Territorium frei zu verlassen.

Wir haben hundert solcher größeren und kleineren Fragen zu klären. Meiner Meinung nach ist dies vor allem zuerst eine Aufgabe für uns und für unsere sowjetischen Freunde, das ist ein Gespräch zwischen uns, das gehört vor allem zuerst zur Aufgabe zweier Nachbarnationen, die soviel Ressentiments, Lügen, Verfälschungen, beiderseitige – ich betone: beiderseitige – Aggressionen und die Folgen all dessen zu überwinden haben. Die Zeit ist dafür sehr, sehr günstig. Die Zeit ist auch sehr, sehr

* Aktuellere Angaben: de.wikipedia.org/wiki/Tote_des_Zweiten_Weltkrieges

günstig für die polnisch-sowjetische Freundschaft. Nie nach dem Krieg und nie in der ganzen tausendjährigen Geschichte war die Stimmung in Polen so freundlich gegenüber der Sowjetunion wie in der Gorbatschow-Ära. In der öffentlichen Meinung in Polen befindet sich Gorbatschow hinter dem Papst nur um drei Punkte. Dabei muß man bedenken, was für uns Polen der polnische Papst bedeutet. Er hat seine 87 Prozent „Von Natur aus“, und jetzt kommt Gorbatschow mit 84 Prozent – das ist ein historisches Phänomen. Gerade wegen der großen Akzeptanz der Sowjetunion gegenwärtig kann ich mit vollem Verantwortungsbewußtsein sagen, daß die Wahrheit über alles, nicht nur über den Molotow-Ribbentrop-Pakt – den wir verstehen wollen und müssen als brutale Tatsache der einzig möglichen Realpolitik, einzig möglich in der damaligen Zeit für die Sowjetunion – erörtert werden muß. Dann muß man auch reden über den Freundschafts- und Grenz-Vertrag vom 28. September 1939, über die beleidigenden Worte Molotows bei der Sitzung wenige Wochen nachher, über die Gott sei Dank nie richtig erfüllte Vereinbarung der deutschen und sowjetischen Polizei über verschiedene Formen der Zusammenarbeit gegen die polnische [84:] Befreiungsbewegung beiderseits, über das Schicksal der internierten polnischen Offiziere und über 1,3 Millionen polnische Bürger, die nach Sibirien, teilweise in Lager nach Sibirien, geschickt wurden, usw. Die Wahrheit hilft einer richtigen, wirklichen Freundschaft zwischen uns und der Sowjetunion. Selbstverständlich wird es nach so vielen Jahren des Verschweigens, wo es nur eine Illusion war, daß die Menschen darüber nichts wissen und denken, auch manche unangenehme Wahrheiten geben, aber es macht die Luft sauber, es macht es viel leichter, die einfachen, täglichen, Gott sei Dank heute täglichen Kontakte zwischen uns und Sowjetbürgern zu entwickeln, und ich würde sagen, daß die Gorbatschow-Zeit und die Erneuerungszeit in Polen schon ein qualitativ neues Kapitel zwischen uns und unserem östlichen Nachbarn eröffnet haben. Der Wille, dabei zu bleiben, ist in Polen allgemein.

Und jetzt der zweite Punkt: Was sind die Schlußfolgerungen, die wir für die internationale Politik Polens aus dem Zweiten Weltkrieg ziehen? Man kann bezweifeln, ob wirklich die Juden die verfeimte Nation sind. Wir sind eine Nation, die den „Komfort“ hat, zwischen Deutschland und Rußland zu leben. Das ist die polnische geopolitische Realität. Es gab in der Geschichte solche Varianten: Nein zu Deutschland und Nein zu Rußland. Es existierte sogar in der Londoner Exilregierung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges eine Theorie der zwei Feinde. Das hat dazu geführt, daß Churchill, an den wir uns sonst so gut erinnern, einmal gesagt hat: Die Polen sind brav, aber verdammt kompliziert. Also – Nein und Nein, das ist eine Variante, für immer abgeschlossen. Jetzt gibt es zwei andere mögliche Varianten: Nein zu Deutschland, Ja zu Rußland – oder: Ja zu Deutschland und Nein zu Rußland. Selbstverständlich sollte ich als Marxist den Unterschied zwischen der Sowjetunion und Rußland betonen, ich sehe auch den gewaltigen Unterschied, aber ich verstehe auch, daß, wenn wir als Marxisten verschiedene Fragen neu betrachten wollen, wir dann auch sehen müssen, daß der nationale Faktor in der heutigen Welt eine viel größere Rolle spielt, als wir es uns in den schematischen Zeiten gedacht haben. Also: In der ersten Peri-[85:]ode nach dem Zweiten Weltkrieg und teilweise noch ein bißchen bis heute haben wir die Variante erfüllt: Ja zur Sowjetunion, Ja und Nein zu Deutschland. Ja – das war die DDR.

Wie entwickelt sich die polnische Außenpolitik – nicht nur jetzt, wie entwickelt sie sich seit ungefähr Ende der 60er Jahre? Wir wollen dreimal Ja sagen: Ja zur Sowjetunion, Ja zur DDR und Ja zur BRD. In allen drei Fällen gibt es Bedingungen: Über die Komplikationen mit der Sowjetunion habe ich schon etwas gesagt. Über die DDR: Die Komplikation besteht darin, daß in den letzten Jahren die Linien der sozialistischen Entwicklung oder die Bekämpfung der scharfen Probleme, auf die wir treffen, in manchen Punkten anders sind und sich anders entwickeln. Die polnische Haltung hierzu ist: Wir wollen keine Lehrer und Meister für die DDR sein. Wir wollen aber auch keine ausländischen Lehrer und Meister für unsere Probleme zu Hause. Wir sind für verschiedene Versionen der sozialistischen Entwicklung. Und wir wünschen jeder Form der sozialistischen Entwicklung Erfolg, viel Erfolg, nur Erfolg. Das Interesse Polens besteht darin, daß sich alle sozialistischen Länder womöglich positiv entwickeln können. Wir haben seit 1956 mehrmals das Recht verteidigt, die polnischen Probleme auf einem polnischen Weg zu lösen. Es gab in der Zwischenzeit mehrere Gelegenheiten, wo wir von verschiedenen Seiten soviel Lehren zu hören bekamen. Wir wollen niemand unsere Lehren geben.

Ich komme zur BRD. Wir sind bereit – das ist die Linie unserer Außenpolitik –, auch zu Beziehungen mit der BRD Ja zu sagen, aber unter ehrlichen, beiderseitig reifen Bedingungen. Wir bleiben wach, aufmerksam gegenüber jeder revisionistischen und ultrarechten Erscheinung im politischen Leben der BRD – das ist unsere Pflicht, nicht nur unser Interesse. Wir wollen es so halten: Eine friedliche Ordnung in Europa braucht nach der ganzen geschichtlichen Erfahrung gute, positive Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion, zwischen Polen und der DDR und der BRD. Ohne das wäre für eine längere Frist keine wirkliche friedliche Ordnung in Europa zu schaffen.

[86:]

Gilbert Badia

Ein „komischer“ Krieg?

Der Krieg im Westen 1939/40

Ich möchte in meinem Beitrag folgende Fragen behandeln:

1. Wie sah Frankreich am Vorabend des Zweiten Weltkrieges aus? Welche Stimmungen dominierten in den verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung?
2. Welches waren die Ziele der französischen Regierungspolitiker? Wie ist die Haltung der Regierung Daladier zu verstehen und einzuschätzen? Was erstrebte sie in den Verhandlungen vom Sommer 1939 mit der Sowjetunion?
3. Wie waren Stimmung und Verhalten der französischen Bevölkerung in den ersten Monaten des Krieges?
4. Schließlich möchte ich noch einige Anmerkungen zum Charakter des Krieges machen.

I.

Vor fünfzig Jahren war in Frankreich das dominierende Gefühl: Nur kein Krieg mehr. Kaum 20 Jahre nach Kriegsende war die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und seine Opfer, an die die Denkmäler in den Städten und Dörfern mit ihren langen Listen von Toten gemahnten, in den meisten Familien noch gegenwärtig.

Nicht nur die Frontkämpfergeneration, sondern auch die Menschen, die gerade am Ende des Ersten Weltkrieges 20 Jahre alt wurden und die nun in der Politik wie in der Wirtschaft oder der Kultur eine Rolle spielten, hatten aufrichtig gehofft, daß der Erste Weltkrieg auch der allerletzte sein sollte.

[87:] Der Pazifismus reichte bis weit in die sozialistische Partei und in die Gewerkschaft hinein und spaltete auch antifaschistische Organisationen der Intelligenz, wie etwa das „Comité de Vigilance des intellectuels antifascistes“, das sich nach dem faschistischen Putschversuch vom Februar 1934 spontan gebildet hatte.

Zu diesem vorerst politisch-neutralen Pazifismus gesellten sich aber rechte Strömungen, die nicht jeden Krieg überhaupt, sondern nur einen Krieg mit Hitlerdeutschland vermeiden wollten.

Schon einige Tage vor München hatte die monarchistische Zeitung *l'Action française* geschrieben: „Friede! Friede! Die Franzosen wollen sich weder für die Juden noch für die Russen noch für die Freimaurer in Prag schlagen!“ Und der Schriftsteller Thierry Maulnier, der später in die *Académie française* gewählt werden sollte, war gegen den Krieg, weil – ich zitiere – „eine Niederlage Deutschlands den Zusammenbruch der totalitären Systeme bedeuten und Europa damit seines wichtigsten Bollwerks gegen die kommunistische Revolution und seine drohende Bolschewisierung beraubt würde“.¹

Man wird sich erinnern, daß der englische Außenminister Lord Halifax ähnliche Redensarten verwendet hatte, als er einige Monate vorher Hitler zu seiner Politik gratuliert hatte.

Aus dieser Übereinstimmung von Kriegsgegnern, wenn auch von entgegengesetzten Standpunkten her, versteht sich, warum die Pariser dem Ministerpräsidenten Daladier einen triumphalen Empfang bereitet haben, als er nach München in Paris eintraf. Der Verrat von München wurde von den Medien in einen Erfolg der Friedenspolitik umgedeutet.

Der Erleichterung folgte aber bald die Verwirrung. Weite Kreise der französischen Öffentlichkeit waren desorientiert, als sie feststellen mußten, daß Hitler nicht einmal die Versprechen einhielt, die

¹ Combat, November 1938, zit. n.: Jean Pierre Azéma, *De Munich à la Libération 1938-1944*. Collection Nouvelle Histoire de la France contemporaine, 14, Paris 1979, S. 21.

er selber in München gemacht hatte. Man wollte noch auf die Beibehaltung des Friedens hoffen, mußte aber erkennen, daß München keineswegs Friede für unsere Zeit bedeutete.

Diese Verwirrung, ja dieses langsame Umschwenken der [88:] Franzosen kann heute belegt werden. Damals fanden nämlich in Frankreich nach amerikanischem Vorbild die ersten Meinungsumfragen statt. Zwei Fragen wurden gestellt:²

1. Frage: Stimmen Sie dem Münchener Abkommen zu? Ja: 57 Prozent. Nein: 37 Prozent.

Die Zahl der Befragten, die mit Nein antworteten, war viel höher als die Zahl der Abgeordneten, die in der französischen Kammer gegen den Münchener Verrat gestimmt hatten. In der Kammer hatten sich nur die gesamte kommunistische Fraktion und zwei andere Abgeordnete dagegen ausgesprochen.

2. Frage: Sollte Frankreich jeder neuen Forderung Hitlers widerstehen?

Ja: 70 Prozent. Nein: 17 Prozent.

Diese Zahlen zeigen die Ernüchterung der Bevölkerung nach der enttäuschten Friedensbegeisterung.

II.

Hier müssen unbedingt einige knappe, innenpolitische Betrachtungen eingeschoben werden.

Der im April 1938 gebildeten Daladier-Regierung gehörten vier Minister der Rechten an, die auf einen endgültigen Bruch mit der bisherigen Volksfrontpolitik drängten. Im November wurden eine Reihe der von der Volksfront 1936 erreichten sozialen Verbesserungen zurückgenommen. Ende November kam es zu der wohl erwünschten Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Der ausgetretene Generalstreik wurde durch die Regierung mit sehr scharfen Gegenmaßnahmen gekontert. Im Laufe der nachfolgenden Sanktionen wurden Hunderttausende Beschäftigte des Privatsektors und des öffentlichen Dienstes entlassen. Eine rechtsstehende Zeitung, l'Ere Nouvelle, konnte am 1. Dezember 1938 schreiben: „Die Revolution von Juni 1936 ist endlich beendet. Dazu bedurfte es weder eines Staatsstreichs noch einer faschistischen Bewegung. Ministerpräsident Daladier hat sich um die Republik und das Vaterland verdient gemacht.“³

Ende 1938 war die politische Lage folgende: Die ehemalige [89:] Volksfrontmehrheit war endgültig gespalten. Die Kommunisten, die als einzige Partei geschlossen den Widerstand gegen Hitler vertraten, waren in den Ruf einer Kriegspartei geraten, und sie wurden doppelt verfeindet: als Hitlergegner einerseits, als konsequente Verteidiger der Volksfront andererseits. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften waren gespalten.⁴

Nun zurück zur Außenpolitik der französischen Regierung: Eine einheitliche Meinung über die Hitlerdeutschland gegenüber einzunehmende Haltung gab es nicht. Die französische Rechte war bereit, Hitler freie Hand im Osten zu lassen in der Hoffnung, daß er, wie er es versprochen hatte, die deutsch-französische Grenze respektieren würde. Auch bei den sogenannten Radikalen – die, wie man weiß, alles andere als eine radikale Partei waren – gab es Strömungen, vertreten durch den Außenminister Georges Bonnet, die diese Auffassung teilten. Doch nach der Besetzung der Tschechoslowakei im März 1939 gewann innerhalb des Ministerrates die Partei des Widerstandes an Boden.

Folgende Momente müssen aber, um die Außenpolitik Frankreichs zu verstehen, in Betracht gezogen werden: Das militärische Denken war völlig defensiv. An die Möglichkeit einer siegreichen Offensive der französischen Streitkräfte im Falle eines Krieges dachte kein Mensch im Generalstab. Hinter dem Festungswall der Maginotlinie hoffte man jeden Angriff abwehren zu können. Hinzu kam, daß das deutsche Kriegspotential von den französischen Militärs stark überschätzt wurde. Den Nazis war es gelungen, den eingeladenen kommandierenden General der französischen Luftwaffe zu bluffen.

² Jean-Baptiste Duroselle, *Politique étrangère de la France. La décadence 1932-1939*, Paris 1983, S. 355.

³ Jean-Pierre Azéma, *De Munich à la Libération*, Paris 1979, S. 30.

⁴ Ebda., S. 19 f.

Gravierender war die Tatsache, daß seit dem Tode von Außenminister Barthou (1934) die französischen Politiker überzeugt waren, Frankreich allein könne den faschistischen Mächten gegenüber ohne das Einverständnis, ja die Unterstützung Großbritanniens nichts unternehmen. Von einer selbständigen Politik Frankreichs konnte seit 1935 kaum die Rede sein. Um es grob zu sagen: Die Außenpolitik Frankreichs war seit Jahren ins Schlepptau Englands geraten.

[90:] Ein Wort noch zu den im Sommer 1939 mit der Sowjetunion geführten Verhandlungen: Sie wurden schleppend und halbherzig geführt. An die Möglichkeiten eines Militärvertrages glaubten die Engländer offenbar nicht. Deshalb bekam Molotow auf seine präzisen Fragen, ob England und Frankreich die Möglichkeit eines Durchmarsches der Roten Armee durch Polen bzw. Rumänien erwirken könnten oder nicht, keine befriedigende Antwort. Erst in den letzten Tagen, beinahe in letzter Minute war die französische Diplomatie bereit, etwas kräftiger auf Polen einzuwirken, und General Doumenc hatte vom französischen Ministerium die Anweisung bekommen, das Bündnis mit der Sowjetunion abzuschließen.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß die französischen Regierenden durch ihr Nachgeben Hitler ermuntert haben, den Krieg zu riskieren. Durch die Unterstützung der Beschwichtigungspolitik, durch das Aufgeben der kollektiven Sicherheit zugunsten eines erhofften direkten Engagements mit Hitler haben sie die Popularität des „Führers“ gesteigert und die Widerstandskräfte in Deutschland geschwächt. Insofern haben sie eine gewisse Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Sie wollten angeblich dem französischen Volk einen Krieg ersparen und haben ihm letzten Endes die Besetzung durch die Wehrmacht, die Demütigungen und Leiden der Okkupation gebracht.

III.

Als sich zeigte, daß der Krieg, der „komische Krieg“, im Laufe des Winters 1939-40 keine großen Menschenopfer forderte, atmeten viele Franzosen erleichtert auf. Dabei steigerte sich noch die Verwirrung. Angeblich war der Krieg doch erklärt worden, um das von Nazideutschland angegriffene Polen zu unterstützen. Und was wurde zu Polens Verteidigung unternommen? So gut wie nichts!

Im Ersten Weltkrieg war auf französischem Boden gekämpft worden: es handelte sich darum, das Vaterland zu befreien. Nun standen die französischen Soldaten an der [91:] Grenze, sie froren und warteten ab. In seiner übergroßen Mehrheit verstand das französische Volk nicht, warum überhaupt Krieg geführt wurde. Klare, akzeptable Kriegsziele (abgesehen von allgemeinen, nichtssagenden Parolen) wurden von der Regierung nicht ausgegeben.

Zwei Tatsachen machten die Verwirrung noch größer.

1. Im Inneren wurden die kommunistische Partei, ihre Presse und sämtliche kommunistischen Organisationen gleich in den ersten Kriegswochen verboten und die Kommunisten verfolgt, nicht, weil sie etwa Kriegsdienstverweigerer gewesen wären, nicht, weil sie ihre antifaschistische Haltung geändert hätten, nein, nur weil sie Anhänger der Kommunistischen Internationale geblieben waren und den deutsch-sowjetischen Pakt nicht offiziell verurteilt hatten. Während also angeblich Krieg gegen das faschistische Deutschland geführt wurde, wurden die konsequentesten Antifaschisten eingesperrt.

Diese Verfolgungen trafen übrigens, wie man weiß, auch die deutschen Emigranten in Frankreich. Schon in den ersten Kriegswochen wurden sie in zahlreiche Lager eingesperrt. Bis kurz vor der Kriegserklärung konnten dagegen die Nazi-Emissäre in Frankreich ihre Propagandaarbeit ungehindert weiter verrichten. Der spätere Nazibotschafter Otto Abetz hatte schon im September 1938 und im Frühling und Sommer 1939 zahlreiche Kontakte mit französischen Politikern und mit Journalisten, die einfach bestochen wurden. Leute wie de Brinon und die von ihm geleitete Gesellschaft France-Allemagne bildeten eine Gruppe, die zum Ziel hatte, den Franzosen den Nationalsozialismus schmackhaft zu machen. Zu ihnen gehörte auch ein Kumpan wie Friedrich Sieburg, langjähriger Korrespondent der Frankfurter Zeitung in Paris, der schon im Juni 1940 nach der Niederlage Frankreichs nach Paris zurückkam, diesmal in der Uniform eines Beamten des deutschen Außenministeriums. Erst in letzter Minute wurden im August 1939 diese Agenten aus Frankreich ausgewiesen.

Und welches ist die Hauptbeschäftigung der französischen Abgeordneten im Laufe des Winters? Etwa die Suche nach Mitteln, um den Krieg gegen Hitler siegreich zu führen? Mit-[92:]nichten. Die Hauptarbeit der französischen Kammer ist der Prozeß gegen 44 kommunistische Abgeordnete, die seit Anfang Oktober im Gefängnis sitzen und erst Ende Februar 1940 verurteilt werden, um dann nach Südalgerien, an die Grenze der Wüste deportiert zu werden.

Im Laufe des Winters 1939-40 verschlechterte sich zusehends die Stimmung in der Armee und im Lande, zumal die Preise stiegen, während die Löhne gestoppt worden waren.

2. Nach außen hatte man den Eindruck, daß der eigentliche Feind nicht Hitlerdeutschland, sondern die Sowjetunion war. Ein Beweis dafür ist: Während an der deutsch-französischen Front alles ruhig blieb, schmiedete General Weygand (der im Mai 1940 an die Spitze der französischen Streitkräfte ernannt werden sollte) Pläne, um von Syrien aus die sowjetischen Ölfelder um Baku zu bombardieren. Während des Krieges zwischen der Sowjetunion und Finnland wurde in Frankreich ein Expeditionskorps aufgestellt, das sich auf die Seite Finnlands schlagen sollte. Dem von Deutschland angegriffenen Polen hatte man nicht helfen können, dem in den Krieg mit der Sowjetunion verwickelten Finnland wollte man tatkräftig unter die Arme greifen. Nur wegen des unerwartet schnell abgeschlossenen Waffenstillstandes konnte das französische Expeditionskorps die französischen Häfen nicht mehr verlassen.

Weder diese Tatsachen noch die Demoralisierung eines Volkes, das man in einen Krieg geworfen hatte, ohne ihm dessen Gründe und Ziele verständlich zu machen, können jedoch allein das Ausmaß der Niederlage Frankreichs im Mai/Juni 1940 erklären. Das Versagen vieler Offiziere ebenso wie die Haltung einflußreicher politischer und wirtschaftlicher Kreise haben dabei ebenfalls eine Rolle gespielt. Für die letzteren war die Niederlage keine nationale Katastrophe, bot sie doch die ersehnte Gelegenheit, mit dem parlamentarisch-republikanischen Regime Schluß zu machen und es durch eine autoritäre Regierung unter dem greisen Petain zu ersetzen.

[93:]

IV.

Hier möchte ich ein Wort zum Charakter dieses Krieges anfügen. Daß Hitlerdeutschland der Angreifer war, ist erwiesen und bewiesen. In den sozialistischen Ländern wurde bisher der Zweite Weltkrieg folgendermaßen eingeschätzt: Von September 1939 bis Juni 1941 galt der Krieg als ein Kampf zwischen zwei Imperialismen, dem hitleedeutschen Imperialismus und dem Imperialismus der Westmächte – der Krieg also als Folge imperialistischer Widersprüche. Damit aber wurden beide Lager gleichgesetzt: der Angreifer – Hitlerdeutschland – und die Angegriffenen. Mit der Invasion der Sowjetunion – ich zitiere aus einem 1988 in der DDR erschienenen Geschichtsbuch – „begann der Weltkrieg, der als Auseinandersetzung zwischen zwei imperialistischen Gruppierungen begonnen hatte, seinen Charakter zu verändern und wurde endgültig zu einem gerechten antifaschistischen Befreiungskrieg der Völker gegen die faschistischen Aggressoren“.⁵

Freilich, eben habe ich versucht, die Breite der Kompromittierung führender bürgerlicher Kreise Frankreichs gegenüber dem deutschen Faschismus zu skizzieren. Doch keinen Tag hatten in Frankreich antifaschistische Kräfte aufgehört, zum Kampf gegen den deutschen Faschismus aufzurufen. Als Frankreich im Juni 1940 von der Wehrmacht besetzt wurde, formierten sich sofort die ersten, allerdings noch isolierten und verhältnismäßig schwachen Widerstandsgruppen. Darf ich noch auf meinen eigenen Fall hinweisen?

Schon im Januar 1941 wurde ich von der französischen Polizei, die aber der deutschen Besatzungsbehörde unterstellt war, in Paris festgenommen, weil ich geholfen hatte, Flugblätter zu drucken und zu verteilen, die die Regierung Pétain und die deutschen Besatzer angriffen. – Meines Erachtens war also der Zweite Weltkrieg schon von Anfang an, spätestens ab Juni 1940 teilweise ein antifaschistischer Befreiungskrieg.

⁵ Deutsche Geschichte in zehn Kapiteln, Berlin/DDR 1988, S. 369 f.

Haben die Franzosen und die Politiker in Frankreich die notwendigen Lehren aus dem Krieg und aus der Katastrophe [94:] gezogen? Ich kann leider die Frage nicht nur mit einem entschiedenen Ja beantworten, obgleich ich den Eindruck habe, daß die Friedenskräfte, die Anhänger der Abrüstung, die Leute, die der Meinung sind, die Zeit für eine Verständigung aller Völker Europas sei endlich gekommen, in der letzten Zeit an Boden gewonnen haben.

Literaturhinweise

Actes du colloque de 1975 sur la drôle de guerre, Ed. du CNRS, Paris, 1979.

Jean-Pierre Azéma, De Munich à la Libération 1938-1944, Collection Nouvelle histoire de la France contemporaine, 14, Paris, 1979.

Gilbert Badia (Hrsg.) Histoire de l'Allemagne contemporaine, 1917-1987, Paris, Messidor, 1987.

Gilbert Badia u. a., Les Barbelés de l'exil, PUG, Grenoble, 1979.

Mare Bloch, L'étrange défaite, Paris, 1946.

Roger Bourderon, Germaine Willard, La France dans la tourmente, 1939-1944. Collection Essentiel, Paris, 1982.

Roger Bourderon u. a. Le PCF. Etapes et problèmes, 1920-1972, Paris, 1981.

Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes, Le PCF 1938-1941, no spécial, 14, Paris, 1983.

Francis Crémieux, Jacques Estager, Sur le Parti 1939-1940, Paris, 1983.

Yves Durand, Vichy 1940-1944, Paris, 1972.

Jean-Baptiste Duroselle, Politique étrangère de la France, La Décadence, 1932-1939, Paris, 1983.

Fonvielle-Alquier, Les Français dans la drôle de guerre, Paris, 1971.

Henri Michel, La drôle de guerre, Paris, 1971.

Les Relations franco-allemandes, 1933-1939, Editions du CNRS, Paris, 1976.

Danielle Tartakowsky, Claude Willard, Des Lendemain qui chantent?, Paris, Messidor, 1986.

Germaine Willard, De Munich à Vichy. La drôle de guerre, Ed. sociales, Paris, 1969.

[95:]

Valentin Bereschkow

Ein „Krieg der Diktatoren“?

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, die Außenpolitik Stalins und die Präventivkriegsfrage

Ich möchte mich auf einige Probleme konzentrieren, die in der letzten Zeit bei uns zum Gegenstand einer heftigen Auseinandersetzung zwischen unseren Fachleuten, zwischen unseren Historikern geworden sind.

Der erste Punkt betrifft den Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland vom 23. August 1939. Es gibt die Auffassung, daß wir einen solchen Pakt nicht hätten abschließen sollen und daß in diesem Falle vielleicht auch der Krieg nicht stattgefunden hätte. Man ist der Meinung, daß, wenn wir den Vorschlag eines Paktes oder überhaupt die Idee eines Paktes abgelehnt hätten, die Möglichkeit bestanden hätte, mit den westlichen Demokratien zu einer Verständigung zu kommen, um gegen den Faschismus und gegen Hitlerdeutschland gemeinsame Maßnahmen durchzuführen. Der zweite Punkt bezieht sich auf das geheime Zusatzprotokoll.

Da kein Original gefunden worden ist, weder in russischer noch in deutscher Sprache, meinen einige, daß es ein solches Protokoll überhaupt nicht gegeben habe. Und dann ist ja auch nicht klar, wie und warum das, was weiter geschehen ist, überhaupt zustande gekommen ist. Der dritte Punkt betrifft Stalins Meinung, daß der Krieg nicht im Jahre 1941 kommen würde. Warum dachte er das? War es ein Fehler Stalins? War es eine Kalkulation? Hat Stalin irgendwelche Unterlagen gehabt, um zu dieser Einschätzung zu kommen; warum wollte er allen Informationen, die aus verschiedenen Quellen kamen, nicht glauben? Und noch ein letzter Punkt – vielleicht betrifft er mehr die Deutschen –: War der Krieg, den Hitler angefangen [96:] hat, eine Maßnahme, um einer Aggression seitens der Sowjetunion zuvorzukommen oder nicht? In bestimmten Kreisen in der Bundesrepublik sind in der letzten Zeit solche Meinungen verbreitet worden, die eigentlich auf dem Hitler-Memorandum basieren, das am 22. Juni 1941 veröffentlicht worden ist, in dem Hitler behauptet, daß er der Sowjetunion zugekommen sei, und wenn er das nicht getan hätte, dann hätte die Sowjetunion Deutschland angegriffen.

Also zum ersten Punkt: Es ist, denke ich, ganz klar, daß die westlichen Alliierten zu der Zeit nicht bereit waren, mit der Sowjetunion ein ernsthaftes Gespräch zu führen oder ein ernsthaftes Abkommen abzuschließen. Noch immer hatten sie die Hoffnung, Hitler irgendwie gegen die Sowjetunion zu lenken, so daß sie – wenigstens für eine gewisse Zeit – außerhalb dieses Konfliktes bleiben würden. Und manche haben wahrscheinlich auch gedacht, daß, wenn die Sowjetunion das erste Opfer Hitlerdeutschlands sein würde, und wenn es Hitler gelänge, einen beträchtlichen Teil des russischen Bodens zu besetzen, er sich dann längere Zeit mit diesen Gebieten beschäftigen würde und Frankreich und England vom Krieg verschont bleiben würden. Außerdem würde dann durch die Hand Hitlers der Bolschewismus vernichtet, was noch immer als ein Ziel in London und auch in Paris betrachtet wurde. Und was weiter geschah, scheint dies auch zu bestätigen: dieser ganze Blitzkrieg, der nach dem Angriff auf Polen stattgefunden hat, wo eigentlich von der westlichen Seite nichts getan wurde, um Polen zu helfen, aber auch nichts, um für den späteren Konflikt wenigstens Positionen einzunehmen. Ich war gerade im April – ich habe schon damals, im Frühling 1940, in Deutschland gearbeitet – in Holland, wo in Rotterdam zwei Schiffe für uns gebaut wurden, und ich wurde mit unserem Minister für Schiffsbau dorthin geschickt. Am Tage nach unserer Ankunft begann die deutsche Invasion in Norwegen und Dänemark. Die Atmosphäre in Holland zu der Zeit war so, daß man eigentlich eine englische Aktion erwartete, daß die Engländer eine Position dagegen einnehmen würden. Wir haben dann Holland sehr schnell verlassen und [97:] sind zurück nach Berlin gekommen. Aber es ist nichts passiert und bis zum Mai, bis zum deutschen Angriff auf Holland und Belgien, haben die Alliierten noch immer keine Aktionen gegen Deutschland unternommen. Deswegen denke ich, daß die Vorstellung, wenn wir den Pakt nicht abgeschlossen hätten, wir dann noch irgendeine Möglichkeit für eine Vereinbarung mit den westlichen Alliierten gehabt hätten, vollkommen unrealistisch ist. Andererseits: Wenn wir diesen Pakt abgelehnt hätten – was wäre dann geschehen? Der Pakt war eigentlich ein Nichtangriffsvertrag. Wir waren nicht die einzigen: Die Franzosen hatten schon seit 1938 einen

Nichtangriffspakt mit Deutschland; 1938 nach München jubelten nicht nur die Franzosen, sondern auch die Engländer, als Chamberlain nach London zurückkam und sagte, er habe den Frieden für unsere Generation mitgebracht durch die Vereinbarung mit Hitler. Also nicht nur die Sowjetunion, nicht nur die Bolschewiken wollten einen Nichtangriffspakt. Ich denke, daß es keine Alternative zum Abschluß des Nichtangriffsvertrags gab – auch jetzt, wo wir neue Unterlagen und neue Dokumente haben; ich bin überzeugt, daß es keine Alternative für die Sowjetunion gab in der Situation, im August 1939, etwas anderes zu unternehmen, als diesen Pakt mit Deutschland zu unterschreiben.

Der zweite Punkt betrifft das Zusatzprotokoll. 1939 arbeitete ich noch nicht im Auswärtigen Amt, ich ging dorthin erst Ende 1940, als ich aus Deutschland zurückgekommen war, so daß ich nicht sagen kann, daß ich Augenzeuge der Unterzeichnung dieser Protokolle bin. Aber in allen weiteren Gesprächen, die stattgefunden haben – auch in den Gesprächen Molotows mit Hitler in der Reichskanzlei, bei denen ich als Übersetzer fungierte –, erwähnten Molotow und Hitler dieses Protokoll vom 23. August 1939. Besonders Molotow wies darauf hin, daß die Anwesenheit der deutschen Truppen in Finnland eine Verletzung des Protokolls sei, worin Finnland als unser Interessengebiet bezeichnet worden sei. Und in den anderen Gesprächen war das ähnlich. Jetzt kennen wir auch viele Dokumente und sogar den Brief Hitlers an Stalin vom [98:] 20. August 1939. Wir haben zu diesem Zeitpunkt noch immer gezögert, und Molotow hatte im Gespräch mit Botschafter Schulenburg noch immer nicht zugesagt, Ribbentrop zu empfangen. Unser Vorschlag war, zunächst noch ein Handelsabkommen abzuschließen. Ferner wollten wir einen Entwurf des Nichtangriffspakts vorbereiten, wir mußten ja auch die Öffentlichkeit vorbereiten, denn wir hatten ja bis dahin sehr gespannte Beziehungen zu Hitlerdeutschland gehabt – wir zogen das also alles in die Länge. Aber Hitler, der schon das Datum für die Invasion Polens auf den 1. September festgelegt hatte, wollte selbstverständlich Ribbentrop so schnell wie möglich nach Moskau schicken. Und das war nun am 18. August durch das persönliche Eingreifen Stalins möglich. Molotow hat an diesem Tage zum zweiten Mal Schulenburg in den Kreml gerufen und hat ihm dann gesagt: Schön, wir sind bereit, noch im August Ribbentrop zu empfangen, aber nur am 27. oder 28. Doch dieser Termin paßte Hitler nicht, er wollte einen früheren Termin. Er hat sofort einen Brief an Stalin geschrieben. In diesem Brief gibt es mehrere wichtige Punkte. Hitler schreibt, der Nichtangriffspakt werde eine historische Wende in der deutschen Politik sein. Nach langer Zeit kehre die deutsche Politik zurück zu der alten Linie, wo gute Beziehungen mit Rußland immer zugunsten des deutschen und des russischen Volkes waren. Hinzu kam, daß nicht nur der Nichtangriffspakt, sondern auch das Protokoll, an dem die sowjetische Regierung interessiert sei, erwähnt wurde; also ist klar, daß wir auch darüber schon einmal geredet oder geschrieben haben. Außerdem entspricht dem ja auch alles, was später geschehen ist. Als die Wehrmacht in Polen nach dem 1. September nach Osten vorrückte, da hätten wir ja nicht auf einmal die Rote Armee in das polnische Gebiet einmarschieren lassen können, nicht wissend, wo wir die Wehrmacht treffen würden. Aber das war schon durch dieses Protokoll geklärt.

Doch auch jetzt sind einige unserer Historiker noch anderer Meinung. Es war vor kurzem ein großer Artikel von einem sowjetischen Historiker in der Literaturnaja Gazeta, der [99:] schreibt, daß er noch immer Zweifel habe an diesem Protokoll, weil im Protokoll angeblich steht, daß Litauen zur deutschen Interessensphäre gehört. Aber wir hätten später mit Litauen einen Beistandsvertrag abgeschlossen, so wie mit anderen baltischen Staaten. Und die Grenze sei auch nicht an der Weichsel, sondern weiter östlich. Ich wundere mich, warum ein Historiker nicht weiß, daß der am 29. September 1939 – also schon nach dem .Polenfeldzug – abgeschlossene Freundschafts- und Grenzvertrag auch drei zusätzliche Geheimprotokolle hatte. In einem Protokoll stand das, was der polnische Kollege Ludwik Krasucki dazu gesagt hat. Da stand, daß beide Seiten sich verpflichten, keine polnische Propaganda gegen den anderen Teil des ehemaligen Polens zuzulassen. Und das andere Protokoll, in das dann die Korrekturen am Protokoll zum Nichtangriffsvertrag eingebracht wurden, besagte, daß Litauen zur sowjetischen Interessensphäre und das Lublin-Gebiet und Warschau-Gebiet zur deutschen Sphäre gehöre. Die Grenze verlief dann nicht an der Weichsel, sondern am Bug. Deswegen diese Änderung. Das stellt also nicht das erste Protokoll in Zweifel, sondern – im Gegenteil – bestätigt das erste Protokoll, eben weil man diese Korrekturen ins zweite Protokoll gebracht hat. Vielleicht wäre es besser, wenn unsere

Wissenschaftler sich in Zukunft nicht mit der Frage beschäftigen, ob ein Protokoll existiert oder nicht, oder sogar noch beweisen wollen, daß es nicht existiert, sondern wenn sie analysierten, was dieses Protokoll bedeutete und warum es das gab.

Hier will ich ein paar Worte sagen zu unserem Verhältnis zu Polen. Die Meinung ist verbreitet, daß das eine Teilung Polens war. Aber wir müssen noch ein bißchen weiter in die Geschichte zurückgreifen und sehen, was geschehen ist, als nach der Oktober- oder sogar der Februarrevolution 1917 Polen, das polnische Volk die Chance bekommen hat, wieder einen selbständigen Staat zu haben. Es entstand die Frage, welche Grenzen dieser Staat haben solle, weil vor dem 1. Weltkrieg der größte Teil Polens zum russischen Zarenreich gehörte. Als diese Frage auftauchte, wurde von dem Alliiertenrat – den Engländern, Franzosen und den Amerikanern – eine Linie ausgearbeitet, die als Curzon-Linie bekannt ist. Lord Curzon war damals Außenminister Englands, und diese Linie basierte auf ethnischen Prinzipien: wo die Bevölkerung vorwiegend belorussisch oder ukrainisch war, ging das Gebiet an Sowjetrußland, und wo überwiegend polnische Bevölkerung war, ging das Gebiet an den polnischen Staat. Aber dann kam 1920 der Krieg zwischen Polen und Sowjetrußland. In diesem Krieg kamen die Polen bis nach Kiew und in andere sowjetische Gebiete, haben einen großen Teil der Ukraine besetzt. Die Sowjetmacht war in der Zeit so schwach, daß sie die polnischen Friedensbedingungen annehmen mußte. Es gab auch eine Bedrohung durch die weißen Generäle, vor allem im Süden, und wir waren gezwungen, 1921 den Rigaer Vertrag zu unterschreiben, der die Grenze willkürlich nach Osten verschob und große Teile Belorußlands und der Ukraine zum polnischen Gebiet machte. Hier muß man vielleicht auch von einer Teilung der Ukraine und Belorußlands sprechen, die zuerst kam, und dann erst kam die Teilung Polens, weil die Linie, die im ersten und dann auch im zweiten Protokoll von 1939 festgelegt worden ist, mehr oder weniger entlang der Curzon-Linie verlief, also derselben Linie, die die Alliierten vorgeschlagen hatten. Dem folgte später ja auch Churchill, als er in Teheran vorschlug, daß nach dem Krieg die Curzon-Linie, vielleicht mit einigen Korrekturen, wieder hergestellt werden solle. Also das muß man auch beachten, um zu verstehen, warum Stalin, der eigentlich allein solche Entscheidungen traf, daran gedacht hat, daß wir dieses Protokoll unterzeichnen sollten; denn sonst hätten ja die deutschen Truppen so weit vorrücken können, daß sie an den Toren von Minsk gestanden hätten oder auch nur 90 Kilometer von Kiew entfernt, und die gesamte Bevölkerung wäre dann in den deutschen Machtbereich gefallen. Also hier gab es bestimmte Gründe. Es war nicht die Frage, daß wir teilnehmen wollten an einer neuen Teilung Polens, sondern daß wir an diese Bevölkerung und auch an unsere Sicherheit dachten; denn es war klar, daß es zum Krieg mit Deutschland kommen würde. [101:] Man wollte die Grenze so weit wie möglich nach Westen verschieben und auch die Bevölkerung nicht in deutsche Hände fallen lassen. Also das ist ein Problem, das wir auch noch mit unseren polnischen Freunden erörtern werden, weil das aus der geschichtlichen Entwicklung hervorgegangen ist; das ist nicht etwas, was auf einmal aufgetaucht ist.

Jetzt noch zu dem Problem der Meinung Stalins, daß der Krieg nicht kommen werde. Ich denke, hier muß man eine gewisse persönliche Anziehung zwischen Stalin und Hitler beobachten. Ich denke, es war etwas zwischen ihnen, obwohl sie einander niemals getroffen haben. Aber wahrscheinlich dachten sie, daß sie einander verstehen oder den Gedankengang des anderen verstehen und vorhersagen könnten. Es gab auch einen Austausch zwischen ihnen – ich habe schon von diesen Briefen gesprochen –, auch Stalin hat darauf geantwortet und sprach über neue Beziehungen mit Deutschland, aber auch über das, was noch kommen sollte, und auch über das, was früher war. Ich muß sagen: sie bewunderten einander. Als 1934 die Abrechnung mit Röhm und mit der SA kam, als dieses Blutbad von Hitler organisiert worden war, war am nächsten Tag eine Politbürositzung im Kreml. Und Stalin hat die anderen Politbüromitglieder gefragt: Haben Sie gelesen oder gehört, was in Deutschland passiert ist? Hitler – so ein tüchtiger Kerl. Er hat gezeigt, wie man mit dem politischen Gegner umzugehen hat. Das hat Mikojan erzählt, der Außenhandelsminister, bei dem ich gearbeitet habe. Er sagte, einige waren schockiert, einige nicht, vielleicht waren nicht alle schockiert. Aber das war 1934, im Sommer 1934. Im Dezember 1934 wurde Kirow ermordet, das Politbüromitglied, und dann kamen die Säuberungen und die Verhaftungen und Erschießungen der Leninschen Garde.

Noch ein Beispiel wollte ich anführen: Als eines der Gespräche zwischen Molotow und Hitler zu Ende kam – es waren drei Gespräche, die im November 1940 in Berlin stattfanden – hat Hitler gesagt, er habe am Abend keine Zeit, Ribbentrop werde das letzte Gespräch führen, und ging dann mit Molotow zum Ausgang der Reichskanzlei. Wir gingen – die [102:] Delegationen waren ganz weit entfernt –, Molotow, Hitler und ich, um das Gespräch zu übersetzen, und beim Ausgang blieb Hitler stehen und hat gesagt: „Herr Molotow, ich betrachte Stalin als eine der größten politischen Figuren der Gegenwart. Ich meine, daß er in die Geschichte eingehen wird als einer der größten Staatsmänner unserer Zeit. Ich bilde mir ein, daß ich auch in die Geschichte eingehen werde“, so sagte Hitler, „und deswegen sollten solche großen Staatsmänner wie wir sich treffen. Das ist mein Vorschlag, ein offizieller Vorschlag für eine Begegnung zwischen mir und Stalin, und ich bitte, Herr Molotow, das Herrn Stalin zu übermitteln.“ Als Molotow nach Moskau zurückkam, hat er dieses Gespräch übermittelt. Doch es ist interessant, daß er nach diesen. Gesprächen keine Antwort aus Berlin mitbrachte auf seine Forderungen, daß die deutschen Truppen von unseren Grenzen sowie aus Finnland und aus Rumänien abgezogen werden sollten, daß er hierzu keine Zustimmung von Hitler bekommen hat. Aber vielleicht war Stalin vom Vorschlag Hitlers zu einem Gipfeltreffen so beeindruckt, daß er, wie mir Mikojan später auf einer Politbürositzung gesagt hat, die Meinung ausgesprochen hat, daß in nächster Zukunft kein Krieg mit Deutschland kommen werde. Wahrscheinlich hat Mikojan noch vorher mit Stalin darüber geredet, bevor der dann im Politbüro berichtet hat. Und das ging dann die ganze Zeit weiter und war wahrscheinlich auch in Stalins Kalkulationen enthalten.

Es ist auch interessant, daß an demselben Abend, an dem der Abschluß des Nichtangriffspakts stattgefunden hat, verschiedene Liebenswürdigkeiten beider Seiten zu hören waren. Nach einem Vertragsabschluß kam, wie gewöhnlich, Sekt, und man hat verschiedene Trinksprüche zur Gesundheit ausgebracht; es ist interessant, daß Stalin gesagt hat: „Ich weiß, wie das deutsche Volk seinen Führer liebt, und ich wünsche ihm Gesundheit, und wir wollen auf seine Gesundheit trinken.“ Ribbentrop hat darüber ein Telegramm nach Berlin geschickt, in dem er schrieb: „Stalin und Molotow sind sehr nette Leute. Ich fühlte mich da wie unter alten Parteigenossen.“ Also eine [103:] andere Partei, aber doch Parteigenossen. Das ist interessant. Zwischen den beiden war etwas, das Stalin dann zu der Meinung gebracht hat, Hitler werde keinen Krieg gegen die Sowjetunion beginnen.

Dann kamen diese Telegramme zu Weihnachten. Wir sind ja Atheisten, und Stalin wahrscheinlich auch, aber es kam ein Telegramm von Hitler zu Weihnachten, wo er über die Zukunft der Beziehungen sprach, über die Wohlfahrt des russischen Volkes usw. Stalin hat sofort darauf erwidert, daß, nachdem die Freundschaft zwischen unseren Ländern durch gemeinsames Blut zementiert worden sei, er hoffe, daß diese Freundschaft weitergehe. Was dachte er da, was meinte er? War es Blut und Boden, war es Blut, das zu Weihnachten damals in Finnland von unseren Truppen geflossen war, war es das gemeinsam vergossene Blut des deutschen und des russischen Volkes in der Geschichte, oder sollte das Ideen über eine weitere Zusammenarbeit befördern? Das ganze Verhalten, der Austausch von verbalen Liebenswürdigkeiten zwischen Stalin und Hitler war natürlich ein diplomatisches Spiel. Stalin wollte um jeden Preis Zeit gewinnen und Hitler wollte seine aggressiven Absichten verschleiern. Aber ich erwähne diese Dinge, weil sie zeigen, daß Stalin bis zum letzten Moment an eine Möglichkeit gedacht hat, entweder den Krieg zu verschieben oder vielleicht auch zu vermeiden. Als der Nichtangriffspakt abgeschlossen wurde, da hat er ja auch niemals gedacht, daß Frankreich in einigen Wochen geschlagen sein würde; er dachte, der Krieg werde vielleicht jahrelang dauern, wie der 1. Weltkrieg. Man dachte an die Maginot-Linie, man dachte an einen Stellungskrieg, und so etwas konnte ja lange dauern. Deswegen hat er auch gedacht, daß er sich aus diesem Krieg heraushalten könne.

Ich kam dann später nach Berlin als 1. Botschaftssekretär und blieb dort bis zum Ausbruch des Krieges, von Dezember 1940 bis Juni 1941. Otto Meissner war damals Chef der Reichskanzlei, und er hat regelmäßig mit unserem Botschafter Dekanosow zusammen einen Lunch oder ein Abendessen gehabt. Dekanosow stand in engem Kontakt zu Stalin und Berija, und [104:] er hat immer wieder erzählt, daß in der Reichskanzlei ein Dokument vorbereitet werde, daß Hitler bald wieder einen Vorschlag über weitere Zusammenarbeit und sogar über ein mögliches Treffen mit Stalin vorlegen werde.

Der Botschafter, der auch alle Informationen über den kommenden Krieg gehabt hat, sogar das Datum – mehrere Daten lagen noch früher, aber das letzte Datum bezeichnete die Nacht zum 20. Juni – hat gleichzeitig damit auch über die Information von Otto Meissner nach Moskau berichtet. Und Stalin hat eben gedacht, wir hätten wahrscheinlich doch noch eine Möglichkeit, zu irgendeiner Vereinbarung zu kommen. Diese Hoffnung hing auch zusammen mit unseren Lieferungen nach dem Handelsabkommen; wir hatten ja sehr große Lieferungen nach Deutschland gebracht, wir haben auch den Deutschen die Möglichkeit gegeben, unsere nördlichen, arktischen Gewässer und unsere Häfen dort zu benutzen. Wir haben ihnen auch durch unser Territorium aus der Mandschurei Kautschuk und Sojabohnen und alles andere gebracht, aber wir haben auch von ihnen einiges bekommen. Wir haben auch, was für uns wichtig war, moderne militärische Waffen bekommen. Wir haben die Kreuzer „Lützow“ und „Prinz Eugen“ bekommen. Wir haben auch Sturzkampfflugzeuge gekauft. Wir haben Flakgeschütze bekommen – wenn auch nicht in großer Menge. Ich denke, daß die Deutschen das geliefert haben, weil sie ihrerseits von uns Lieferungen wollten. Sie haben wahrscheinlich auch gedacht, daß wir dies nicht nutzen könnten. Also deswegen hat sich Stalin die Meinung gebildet, daß Hitler den Krieg nicht 1941 anfangen werde. Aber auch deshalb, weil England noch nicht geschlagen war bzw. keine Vereinbarung mit England bestand. Und da Rudolf Hess nach England geflogen war, dachte er, es würden Gespräche geführt. Der halbe Sommer war schon verloren wegen des Balkanfeldzugs. Man könne den Krieg mit Rußland nicht Mitte Sommer anfangen; er dachte wahrscheinlich auch, daß die deutsche Wehrmacht nicht für einen Winterkrieg vorbereitet sei. Also, so seine Meinung, komme der Krieg nicht mehr 1941. Vielleicht ereigne sich etwas im Westen; also wenigstens bis zum [105:] Frühling 1942 hätten wir Zeit. Das war seine Meinung.

Die zweite Meinung, die er hatte, war, daß der deutsche Generalstab 1941 einen Krieg haben wolle, weil dieser dachte, die russische Armee sei wegen der Liquidierung der russischen Generäle und Marschälle noch nicht vorbereitet auf einen Krieg. Außerdem: Unsere Erfahrung in Finnland habe wahrscheinlich eine Vorstellung von unserer Schwäche geschaffen, und auch die neue Technik, die wir von Deutschland bekommen hatten, könnten wir noch nicht nutzen. Also der Generalstab, so meinte Stalin, wolle den Krieg 1941. Hitler zweifle oder wolle diesen Krieg zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht. Also dürfe man deswegen keine Provokationen zulassen. Als die deutschen Flugzeuge über unser Territorium flogen, gab es einen Befehl, sie nicht abzuschießen und überhaupt nichts zu tun. Sogar die Grenzwachen wurden überfallen. Wir kamen mehrere Male mit Dekanosow zu Weizsäcker, zum stellvertretenden deutschen Außenminister, dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten, und der Botschafter hat darüber gesprochen, daß die deutschen Truppen mehrere Male unsere Grenze überschritten und unsere Grenzwachen getötet hätten. Wir haben protestiert. Da sagte Weizsäcker: Nein, nein, das ist falsch, das sind Sie, das sind die russischen Truppen, die den deutschen Boden betreten haben. Es hatte also keinen Zweck, mit ihm überhaupt darüber zu reden. Aber diese Proteste kamen von unserer Seite. Außer Protesten aber nichts anderes. Deswegen wußten die Deutschen auch, wo unsere Flugzeuge standen, wo die Panzer standen, und in der ersten Nacht haben sie fast alles vernichtet. Bis zum letzten Augenblick, sogar, als schon klar war, daß der Krieg kommt, haben wir so gedacht. Es gab ja auch diese TASS-Meldung. Manche wissen das wahrscheinlich: Unsere Telegraphenagentur hat eine Woche vor dem Krieg, auch in Stalins Auftrag, eine Erklärung veröffentlicht, worin die Sowjetunion bestätigt, daß die Sowjetunion und Deutschland den Nichtangriffspakt nicht verletzen und alle Bedingungen des Pakts erfüllen würden und daß alle Gerüchte über den Krieg nur von den Brandstiftern kämen, also von den Engländern oder den Franzosen oder den Amerikanern – sie [106:] wurden nicht namentlich erwähnt, aber man sagte, das sind die Brandstifter, die alles verbreiten –, und daß sowohl die Sowjetunion als auch Deutschland die Verpflichtungen des Nichtangriffspakts weiter erfüllen würden. Stellen Sie sich vor: Eine Woche vor dem 21. Juni so eine Erklärung; wahrscheinlich erwartete Stalin, daß man in Deutschland auch etwas ähnliches machen oder vielleicht diese Erklärung abdrucken würde. Aber da war eine Stille, da wurde diese Erklärung nicht einmal erwähnt. Also wir hatten noch eine Woche; uns vorzubereiten.

Am 21. Juni haben wir dann ein Telegramm aus Moskau bekommen, daß der Botschafter sofort Ribbentrop besuchen und ihm dieses Telegramm vorlegen solle. In dem Telegramm stand ungefähr, daß

sich die Sowjetunion jetzt im Klaren sei, daß die deutsche Wehrmacht an unserer Grenze konzentriert sei, auch in Finnland und in Rumänien, daß ein Zusammenstoß jeden Moment stattfinden könne, daß wir mit allen möglichen Mitteln diesen Konflikt vermeiden sollten, daß dieser Konflikt nur tragische Konsequenzen für das deutsche und das sowjetische Volk bringen könne. Deswegen schlage die Sowjetunion vor, sofort eine Begegnung auf höchster Ebene einzuberufen und sei bereit, mögliche deutsche Beschwerden anzuhören. Wir sollten das sofort Ribbentrop übergeben. Nun, ich habe dann den ganzen Tag das Auswärtige Amt in der Wilhelmstraße angerufen. Man sagte mir, Ribbentrop sei nicht da, er sei im Führerhauptquartier. Und so ging es bis spät in die Nacht, bis endlich ein Telefonanruf aus der Wilhelmstraße zu uns in die Botschaft kam. Da sagte man, daß der Botschafter sich sofort beim Reichsminister melden möge. Wir haben uns sofort auf den Weg gemacht. Im Auswärtigen Amt hat der Botschafter dann gesagt, er habe Ribbentrop schon seit dem Morgen sehen wollen, er habe eine wichtige Erklärung abzugeben. Ribbentrop sagte: „Nein, erst werde ich Ihnen eine Erklärung geben, und dann werden wir sehen, was weiter passiert.“ Danach hat er aus jenem Memorandum, dem Hitler-Memorandum zitiert, daß eine Bedrohung Deutschlands bestehe und Hitler Maßnahmen getroffen habe, um dem [107:] russischen Angriff zuvorzukommen; die deutschen Truppen hätten auf Befehl des Führers schon vor zwei Stunden die russische Grenze überschritten. Also das war der Krieg. Was weiter geschah, ist eine andere Geschichte. Aber ich denke, daß es ganz klar ist, daß Stalin alles getan hat, was möglich war, bis zum letzten Augenblick. Bis einige Stunden vor dem Angriff gingen noch unsere Züge mit Weizen, mit Öl, mit strategischen Mineralien weiter nach Deutschland. Sie haben sogar noch in den ersten Stunden des 22. Juni die Grenzen überschritten, obwohl die deutschen Lieferungen schon vor einigen Monaten gestoppt worden waren. Die deutschen Behörden hatten uns erklärt, man bereite sich auf einen Angriff gegen England vor, deswegen könnten sie uns jetzt nichts liefern, wollten es aber später nachholen. Und doch haben wir unsererseits alles geliefert.

Und als dann der Krieg kam, als Minsk und andere Städte schon bombardiert wurden, kamen unsere Marschälle und Kommandeure Timoschenko, Schukow und Kusnezow aus der Kriegsmarine zu Stalin und haben ihm einen Befehl vorgelegt, den er unterschreiben sollte, daß von unserer Seite Gegenmaßnahmen zu treffen seien. Stalin hat aber gesagt: Nein, warten Sie. Er werde Molotow und Schulenburg zu sich rufen. Er werde fragen, was das sei; vielleicht sei es eine Provokation der deutschen Generäle. Schulenburg hat daraufhin versucht, eine direkte Verbindung mit Hitler herzustellen. Spät in der Nacht oder erst in den frühen Morgenstunden kam er zurück und sagte: „Eigentlich sollte ich Sie erst in einer Stunde besuchen, aber da Sie mich schon jetzt gerufen haben, kann ich Ihnen sagen: Das ist der Krieg. Die Truppen haben die Grenzen überschritten auf Befehl des Führers.“ Und das einzige, was Molotow sagen konnte, war: „Das haben wir nicht verdient.“ Bis zum letzten Moment hat Stalin alles tun wollen, um die Beziehungen zu Deutschland nicht zu belasten, und nun kam Molotow mit dieser Nachricht zurück in Stalins Büro. Wie einige Zeugen berichten, hat er gesagt: „Das ist der Krieg.“ Daraufhin hat sich Stalin auf einen Stuhl gesetzt und war für einige Minuten völlig sprachlos. Sie saßen alle still-[108:]schweigend da; Stalin konnte nicht damit fertigwerden, daß er so eine Fehlkalkulation, so einen Fehler gemacht hatte. Und dann hat er den Befehl unterschrieben. Danach haben ihm die Politbüromitglieder gesagt: „Jetzt sollten Sie vielleicht zum Volk sprechen, der Krieg ist da.“ Er sagte: „Nein, ich kann nicht sprechen, Molotow soll sprechen.“ Dann hat er das Auto genommen und ist auf seine Datscha gefahren. Dort blieb er zehn Tage oder zumindest fast eine Woche und gab in dieser Zeit keinerlei Anordnungen.

Als wir in Berlin zurück in der Botschaft waren, haben wir das Radio eingeschaltet, aber aus Moskau kam keine Nachricht. Es war wie gewöhnlich: erst kam der Sport, dann kamen Nachrichten aus aller Welt und der Hinweis, daß die Ernte in verschiedenen Gebieten schon angefangen habe. Um 12 Uhr mittags hat dann endlich Molotow gesprochen. Und wir wunderten uns: warum Molotow, warum nicht Stalin? Stalin hat erst am 3. Juli gesprochen, als er endlich wieder in normaler Form war.

Also aus alledem wird klar, daß die Situation ganz bestimmt so war, daß wir diesen Krieg nicht wollten, und die ganze Idee über das Zuvorkommen gegenüber einem russischen Angriff eine Lüge ist, die damals von Hitler erfunden worden ist und die – das muß ich sagen – auch jetzt noch immer hochgespielt wird, obwohl der historische Sachverhalt längst geklärt ist.

[109:]

Manfred Messerschmidt

Der Krieg im Osten

Ursachen und Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion

I. Weg in den Krieg

Über Ursachen und Charakter des Zweiten Weltkrieges existieren zahlreiche Spekulationen und Interpretationen. Manche sind von der Nachkriegssituation stark beeinflusst, andere lassen ideologische Verwurzelungen erkennen. Aber keiner dieser Zugänge hat schlüssig in Abrede stellen können, daß der Krieg ohne Hitlers Politik und Zielvorstellungen nicht stattgefunden hätte. Gemeint ist hier nicht irgendein Revisionskrieg, sondern der am 1. September 1939 beginnende Krieg.

Es ist wohl richtig darauf hinzuweisen, daß die instabile Friedensordnung nach 1918 die Bereitschaft und Neigung zur Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges auf deutscher Seite stark belebt hat. Mit seinen Resultaten konnte sich die deutsche Gesellschaft nicht abfinden, weder mit den territorialen noch mit den militärischen. Die Versailler Kriegsschuldzuweisung, von der nationalkonservativen, völkischen und nationalsozialistischen Propaganda kräftig ausgenutzt, unterstützte diese Einstellung wirksam und schuf schon vor 1933 ein leicht ausnutzbares polit-psychologisches Syndrom, das infolge der Weltwirtschaftskrise in einen besonderen Spannungszustand versetzt wurde.

Die Folgen dieser Krise sowie die Überspannung der französischen Sicherheitspolitik schufen seit 1930 relativ gute Ausgangskonstellationen für revisionistische Ansätze. Schon vor Hitlers Machtübernahme tendierte die Reichswehrführung [110:] dahin, das kollektive Sicherheitssystem zu verlassen, um einen neuen Ansatz zur Wiedergewinnung einer mitteleuropäischen Machtposition zu versuchen. Innenpolitisch eröffneten sich mit der auf Hindenburgs Zustimmung basierenden Kanzlerschaft des Generals v. Schleicher hierfür gute Aussichten. Die Umwandlung der parlamentarischen Demokratie in einen Militärstaat neuer Prägung war eingeleitet. Wachsendes Machtbewußtsein der Militärs spekulierte mit einer gegen Frankreich gerichteten Machtpolitik. Die Rüstungspolitik der Reichswehr war das Resultat dieser außenpolitischen Strategie. Sie überholte damit Stresemanns Ansatz, durch vorläufige Absicherung im Westen die Frage der Ostgrenzen offen zu halten. Auswärtiges Amt und Reichswehr unter Neurath und Schleicher erreichten für derartige Zielvorstellungen wichtige Zwischenergebnisse. In erster Linie ist hier die Fünfmächteerklärung zur Gleichberechtigungs- und Abrüstungsfrage vom 11. Dezember 1932 anzuführen, die seit dem 30. Januar 1933 als Basis für die definitive Erlangung der Rüstungsfreiheit betrachtet wurde.

Die Frage, ob Hitlers Politik der Kriegsvorbereitung in diesem Rahmen zu sehen ist, kann nicht mit ja oder nein beantwortet werden. Sie war mit der Reichswehrposition – allgemeiner formuliert: mit der Position der konservativen Eliten – verklammert, überholte und erweiterte sie zugleich unter Hinzunahme charakteristischer ideologischer Prämissen und Ziele. Rückblickend kann von einer Teildidentität der Ziele gesprochen werden, bei der eine beträchtliche Sogwirkung der Zielsetzungen Hitlers zu konstatieren ist, die ihrerseits durch die außenpolitischen Erfolge und die militärischen Ergebnisse bis 1941 stark begünstigt wurde. Reichswehr und Auswärtiges Amt setzten in der Anfangsphase selbst noch starke Akzente. Sie forcierten den Entschluß zum Verlassen der Abrüstungskonferenz und zum Austritt aus dem Völkerbund. Die Aufrüstung vollzog sich anfänglich im Rahmen des am 23. Januar 1932 vom Chef der Heeresleitung gebilligten 2. Rüstungsprogramms. Hitler konnte sich auf die Rüstungsanstrengungen der Reichswehr verlassen, die bald die im November 1932 ins [111:] Auge gefaßte Größenordnung des Kriegsheeres von 21 Divisionen für 1938 weit hinter sich ließen.

Auswärtiges Amt und Reichswehr sahen seit 1933 die deutschen Rüstungsanstrengungen zunächst vor allem mit Blick auf Polen, dem sie eine endgültige Teilung zugedacht hatten. Aber sie unterstellten die Notwendigkeit einer gründlichen und längeren Vorbereitungsphase. Auch nachdem Hitler ihre Pläne mit dem am 26. Januar 1934 abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit Polen auf eine ganz neue Basis stellte, um über bilaterale Abmachungen das kollektive Sicherheitssystem zu unterminieren, sahen sie hierin lediglich einen Aufschub. Dem Gedanken, vorzeitige Konflikte zu vermeiden, kam der Schritt eher noch zustatten. Die Aufrüstung rückte für alle Führungsinstanzen in den Mittelpunkt

der Überlegungen. So konnte Hitler mit tatkräftiger Unterstützung der alten Machtzentren Kriegsvorbereitung betreiben, vom Frieden reden und die Offenlegung seiner Ziele vor Wehrmacht und anderen Führungsinstanzen vermeiden.

Es gibt keinen Zweifel an der systematisch betriebenen deutschen Kriegsvorbereitung. Alle Anstrengungen liefen darauf hinaus, die Wehrmacht ab 1939 kriegsbereit zu machen. Was es nicht gab, war ein abgestimmtes strategisches Gesamtkonzept. Die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Thesen einer Blitzkriegsvorbereitung sind durch neuere Forschungsergebnisse entscheidend relativiert worden. Es ist davon auszugehen, daß die Wehrmacht eine langfristig angelegte wirtschaftliche und rüstungsmäßige Vorbereitung favorisierte und einen vorzeitig herbeigeführten Krieg zu vermeiden suchte. Hitler glaubte dieses Risiko politisch ausschalten zu können. Zwar scheiterten seine Versuche, England in sein Konzept einzubinden, aber er glaubte, Deutschlands mitteleuropäische Position territorial, wirtschaftlich und militärisch ohne englisches Eingreifen ausbauen und Zeit für die Ausschaltung des französischen Potentials gewinnen zu können, um seine Vorstellung vom Lebensraumkrieg im Osten zu realisieren.

Während der Jahre der forcierten Aufrüstung, die sich seit 1935 vor allem der Stärkung der deutschen Angriffskraft durch [112:] Luftwaffe und Panzerformationen widmete, gingen die Überlegungen der konservativen Eliten dagegen in traditionellen Bahnen und zielten auf eine Wiederherstellung der alten Großmachtposition des Reiches, für die territoriale Revisionen in ihren Augen unabdingbar waren. Spektakuläre Neuansätze schienen ihnen riskant. 1937/38 wurde klar, daß Hitler mehr und anderes wollte. Vor allem wollte er schneller und risikoreicher vorgehen. Er dachte überdies in Zusammenhängen eines anderen Kriegsbildes und schätzte die westlichen Großmächte anders ein als die Verantwortlichen im Auswärtigen Amt und im Militär. Bei der Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei funktionierte dieses Konzept wegen der britischen Appeasementpolitik. Polen suchte Hitler für deutsche Interessen einzuspannen. Als dieses Ziel im Frühjahr 1939 endgültig scheiterte, stand für ihn fest: Polen sollte durch Krieg ausgeschaltet werden. Die Wehrmacht erhielt am 3.4. 1939 Befehl zur zügigen Vorbereitung auf diesen Krieg (Weisung „Fall Weiß“). Kriegsbereitschaft wurde zum 1. September 1939 befohlen.

Es ist zweifelsfrei, daß hiermit ein Angriffskrieg im Rahmen eines weiterreichenden, politisch-strategischen Konzepts bezweckt war: nämlich zur Erreichung der Rückenfreiheit für die spätere Wendung nach Westen, die ihrerseits als Vorschalt ereignis des Lebensraumkrieges ins Auge gefaßt wurde.

Hitler hoffte – und dozierte dies auch vor den Militärs – alle diese Unternehmungen möglichst als Einfrontenkrieg führen zu können. England gedachte er vom Kontinent abdrängen und in eine Zuschauerrolle verweisen zu können. Diesen Zielen diente nicht zuletzt der Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion vom 23. August 1939.

Bis 1941 schien das Konzept aufzugehen – mit einer allerdings entscheidenden Einschränkung: rein militärisch konnten Einfrontenkriege geführt werden. Politisch-strategisch aber stand Deutschland seit dem Juni 1941 im Zwei-, ja Dreifrontenkrieg: Im Osten, Süden und Südosten und potentiell schon im Westen, weil die Ausschaltung Großbritanniens 1940 nicht gelungen war und sich die Luftwaffe als unzulänglich erwiesen hatte.

[113:] In Polen und dann auf dem Balkan und in der UdSSR zeigte sich, daß Hitler dem Krieg eine neue Qualität zugewiesen hatte, die von der Wehrmacht mitgetragen wurde. Angekündigt hat er dies lange vor dem Krieg in seinen Programmschriften. Die Entrechtung und Ausgrenzung der deutschen Juden vor dem Krieg zeigte bereits den Zusammenhang von Programm und Stufen seiner Realisierung. Eine Opposition der konservativen Eliten hingegen formierte sich nicht. Am 30. Januar 1939 verkündete Hitler für den Fall eines neuen Weltkrieges „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“.¹

Zwar spekulierte Hitler noch im August 1939 auf eine Isolierung Polens. Noch Mitte des Monats hatte er seinen Generälen erklärt, die westlichen Staatsmänner würden das Risiko nicht auf sich neh-

¹ M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. 2, S. 1058, München 1965.

men. Bei seiner Ansprache vor den Oberbefehlshabern am 22. August war er nicht mehr so sicher. Er bagatellierte die Kriegsfertigkeit der Weltmächte. Polen sei jetzt da, wo er es haben wolle. Angst hatte er, daß ihm „noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlege“.² Der Krieg müsse brutal geführt werden. Bedrohung existierte nicht, ebensowenig eine nationale Notwendigkeit. Die Situation war bewußt von Hitler herbeigeführt worden. Und die Wehrmacht vertraute im Vorbereitungsstadium zunächst auf die Isolierung Polens. Einen kleinen Krieg traute sie sich zu. Entsprechend handhabte die Heeresführung die propagandistische Beeinflussung. Zum 2. August 1939 gab der ObdH (Oberbefehlshaber des Heeres), Generaloberst v. Brauchitsch, Stichworte für Ansprachen der Befehlshaber und Kommandeure heraus, in denen u. a. gesagt wurde: „Heute – Wieder richten sich gegen Deutschland Neid, Mißgunst und Haß, wieder sind Einkreisungsmächte am Werk“.³ Diesmal aber sei Deutschland stark, politische und militärische Führung „von einer gemeinsamen Weltanschauung getragen“.

Der auf jahrelanger kriegsorientierter Aufrüstung basierende, seit dem Frühjahr 1939 konkret vorbereitete Krieg gegen Polen war ein Angriffskrieg und zugleich ein Krieg mit ideologischen Zielsetzungen, die in Absprache zwischen SS [114:] und Generalstab des Heeres von den Organen Himmlers verwirklicht wurden.

Proteste einzelner Offiziere und Befehlshaber gegen die verbrecherischen Methoden der Organe von Sicherheitspolizei (Sipo) und Sicherheitsdienst (SD) erreichten den ObdH, der hierdurch nicht nachdenklich gemacht werden konnte. Im Gegenteil: er erließ am 7. Februar 1940 seinen Befehl an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen betr. „Heer und SS“. Er sollte dem Heer die angebliche Notwendigkeit des sogenannten Volkstumkampfes – so umschrieb Brauchitsch die ihm bekannten Vernichtungsaktionen – vor Augen führen und zugleich die Soldaten immunisieren. Die „dem Geist und der Manneszucht des Heeres schädlichen Vorgänge und Handlungen“ sollten von der Truppe ferngehalten werden.⁴ Mit anderen Worten: Augen zu, aber Pflichterfüllung in diesem Vernichtungskrieg. Das Rezept konnte nicht durchgehalten werden. Nicht zuverlässig in Polen und noch viel weniger in der Sowjetunion, wo das Heer direkt und geplant in den Weltanschauungskrieg eingebunden wurde.

II. Ein Krieg neuer Qualität

Es gibt heute Stimmen, die den von Hitler vom Zaun gebrochenen Krieg gegen die UdSSR als Präventivkrieg hinstellen. Beweise können sie nicht vorbringen. Die deutsche Führung hat ihre Kriegsvorbereitungen keinesfalls unter diesem Gesichtspunkt betrieben. Sie hat die Stärke der Roten Armee weit unterschätzt und glaubte, in wenigen Wochen mit ihr fertig zu sein. Man fühlte sich nicht bedroht. Warum also der Angriffskrieg?

Die strategische Situation nach dem halben Sieg im Westen bot keine direkten Möglichkeiten gegen die britischen Inseln. Empfindlich zu treffen war allein die britische Mittelmeer-Position. Für eine derartige indirekte Strategie sprach sich die Marineführung aus. Hitler kalkulierte anders. Er war in Zeitnot geraten. Der deutsche Rüstungsvorsprung schmolz dahin. [115:] Ein langer Krieg drohte. In der Sowjetunion schien der Erfolg in kurzer Zeit sicher. Hier konnten Blockadefestigkeit und Rohstoffe für einen langen Krieg gewonnen, Deutschland konnte unangreifbar gemacht, das Lebensraumproblem gelöst, der Bolschewismus vernichtet – und, ziemlich sicher, Großbritannien zum Einlenken gezwungen werden. Der Angriff gegen die Sowjetunion bezweckte auch die Aufgabe Großbritanniens. „Präventiv“ war er mit Blick auf die Sorge vor dem Auftreten der vereinigten angelsächsischen Mächte.

Über Stalins Pläne wissen wir wenig. Aus der Dislozierung der Roten Armee kann allein nicht auf Angriffsabsichten 1941 geschlossen werden. Rußlands Westgrenze stellte nach der Beseitigung japanischer Aspirationen die einzige potentiell gefährdete Flanke dar. In Stalins Langzeitstrategie spielte

² Aufzeichnungen der Ansprache ohne Unterschrift, ADAP, D, VII, Nr. 192 u. 193.

³ BA-MA, WK X1V715 C, Schreiben OHK v. 24.7.1939, s. M. Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 236 f.

⁴ NOKW – 1799.

der Gedanke eine Rolle, nach dem Erschöpfungskrieg der kapitalistischen Mächte als letzter entscheidend aufzutreten mit dem vollen Gewicht der Stärke der UdSSR. Es gibt bisher keinen Hinweis darauf, daß er bereit gewesen wäre, allein gegen das Deutsche Reich anzutreten, das 1941 auf dem Zenit seiner Machtentfaltung stand und im Westen für lange Zeit unangreifbar war.

Der Krieg gegen die Sowjetunion war ein auf strategischen Fehlspekulationen basierender Angriffs- und Vernichtungskrieg niegesehener Dimension, der alle Bagatellisierungsversuche der „geschmähten Generation“ untauglich macht. Diesen Krieg in seiner Brutalität darzustellen bedeutet nicht, die deutsche Geschichte auf „Auschwitz zu reduzieren“, wie eine der Metaphern der um eine saubere Vergangenheit bemühten Dabeigewesenen lautet.

Für den Historiker, selbst für den, der allein mit der durchaus nicht überholten Methode des einführenden Verstehens herauszufinden sucht, wie es eigentlich gewesen, zeichnen sich hinter den Fakten strukturelle Zusammenhänge ab, die es überhaupt erst möglich machen, zu begreifen, was auf dem vermeintlichen Höhepunkt und während des Niederganges des deutschen nationalen Machtstaates geschehen ist. Im Bemühen um dieses Verstehen kommt der Betrachter nicht um [116:] die Frage nach dem Sinn des Rußlandkrieges herum. Offenbar hat dieser Sinn damit zu tun, daß das Kriegsvölkerrecht in der Kriegspraxis weitgehend als nichtexistent angesehen werden konnte. Im Traditionshorizont ehemaliger Militärs, damit aber auch eines weit darüber hinausreichenden, nicht exakt zu bestimmenden Umfelds, das durch Medieneinflüsse, Verbände, fehlende schulische und häusliche Aufarbeitung ebenso charakterisiert wird wie durch ein jahrzehntelanges Vorherrschen materieller Aufbauerfordernisse, wurde diese Sinnfrage weitgehend ausgeblendet. Der Krieg erschien und erscheint vielen vordergründig als nur-militärisches Ereignis, wenn auch im Ergebnis als Katastrophe. Aber gerade dies erlaubte, ruhmreiche Waffentaten, nicht zuletzt „Untergänge“ wie jenen der 6. Armee in Stalingrad, in um so tieferem Glanz erscheinen zu lassen. So kam es, daß dieser Krieg für viele seinen Sinnbezug aus dem Heroismus im Untergang bezog, der so sichtbar mit dem Aufbruch neuen Lebens in der Bundesrepublik verbunden zu sein schien. Hier eben legte schon die Memoirenliteratur der fünfziger Jahre jene Einbahnstraße für vordergründige Wertungen, die so schwer aufzubrechen sind. Sie sind leicht nachzuvollziehen und daher plausibel, aber sie verstellen den Weg zum wirklichen Verstehen dieses Krieges.

Wer Manstein und etwa dem General Curt Siewert⁵ folgt, dem ist es möglich zu denken, daß der politische Führer einen als solchen von der militärischen Führung kaum zureichend erfaßbaren verbrecherischen Krieg führte, der es den Generälen erlaubte, rein professionell zu handeln, „ihre soldatische Pflicht bis zum Äußersten“⁶ zu erfüllen, bis der Führer sie auch daran hinderte und damit einen als solchen möglichen anständigen Sieg verspielte: Nach Siewert sind einem deutschen Politiker niemals „rein militärisch gesehen, größere Chancen geboten worden“.⁷ Manstein sprach von den „verlorenen Siegen“. In der Regie der planenden und handelnden militärischen Führer konnte in dieser Sicht der allen Regeln des Völkerrechts Hohn sprechende, als Vernichtungskrieg geplante Einfall in die Sowjetunion zum Normalfall einer Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Großmächten [117:] werden. Ausbau und definitive Festigung der deutschen Kontinentalhegemonie rechtfertigten den Einsatz – auch unter dem Gesichtspunkt der von Hitler schon sehr früh, nämlich im März 1941 – vorgegebenen, über den machtpolitischen Zweck weit hinausreichenden rassenideologischen Sinngebung. Daß auch sie den am Krieg teilnehmenden Befehlshabern damals schon eröffnet worden ist, ist ein gesichertes Faktum. Den drei Millionen aufmarschierten Soldaten des Ostheeres wurde der Sinn des Krieges vor Angriffsbeginn mit den „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“ bekanntgemacht. Mit ihren Kernsätzen umrissen sie ein Feindbild, das, wie die erwähnten späteren Befehle von Reichenau und Manstein zeigen sollten, auch Feldmarschällen zutreffend erschien. Feindbild und Kampfanweisung für den Gebrauch des Soldaten zielten auf die charakteristische Kombination Bolschewisten – Juden – Freischärler: „Der Bolschewismus ist der Todfeind des natio-

⁵ Curt Siewert: Schuldig? Die Generale unter Hitler. Bad Mergentheim 1968. Siewert war einige Jahre Erster Generalstabsoffizier beim Ob d H unter v. Brauchitsch.

⁶ Ebd., S. 187.

⁷ Ebd.

nalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes.“⁸

Kommissar- und Barbarossabefehl sowie diese Richtlinien, ferner Verlautbarungen des Generals z.b.V. (zur besonderen Verwendung) beim ObdH, General Eugen Müller, des Generalstabes des Heeres und des Oberkommandos der Wehrmacht, etwa Keitels Kritik an dem im September 1941 gemachten Vorschlag von Admiral Canaris, die russischen Gefangenen nach Kriegsgefangenenrecht zu behandeln, alle diese Hinweise und dieses Hinwirken auf einen Krieg neuer Qualität beweisen, daß die Wehrmacht sich für das bereit gemacht hat, was Hitler Vernichtungskrieg oder den Kampfzweier Weltanschauungen genannt hat. Man muß sich die Bemerkungen Keitels zum Canaris-Vorschlag vor Augen führen, um zu erkennen, in welches Umfeld der Soldat durch Hitler und willfährige führende Militärs hineinmanövriert worden ist: „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom [118:] ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Maßnahmen und decke sie.“⁹ Schon bei Kriegsbeginn empfanden einzelne Stabs-offiziere auf unterer Ebene, die Einblick in den besonderen Charakter der kommenden Auseinandersetzung besaßen, daß jetzt das „Wie“ des eigenen Handelns entscheidend werden müsse.¹⁰ Sicherlich provoziert jeder Krieg „Notwendigkeiten“, denen der Soldat nicht nur als Opfer, sondern auch als Handelnder ausgesetzt ist. Überindividuelle Zwänge, die in der Völkerrechts-Dogmatik begrifflich als „Kriegsnotwendigkeiten“ behandelt werden, umstellen den Soldaten und fordern ein Verhalten gegen das Recht zugunsten des Kriegszweckes.

Im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion forderte die politische und militärische Führung schon vorab, noch bevor überhaupt strategische oder taktische „Notwendigkeiten“ auftreten konnten, die Bereitschaft zu rechtswidrigem, ja verbrecherischem Handeln. Hitler ließ vor der Generalität nicht den geringsten Zweifel hieran. Seine Vorstellungen waren konsequente Weiterentwicklungen der schon in seinen Büchern der zwanziger Jahre niedergelegten politischen Grundsätze. Sie führten die Wehrmacht und damit letztlich Staat und Nation in einen Krieg neuer Qualität. Nach dem 30. März 1941, als Hitler vor etwa 250 höheren Offizieren aller Wehrmachtteile seine allgemeinen Direktiven für den bevorstehenden Krieg umrissen hatte, war hieran ein Zweifel nicht mehr möglich. Halder, der Generalquartiermeister Wagner und Heusinger wußten bereits seit dem 17. März, worauf ihre Planungen hinauslaufen würden. Hitler erklärte nach Halders Notizen während einer Lagebesprechung nämlich: „die von Stalin eingesetzte Intelligenz muß vernichtet werden. Die Führermaschinerie des russischen Reiches muß zerschlagen werden. Im großrussischen Reich ist die Anwendung brutalster Gewalt notwendig ...“¹¹

In diesem Stadium der Entwicklung hat keiner der informierten Offiziere in der Vorstellung geplant und gehandelt, es gelte, einen Krieg zur Verteidigung der Heimat oder des [119:] Vaterlandes vorzubereiten. Auf höchster Ebene im Generalstab des Heeres fielen zwischen Halder und den für das Rechtswesen zuständigen Männern, dem General z.b.V. beim ObdH, Eugen Müller, und dem Oberstkriegsgerichtsrat Erich Lattmann, Leiter der Gruppe Rechtswesen, folgende Stichworte: „Befehl an die Truppen im Sinne der letzten Führer-Ansprache an die Generäle (30.3.1941), Truppe muß den weltanschaulichen Kampf mit durchfechten bei Ostfeldzug.“¹²

⁸ NOKW – 1962.

⁹ Admiral Canaris, Chef des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, gab damit eine Initiative des Grafen Helmuth James v. Moltke weiter. Text der Vortragsnotiz bei Hans Adolf Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekution sowjetischer Kriegsgefangener. In: Anatomie des SS-Staates. Bd. 2. München (dtv) 1967. S. 208-210 (zit. Jacobsen, Kommissarbefehl). Keitels Notiz ist auf den Kopf des Schreibens gesetzt. Vgl. auch Streit, Keine Kameraden, S. 232.

¹⁰ Vgl. Hans Meier-Welcker: Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939-1942, Freiburg 1982, S. 119.

¹¹ Halder-KTB, 2. Bd., S. 320.

¹² Halder-KTB, 2. Bd., S. 320.

Sie bezogen sich konkret auf die von diesen Funktionären und von Halder zu verantwortenden OKH-Entwürfe zum Kommissarbefehl und zum Gerichtsbarkeitserlaß, die am 6. Mai beim OKW eingingen, wo man überrascht feststellte, daß der Kommissarbefehl-Entwurf noch weiterging als die eigenen Vorstellungen, weiter auch als eine einschlägige Denkschrift Rosenbergs, die „nur“ vorgesehen hatte, daß allein hohe und höchste Funktionäre „zu erledigen“ seien. Im OKH machte man keinen Unterschied. Und mit der Begründung gab es auch keine Probleme: Politische Hoheitsträger und Kommissare sollten beseitigt werden, weil sie angeblich durch ihre „bisherige Wühl- und Zersetzungsarbeit“ bewiesen hätten, „daß sie jede europäische Kultur, Zivilisation, Verfassung und Ordnung ablehnen“.¹³ Der Hinweis auf die Verantwortung des OKH-Generalstab des Heeres ist wichtig, nicht nur weil hohe Offiziere der Wehrmacht und des Heeres im Nürnberger Hauptprozeß und im OKH-Prozeß eine Mitverantwortung des Militärs und der Juristen im OKW und OKH bestritten haben¹⁴ und weil die Memoirenliteratur die Zusammenhänge vernebelt hat, sondern weil an dem mit diesen Befehlen umschriebenen Tatbestand ein ganz empfindlicher Traditionskomplex moderner Militärinstitute hängt.

Dies hervorzuheben soll nicht das Mißverständnis stärken als seien mit dem Kommissarbefehl die gravierendsten Konsequenzen deutscher Weltanschauungskriegführung verbunden gewesen. Quantitativ waren die Resultate des Gerichtsbarkeits-(Barbarossa-)Erlasses und die Maßnahmen gegen Kriegsgefangene ungleich einschneidender. Am Kommissar-[120:]befehl können aber die bewußte Mordplanung gegen bestimmte Angehörige der Roten Armee gezeigt und die rein ideologische Begründung dafür ohne jede Schwierigkeit anschaulich gemacht werden. Weil dieser unbestrittene Sachverhalt so eindeutig gegen das europäische Verständnis vom Krieg als einer sich trotz aller „necessities“ unter Rechtsregeln vollziehenden Auseinandersetzung verstieß, zielte ja auch die nachträglich versuchte Rechtfertigung der beteiligten Militärs und Juristen dahin, ihre Mitverantwortung ebenso zu leugnen wie den Vollzug des Befehls in Abrede zu stellen. Beides ist gründlich widerlegt worden, zuletzt im vierten Band des Weltkriegswerkes des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.

Dieses Denken und Handeln gegen die militärisch-politische Tradition Europas stellte einen eklatanten Traditionsbruch dar. Mancher Memoirenschreiber hat ihn völlig verdrängt. Hitlers Luftwaffenadjutant Nicolaus v. Below weiß nicht mehr darüber zu sagen als – unzutreffend –, daß „die Führung des Heeres“ einen „herkömmlichen Krieg“, Hitler aber „einen Kampf gegen einen harten und rücksichtslosen Feind“¹⁵ erwartet habe: als ob eine solche Erwartung eine Rechtfertigung gewesen sein könnte. Man wußte, zog mit, handelte, nahm bewußt in Kauf. Die Armeen wurden informiert. Weiter nach unten wurde mündlich weitergegeben, bei sicherlich nicht einheitlicher Praxis.

Als Todfeind sah Hitler die Sowjetunion nicht an, weil sie sich dem Lebensraumkrieg entgegenstellte oder weil er sich unmittelbar bedroht sah, sondern weil der Bolschewismus in seiner Sicht ein Instrument jüdischen Weltherrschaftsstrebens war, basierend auf den Millionen Juden in Westrußland.¹⁶ Damit erhielt sein geplanter Vernichtungskrieg den direkten Bezug zur Vernichtung der osteuropäischen Juden.

Die Armee ist mit der ersten Phase dieser Ausrottungspolitik schon durch die zwischen Heydrich und dem Generalquartiermeister Wagner abgesteckte Zusammenarbeit von Heer und SS-Einsatzkommandos befaßt gewesen.¹⁷ Nicht nur Hitler erhielt durch Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg die Chance,

¹³ Text bei Hans Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl, S. 135-232 (177-179).

¹⁴ Zur Frage dieser Mitverantwortung vgl. Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Hamburg 1969, S. 402 ff., und Streit, Keine Kameraden, S. 44 ff.

¹⁵ Nicolaus v. Below: Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980, S. 279. Below konstruiert ebenfalls den bei diesen Befehlen nicht gegebenen Gegensatz zwischen Halder und Hitler, ohne in diesem Zusammenhang nur ein Wort der Kritik an Hitlers [125:] „Vorstellung von dem Krieg im Osten“ zu finden,

¹⁶ Dazu näher Andreas Hillgruber: Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: Manfred Funke (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, S. 94-114 (98), zuerst erschienen in VfZG 20 (1972).

¹⁷ Dazu ausführlich Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Stuttgart 1981.

Judenausrottung und militärisch-polizeiliche Partisa-[121:]nenbekämpfung „plausibel“ zu verbinden, auch das Heer sah darin eine Rechtfertigungsmöglichkeit für die zunehmende Praxis, in erster Linie Juden für den Partisanenkrieg verantwortlich zu machen und entsprechend zu behandeln. So hieß es etwa im Monatsbericht des „Kommandanten in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland“ und Kommandeurs der 707. Infanteriedivision (für die Zeit vom 1.10.-10.11.1941): „Da sie (die Juden) nach wie vor mit den Kommunisten und Partisanen gemeinsame Sache machen, wird die restlose Ausmerzung dieses volksfremden Elements durchgeführt.“¹⁸ Die Liquidierungszahlen sprechen eine deutliche Sprache. Hier in Ruthenien kam es vor, daß innerhalb eines Monats von 10.940 Gefangenen 10.431 erschossen wurden. Während dieser Zeit erlitt die 707. Infanteriedivision im Partisanenkampf an Verlusten nur zwei Tote und fünf Verwundete.¹⁹

Schon im Laufe des Jahres 1941 setzten die Vernichtungsaktionen gegen die jüdische Bevölkerung im Rahmen des Partisanenkampfes mit voller Wucht ein. Allzu problemlos versteckten sich die Maßnahmen hinter der Formel, daß die Juden zu den gefährlichsten Elementen auf Seiten des Gegners zu rechnen seien. So führten die Sicherungsverbände des Heeres im rückwärtigen Gebiet den Krieg zur „Befriedung“ des Landes zwar auch gegen einen militärischen Gegner, aber darüber hinaus in vielen Fällen mit einer Zielrichtung im Vorfeld der Endlösung.

Nur ein General des Heeres hat meines Wissens die Kenntnis dieser Zusammenhänge eingeräumt. Der erste Inspekteur des Heeres der Bundeswehr, General Röttiger, 1942-1943 Chef des Generalstabes der 4. Armee, hat in einer frühen – später zurückgezogenen – Stellungnahme, wohl im November 1945 erklärt, ihm sei die Erkenntnis gekommen, „daß die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziel den Zweck hatte, das Heer dazu zu benutzen, um die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen.“²⁰

[122:]

III. Loyalität wofür?

General Schmudt, der Chef des Heerespersonalamtes, ließ am 5. Januar 1944 die Offiziere des Heeres wissen: „Ein Offizier, der die entscheidenden Werte unseres völkischen und politischen Lebens nicht erkennt und nicht mit überzeugender Kraft bejaht, hat seine Eignung als Offizier verwirkt.“²¹ Der Zwangsmechanismus des NS-Systems richtete sich bei zunehmender Aussichtslosigkeit des Sieges über den Gegner im Osten immer stärker auch nach innen in die Wehrmacht hinein, wie zahlreiche Todesurteile beweisen. Die Intransigenz des ideologischen Krieges erzwang Loyalität im Untergang.

Loyalität wofür? Für Volk und Vaterland oder für Hitler und sein Regime?

Weil bei uns die bedenklichen Seiten des Ostkrieges weitgehend ausgeklammert worden sind, weil sein „Sinn“ kaum reflektiert wurde, blieb auch diese Frage im Halbdunkel. In Nürnberg werteten die freilich stark belasteten Generale Jodl und v. Rundstedt das Attentat des 20. Juli 1944 als Verrat. Andere Generale, etwa Blumentritt und Guderian, plädierten 1950 dafür, künftig nur Leute zu berücksichtigen, „die gewillt sind, ihren Fahneneid zu halten“.²² In solchen Äußerungen scheint nicht einmal Halbdunkel zu herrschen. Hier ist vollkommen klar, daß der Soldat nur zu kämpfen und zu sterben hat, ohne zu fragen wofür. So problemlos ist die Bundeswehrführung nicht an ihre Traditionssuche herangegangen. Im „Handbuch Innere Führung“²³ wird die Aufgabe des Soldaten mit der

¹⁸ Zit. bei Jürgen Förster: Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 45/80 v. 8. November 1980, S. 3-15 (13).

¹⁹ Monatsberichte vom 11.10.-10.11.1941, BA-MA, Rh 26/707/v. 1, zit. bei Förster, Rolle der Wehrmacht, S. 14.

²⁰ Nachlaß Röttiger, BA-MA, N 422/11, Bl. 4.

²¹ Befehl vom 5. Januar 1944, BA-MA, H 37/222.

²² Dazu Georg Meyer: Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages. In: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan. München 1982, S. 577-735 (662-669).

²³ Handbuch Innere Führung: Hilfen zur Klärung der Begriffe. Hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Führungsstab der Bundeswehr, 1957.

„Freiheit eines jeden einzelnen von uns“ in Zusammenhang gebracht. Es ist davon die Rede, daß „das Totalitäre Gewalt über uns“ gewonnen habe, aber kaum, daß führende Militärs sich ihm denkend und handelnd zur Verfügung gestellt haben. Von Stalingrad wird gesprochen, nicht von Babi Jar, wenig von der Solidarität mit falschen Werten und verabsolutierten politischen Zielen. Es werden völkerrechtswidrige Befehle angeführt, ohne zu sagen, von welchen militärischen Stäben sie entworfen und abgezeichnet wurden. [123:] Gezeigt werden soll an Hand dieser Beispiele, „wie schwierig es heute ist, an die wahre europäische und deutsche Soldatentradition anzuknüpfen, nach dem, was hinter uns liegt“.²⁴

Dabei sind die abstrakt formulierten Aussagen über völkerrechtswidriges Verhalten eher zurückhaltend abgefaßt. Sie treffen nicht den Kern der Sache, der in einem weit aktiveren Mitmachen zu sehen ist. Die Bundeswehr nimmt auch nach dem neuen Traditionserlaß weiterhin in der Traditionsfrage an einem gesamtgesellschaftlichen Defizit teil. Es ist auch feststellbar, daß aus ihrem Umkreis allergische Reaktionen gegen jüngere Forschungsergebnisse kommen, die sich mit dem Verhalten der Wehrmacht in der Sowjetunion, etwa mit der Zusammenarbeit von Heer und Einsatzkommandos im rückwärtigen Heeresgebiet, befassen.²⁵

Der vom 20. September 1982 stammende neue Traditionserlaß fordert, „den Gesamtbestand der deutschen Geschichte in die Betrachtung einzubeziehen und nichts auszuklammern“, er spricht aus, daß alles militärische Tun sich „an den Normen des Rechtsstaats und des Völkerrechts orientieren“ müsse. Heute erhalten die Tugenden des Soldaten von hierher und durch die Bindung an das Grundgesetz „sittlichen Rang“.

Wer in solchem Kontext nach der Bedeutung des Kampfes der Wehrmacht in Rußland für das Traditionsproblem fragt, wehrt von vornherein die Möglichkeit des Rückzuges auf bloße Tapferkeit und auf heroischen Untergang ab, weil er zugleich nach dem Sinn damaligen soldatischen Tuns fragt.

Dieser Sinn lag nicht in der „Rettung des Abendlandes“, wie Halders Nachfolger, General Zeitzler, nach dem Kriege noch immer meinte, als er „Gedanken über die Haltung der deutschen Generale für den Fall einer von den Westmächten verlangten deutschen Wiederaufrüstung“ niederschrieb²⁶: „Wir dürfen uns unserer Pflicht gegenüber Europa und der westlichen Welt zur Erhaltung der abendländischen Kultur und Zivilisation auf die Dauer nicht entziehen“, weil, so meinte dieser Generalstabschef Hitlers, wir „auf Grund unserer engen Berührung mit dem Bolschewismus heute wahrscheinlich von allen europäischen Völkern noch oder wieder die stärkste [124:] Kampfmoral haben ...“. Die „Rettung des Abendlandes“ gehörte zu den Propagandaformeln der Endphase des Krieges, als Hitler das Abendland in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt hatte.

Wahrscheinlich lag der Sinn des Krieges, seit es nichts mehr zu siegen gab, in den Augen vieler Soldaten in der Verteidigung der Heimat. Aber diese Einstellung veränderte nicht, was zuvor geschehen war und auch weiterhin geschah. Der Rußlandkrieg läßt sich nicht reduzieren auf die Aktionen von Millionen nur braver Vaterlandsverteidiger. Seine Resultate sprechen dagegen. Und spätestens seit 1944 wurde der Krieg erkennbar gegen die Interessen der Bevölkerung geführt.

²⁴ Handbuch Innere Führung, S. 63.

²⁵ Etwa Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Stuttgart 1981.

²⁶ Wohl um 1950, BA-MA, N 63/118, Bl. 62.

[126:]

Christian Streit

Die deutsche Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen

Das traurige Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion ist in der Bundesrepublik allgemein bekannt. Nach Feststellung einer bundesdeutschen Historikerkommission gerieten etwa 3.155.000 Wehrmachtsangehörige in sowjetische Gefangenschaft; zwischen 1.110.000 und 1.185.000 (35 bis 38 Prozent) kamen um.¹ Fast jede deutsche Familie war, zumindest über Verwandte und Freunde, betroffen.

Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand blieb demgegenüber bis zum Ende der siebziger Jahre weitgehend unbekannt. Zwischen dem 22. Juni 1941 und Kriegsende gerieten rund 5,7 Millionen Rotarmisten in die Gewalt der Wehrmacht.² Davon lebten Anfang 1945 in den Gefangenenlagern noch 930.000. Maximal eine Million Gefangene hatte man, vorwiegend als „Hilfswillige“ für die Wehrmacht, entlassen. Weitere 500.000 waren nach Schätzungen des Oberkommandos des Heeres entflohen oder von der Roten Armee befreit worden. Die restlichen 3,3 Millionen (57 Prozent) waren umgekommen, fast zwei Millionen allein bis zum Februar 1942.³

Zum Vergleich sei gesagt, daß von den 231.000 britischen und amerikanischen Kriegsgefangenen 8348 (3,6 Prozent) starben, vor allem in den chaotischen Monaten vor Kriegsende.⁴

Vor den Nürnberger Gerichten behaupteten die angeklagten Generale – der Darstellung der deutschen Propaganda im Kriege folgend –, das Massensterben der sowjetischen Gefangenen habe sich aus der Unmöglichkeit ergeben, die immensen Gefangenenmassen zu versorgen und unterzubringen.

Es ist ohne Zweifel richtig, daß die enorme Zahl der Gefan-[127:]genen im Osten die Wehrmacht vor außerordentliche Probleme stellen mußte, Innerhalb eines halben Jahres mußte der Zustrom von etwa 3,5 Millionen Gefangenen bewältigt werden. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß es im Osten wegen des schlecht entwickelten und teilweise zerstörten Verkehrsnetzes sehr viel schwieriger war, Gefangenenmassen zu versorgen als 1940 beim Westfeldzug. Dort hatte die Wehrmacht innerhalb von sechs Wochen mehr als zwei Millionen französische, belgische und holländische Gefangene versorgen müssen – nicht ein einziger dieser Gefangenen mußte verhungern.

¹ Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz, München 1966 (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. 7), S. 151 und Erratablatt.

² Die Gesamtzahl der sowj. Kriegsgefangenen betrug nach einer Aufstellung der Abt. Fremde Heere Ost im OKH vom 20.2.45 (Stand 31.1.45) 5 734 528 (BA/MA H 3/728). – Eine Aufstellung des Feldwirtschaftsamtes im OKH v. 20.1.45 nennt für Dez. 1944 „nach Schätzung“ von OKW/Chef des Kriegsgefangenenwesens 5,6 Millionen: BA/MA Wi VI.82. – Joachim Hoffmann, Die Kriegsführung aus der Sicht der Sowjetunion, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 730, legt unter Berufung auf nicht näher bezeichnete und deshalb nicht nachprüfbare „unbekannte Originalakten“ eine Gesamtzahl von „genau 5.245.882“ zugrunde. – Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg 1981, S. 224, geht von einer Aufstellung der Abt. Kgf. im OKW vom 1.5.44 aus (Nürnb. Dok. NOKW-2125), in der eine Gesamtzahl von 5.163.381 genannt wird. Die beiden Autoren geben keine Begründung dafür an, weshalb sie die obengenannten Quellen verwerfen.

³ Zur Berechnung vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart² 1980 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 13), S. 128 ff., 244-46. – Die Zahl 3,3 Millionen ist als eine Größenordnung zu verstehen. Eine genaue Ermittlung der Opferzahl ist wegen der lückenhaften Aktenüberlieferung nicht möglich. Zu bemerken ist, daß die beteiligten Stellen in Staat und Wehrmacht von Anfang an bestrebt waren, statistische Daten über diese Gefangenen nicht aktenkundig werden zu lassen, um die Spuren des Massensterbens zu verwischen: a.a.O., S. 129 f. – Streim (wie Anm. 2), S. 246, errechnet, ausgehend von der niedrigeren Gesamtzahl, eine Opferzahl von „mindestens 2.530.000“ (Hv. bei Streim). Hoffmann (wie Anm. 2), S. 730, nennt „rund 2 Millionen“, eine Zahl, die in deutlichem Widerspruch zu den Quellen steht. – Die apologetische Schrift von Hans Roschmann, Gutachten zur Behandlung und zu den Verlusten sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand 1941-1945, Ingolstadt 1982, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Roschmann rechnet die Opferzahl durch mehrfachen Abzug des gleichen Faktors auf 1.680.000 herunter.

⁴ Streit (wie Anm. 3), S. 246, 293 f.

Das Schicksal derjenigen sowjetischen Gefangenen, die ins besetzte Polen gebracht wurden, macht schlaglichtartig klar, daß das vielzitierte Massenproblem kein entscheidender Grund für das Massensterben dieser Gefangenen war. Im Herbst 1941 sollten dort 361.500 sowjetische Gefangene auf Dauer untergebracht werden. Im April 1942 lebten in den Lagern noch 44.000, weitere 7500 waren geflohen; 310.000, mehr als 85 Prozent, waren umgekommen. Bei der Versorgung dieser Gefangenen gab es keine technischen Probleme, und alle Gefangenen waren vor den großen Kesselschlachten von Kiew und Vjaz'ma-Brjansk, die die Gefangenzahlen im September/Okttober 1941 um 1,3 Millionen in die Höhe schnellen ließen, in deutsche Hand geraten.⁵

Bevor ich auf die Ursachen dieses beispiellosen Massensterbens eingehe, will ich kurz die kriegsvölkerrechtliche Lage skizzieren.⁶ Als Deutschland die UdSSR überfiel, hatte diese weder die Genfer Kriegsgefangenenkonvention von 1929 ratifiziert noch ausdrücklich die Haager Landkriegsordnung von 1907 (HLKO) als verbindlich anerkannt. Die Reichsregierung nutzte dies zu der Behauptung, man sei der UdSSR gegenüber völkerrechtlich überhaupt nicht gebunden. Dies traf nicht zu, denn nach der Völkerrechtslehre galten für beide Seiten die Grundsätze des *allgemeinen* Kriegsvölkerrechts, wie sie sich in der Neuzeit entwickelt hatten. Auf die Kriegsgefangenen bezogen bedeutete dies, daß ihr Leben geschützt war, daß sie menschlich behandelt und nach dem gleichen Standard [128:] ernährt, mit Kleidung versehen und untergebracht werden mußten, wie die Ersatztruppen des Gewahrsamsstaates. Die Sowjetunion hatte überdies die Genfer *Verwundeten*konvention von 1929 ratifiziert und damit zu erkennen gegeben, daß sie kriegsvölkerrechtliche Bindungen nicht a priori ablehnte. Die deutsche Führung ignorierte aber ganz bewußt, daß sie in diesem Fall ganz eindeutig gebunden war. Sie wollte sich weder in der Kriegsführung, noch in der Besatzungspolitik, noch in der Behandlung der Kriegsgefangenen irgendwelchen Beschränkungen unterwerfen. Auch als die Sowjetunion im Juli 1941 eine Bindung an die HLKO anbot, lehnte die deutsche Führung ab, da man den deutschen Sieg für unmittelbar bevorstehend ansah.

Für das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen sind fünf Ursachen zu nennen: Hunger; eine völlig unzureichende Unterbringung; die Art des Abtransports; die Behandlung, der die Gefangenen unterworfen wurden; und die systematische Ermordung bestimmter Gefangenengruppen.

Die Nahrungsquellen der UdSSR waren eines der Hauptziele des deutschen Überfalls. Der völlige Zusammenbruch des Deutschen Reiches im November 1918, zu einem Teil Folge des Hungers in Deutschland, war für Hitler und seine Generale eine traumatische Erfahrung gewesen. Die erbarungslose Ausbeutung der Nahrungsressourcen des Ostens sollte es möglich machen, das deutsche Volk wie im Frieden zu ernähren und so die Kriegsmoral stabil zu halten. Den Planern der wirtschaftlichen Ausbeutung in den Ministerien war es dabei schon im Mai 1941 völlig klar, daß als Folge „zweifelloso zig Millionen Menschen verhungern“ würden.⁷ Die sowjetischen Kriegsgefangenen mußten, da sie völlig in der Hand der Eroberer waren, noch vor der sowjetischen Zivilbevölkerung Opfer dieser Politik werden. Schon vor dem Angriff bestand in der militärischen Führung Einigkeit darüber, daß sie „nur die notwendigste Verpflegung“ erhalten sollten.⁸ Dementsprechend lagen die Rationen, die ihnen zugestanden wurden, von allem Anfang an weit unter dem Existenzminimum. Zum Beispiel erhielten Gefangene, die im Sommer 1941 durch Weißrußland [129:] in die Gefangenenlager marschieren mußten, tägliche Rationen von „20 g Hirse und 100 g Brot ohne Fleisch“ oder „100 g Hirse ohne Brot“, also Rationen, die weit weniger als ein Viertel des Existenzminimums boten. Im August 1941 bestimmte das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) für alle sowjetischen Gefangenen einheitliche Rationssätze. Arbeitende Gefangene sollten nun 2100 Kalorien am Tag, nichtarbeitende etwa 2040 Kalorien erhalten. Die Quellen erweckten freilich den Eindruck, daß sie in aller Regel noch weniger erhielten.

⁵ A. a. O., S. 134, 136.

⁶ Vgl. zum Folgenden a. a. O., S. 23 f., 224 ff.

⁷ Aktennotiz über Besprechung von Staatssekretären verschiedener Ministerien v. 2.5.41, Nbg. Dok. 2718-PS, IMG, Bd. 31, S. 84.

⁸ Zur Ernährung der Gefangenen vgl. Streit (wie Anm. 3), S. 79, 137-162.

Obwohl bereits Ende August 1941 Hungerseuchen auszubrechen begannen und sich die Nachrichten über den besorgniserregenden Gesundheitszustand der Gefangenen mehrten, befahl der Generalquartiermeister des Heeres, General Eduard Wagner, am 21. Oktober 1941 für die Gefangenen im Heeresbereich drastische Rationskürzungen. Betroffen waren vor allem die nichtarbeitenden Gefangenen, d. h. diejenigen, die schon zu schwach zum Arbeiten waren. Sie sollten nun weniger als 1500 Kalorien am Tag erhalten, weniger als zwei Drittel des absoluten Existenzminimums. Wagner, später führend an der Organisation des Aufstands am 20. Juli 1944 beteiligt, folgte damit Forderungen Görings, der auch angesichts steigender Gefangenenzahlen die gleichbleibende Ernährung der deutschen Bevölkerung um jeden Preis sicherstellen wollte.⁹ Der Befehl erging zu einer Zeit, als das Massensterben bereits epidemisches Ausmaß angenommen hatte. Im besetzten Polen waren bis zum 20. Oktober 1941 54.000 Gefangene gestorben. Allein in den darauffolgenden zehn Tagen starben weitere 45.690, fast 4600 am Tag. Es scheint, daß selbst die deutsche Führung vom Ausmaß dieses Sterbens überrascht wurde, denn noch am 17. Oktober hatte Hitler davon gesprochen, daß „die drei Millionen [sowjetischen] Gefangenen [...] für die nächsten 20 Jahre“ im eroberten Osten Autobahnen bauen sollten.¹⁰

Die Dezimierung der Gefangenen wurde nun durch die Witterung beschleunigt, der die Gefangenen fast völlig schutzlos ausgesetzt waren. Für ihre Unterbringung waren kaum Vorbereitungen getroffen worden. Man hatte im Reichsgebiet [130:] und im besetzten Polen auf Truppenübungsplätzen riesige Lagerkomplexe für jeweils 30-50.000 Gefangene geplant. An Materialien wurden praktisch nur Stacheldraht, Kochkessel, Chlorkalk und Werkzeuge zur Verfügung gestellt; die Gefangenen sollte ihre Unterkünfte mit den primitivsten Mitteln selbst bauen.¹¹ Selbst im Reichsgebiet, in Lagern wie Senne-Stukenbrock, Bergen-Belsen oder Lamsdorf, mußten die Gefangenen bis in den Winter hinein in selbstgegrabenen Löchern, Erdhöhlen oder Laubhütten vegetieren. Im besetzten Polen und in den eroberten sowjetischen Gebieten waren die Bedingungen noch schlechter.

Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende verloren ihr Leben auf dem Weg von der Front in die Gefangenenlager.¹² Die meisten Gefangenen des Jahres 1941 mußten – keineswegs nur, weil es an Transportmitteln fehlte – über Hunderte von Kilometern in die rückwärtigen Gebiete marschieren. Dabei wurden tausende erschöpfter Gefangener kurzerhand erschossen. Immer wieder wurden solche Vorfälle gemeldet, selbst aus den Zentren großer Städte wie Minsk oder Smolensk. Einzelne Truppenbefehlshaber wandten sich mit empörten Befehlen gegen diese Praxis; die Tatsache, daß derartige Befehle häufig wiederholt werden mußten, zeigt, daß viele Soldaten dabei den Gehorsam versagten. Andere Generale waren ohnehin anderer Meinung; der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Feldmarschall von Reichenau, gab den Befehl, „alle schlappmachenden Kriegsgefangenen zu erschießen“.

Wenn Gefangene mit der Eisenbahn abtransportiert wurden, erlaubte das OKH nur die Verwendung offener Güterwagen. Das verringerte nicht nur den verfügbaren Transportraum, sondern verursachte mit Einbruch des Winters enorme Verluste. Im Bereich der Heeresgruppe Mitte wurde die Verwendung geschlossener Güterwagen erst am 22. November 1941 erlaubt, nachdem schon mehr als drei Wochen strenger Frost herrschte. Unmittelbarer Anlaß für die Änderung war, daß bei einem Transport von 5000 Gefangenen 1000 erfroren waren. Der Transport in geschlossenen, aber ungeheizten Waggons war aber keine entscheidende Verbesserung [131:]. Nach einem Bericht von Anfang Dezember 1941 starben bei solchen Transporten „zwischen 25 und 70 Prozent der Gefangenen“.¹³

Angemerkt sei, daß die Armeebefehlshaber auch aus einer verengten militärischen Scheweise heraus bereit waren, die Politik den sowjetischen Gefangenen gegenüber mitzutragen. „Operation Barbarossa“ sollte ebenso wie die vorangegangenen Feldzüge ein „Blitzkrieg“ werden. Die Generalität teilte Hitlers Ansicht, daß die Sowjetunion ein „Koloß auf tönernen Beinen“ sei und daß es nur wenige

⁹ A. a. O., S. 142-45.

¹⁰ A. a. O., S. 134, 196 f.

¹¹ A. a. O., S. 171-77.

¹² A. a. O., S. 162-71. Der Befehl Reichenaus ist in einem Bericht eines Mitarbeiters von Abwehrchef Canaris von Ende Okt. 1941 bezeugt: Nbg. Dok. NOKW-3147.

¹³ Streit (wie Anm. 3), S. 166.

Wochen dauern werde, bis die Rote Armee entscheidend geschlagen sei. Noch am 15. Juli 1941 ging die Operationsabteilung im Generalstab des Heeres davon aus, daß ein Großteil der deutschen Infanteriedivisionen nach dem Fall von Moskau Anfang August den Rückmarsch antreten werde.¹⁴ Ein solcher Blitzsieg setzte aber voraus, daß alle Energien auf die Kämpfe konzentriert wurden. Eine der Konsequenzen war, daß die Versorgung der Gefangenen an das Ende aller Prioritäten gesetzt wurde. So wurden im Sommer 1941 Einheiten, die in den Frontgebieten Gefangenenlager aufbauen sollten, „ohne jegliche Kfz.“ losgeschickt. Ein Lager mit 10.000 Gefangenen verbrauchte aber, selbst bei wesentlichen geringeren als den im Oktober 1941 befohlenen Rationen, täglich fünf Tonnen Kartoffeln, drei Tonnen Brot und 60 Festmeter Holz, von Baumaterial und anderem ganz zu schweigen. Die Zufuhr solcher Mengen mit Panjefuhrwerken war, selbst über kürzere Entfernungen, ein kaum zu bewältigendes Problem.¹⁵

Die deutschen Soldaten mußten 1941 den Eindruck haben, daß das Leben eines sowjetischen Soldaten oder Zivilisten kaum etwas wert war. Dies war nicht nur die Folge der NS-Propaganda, die die sowjetische Bevölkerung als „Untermenschen“ darstellte. Auch die grundlegenden Befehle der militärischen Führung mußten diesen Eindruck erwecken.¹⁶ Der sogenannte „Barbarossa-Erlaß“ beschränkte die Kriegsgerichtsbarkeit auf die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Wehrmacht.¹⁷ Jede „Angriffshandlung“ sowjetischer Zivilisten sollte mit Exekutionen geahndet werden; das Ziel war die [132:] völlige Unterwerfung der sowjetischen Bevölkerung. Die offizielle Definition von „Angriff“ schloß folglich schon das Verteilen von Flugblättern und das Nichtbefolgen deutscher Befehle ein. Dörfer, aus denen Partisanen unterstützt wurden, sollten eingeäschert und ein Teil der Dorfbevölkerung erschossen werden. Andererseits wurden Verbrechen deutscher Soldaten an Sowjetbürgern von vornherein für straffrei erklärt, wenn der Täter ideologische Motive geltend machte.

Der Kommissarbefehl, der zweite berüchtigte Erlaß, der in diesem Zusammenhang zu nennen ist, forderte von der Truppe, aus der Masse der Gefangenen die politischen Kommissare der Roten Armee herauszusuchen und auf der Stelle zu erschießen.¹⁸ Nach dem Krieg schworen Generalstabschef Halder und berühmte Truppenführer wie die Feldmarschälle von Leeb und von Rundstedt sowie Dutzende weiterer Generale, daß dieser Befehl nie ausgeführt worden sei. Jüngste Untersuchungen haben aber bestätigt, daß der Befehl im Jahr 1941 in der großen Mehrheit der deutschen Divisionen befolgt wurde. Dies zeigt nicht nur die Vielzahl der Vollzugsmeldungen in den erhaltenen Wehrmachtsakten. Schlüssiger noch sind die im August 1941 beginnenden Bemühungen von Armeebefehlshabern, die Aufhebung des Befehls zu erreichen. Als Grund wurde dabei angegeben, daß sich mit dem Bekanntwerden der Erschießungen der Widerstand der Roten Armee drastisch verhärtet habe. Hitler gab diesen Forderungen im Mai 1942 widerwillig nach. Die Kommissare wurden fortan ins KZ Mauthausen gebracht und dort „durch Arbeit vernichtet“, d. h. zu Tode gequält.

Die Befehle zur Behandlung der sowjetischen Gefangenen waren von Anfang an von der NS-Ideologie geprägt.¹⁹ Der bolschewistische Soldat sei höchst gefährlich und hinterhältig, er habe „jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat [...] verloren“. Immer wieder wurde „rücksichtsloses

¹⁴ A. a. O., S. 81. – Nebenbei sei bemerkt, daß diese wahnwitzige Siegesgewißheit die Ursache dafür war, daß die deutschen Soldaten in Sommeruniformen in den russischen Winter gerieten, nicht, wie Generalstabschef Haider und andere nach dem Krieg immer wieder behaupteten, ein Verbot Hitlers, Winterausrüstung bereitzustellen.

¹⁵ Vgl. die Berichte des Kriegsgefangenenbezirkskommandanten J v. 6.9., 22.11., 11.12.41: BA/MA RH 22/v. 220.

¹⁶ Vgl. zum hier angesprochenen Komplex der sogenannten „verbrecherischen Befehle“ Streit (wie Anm. 3), S. 28-61; Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa“ in neuer Sicht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 682-738; Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 413-47.

¹⁷ Text gedruckt in: „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette, Paderborn 1984, S. 305-308. Vgl. auch die verbindliche Interpretation der Heeresführung durch den General z.b.V. beim ObdH: ebd., S. 337 ff.

¹⁸ Text: A. a. O., S. 313 f. – Zum Folgenden vgl. Krausnick (wie Anm. 17), S. 733-736; Streit (wie Anm. 3), S. 83-89; Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 1062-70.

¹⁹ Vgl. dazu Streit (wie Anm. 3), S. 180-83; der Befehl vom 8.9.41 ist gedruckt bei Ueberschär/Wette (wie Anm. 18), S. 351-54.

Durchgreifen“ gefordert. In einem Grundsatzbefehl des OKW vom 8. September 1941 hieß es sogar, der Waffengebrauch gegen sowjetische Kriegsgefangene gelte „in der Regel als rechtmäßig“ – ein klarer Freibrief für Mord. Sechs Monate [133:] später wurde dieser Satz gestrichen, da zu viele willkürliche Erschießungen festgestellt worden waren.

Es gibt Belege für eine Reihe von Versuchen deutscher Soldaten und Zivilisten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine bessere Ernährung und Behandlung der sowjetischen Gefangenen zu erreichen. Sie konnten sich jedoch gegen die überzeugten Nazis in Wehrmacht, Verwaltung und Wirtschaft nicht durchsetzen. Wenn vom Frühjahr 1942 an Verbesserungen beim Abtransport, bei der Ernährung, der Unterbringung und der Behandlung festzustellen sind, dann erfolgten diese ausschließlich aus Nützlichkeitsabwägungen.

Einen der wichtigsten Versuche, zu einem grundlegenden Wandel zu kommen, initiierte Helmuth James Graf von Moltke, der sicher eine der eindrucksvollsten Persönlichkeiten im deutschen Widerstand war. Auf sein Drängen hin forderte der Chef der deutschen Abwehr, Admiral Canaris, vom Chef des OKW, Feldmarschall Keitel, die Aufhebung des erwähnten Grundsatzbefehls vom 8. September 1941. Er kritisierte dabei nicht nur den Bruch des Völkerrechts, sondern machte auch gewichtige politische und militärische Bedenken geltend.²⁰ Keitels Antwort war völlig eindeutig: „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung! Deshalb billige ich die Maßnahmen u[nd] decke sie.“

Canaris' Protest und die Antwort Keitels bezogen sich auch auf systematische Massenmorde, von denen ich bisher nicht gesprochen habe. Mit der Ermordung der Truppenkommissare der Roten Armee hatte sich die Wehrmacht bereits an der Liquidierung des Sowjetsystems beteiligt. Die Verstrickung der Wehrmacht in den Ausrottungskrieg ging aber noch darüber hinaus. Schon Mitte Juli 1941 waren das OKW und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, übereingekommen, daß „Einsatzkommandos“ der SS alle „politisch und rassisch untragbaren Elemente“ unter den sowjetischen Gefangenen ausfindig machen und umbringen sollten.²¹ Damit vervielfachte sich auf einen [134:] Schlag die Zahl der Opfer, denn solche „Untragbaren Elemente“ waren nicht nur „alle bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei“, sondern z. B. auch „die sowjetrussischen Intelligenzler“, „alle fanatischen Kommunisten“ und „alle Juden“. Zum ersten Mal wurden hier die Juden in ihrer Gesamtheit als Opfer genannt. Die Zahl der Opfer dieser Mordaktionen, die bis Kriegsende fortgeführt wurden – ab März 1942 mit etwas eingeschränktem Opferkatalog –, wird auf *mindestens* 140.000 geschätzt, sie liegt meiner Ansicht nach bedeutend höher.²²

Die Verknüpfung dieser Massenmorde mit dem Völkermord an den Juden ist offenkundig. Es ist aber noch auf zwei weitere Verbindungslinien hinzuweisen. Die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und Majdanek wurden ursprünglich gebaut, um die 100.000 sowjetischen Gefangenen unterzubringen, die Himmler für die SS erhalten sollte. Sie sollten als Arbeitsklaven in den riesigen Industriekomplexen dienen, die die SS zusammen mit Konzernen wie der IG Farben AG plante. Da in Auschwitz im Januar 1942 von den ursprünglich 10.000 sowjetischen Gefangenen nur noch einige Hundert lebten und weitere nicht zu erwarten waren, befahl Himmler eine Woche nach der Wannsee-Konferenz, diese Lager mit 150.000 Juden zu füllen. Mit den SS-Kriegsgefangenenlagern war also ein Teil der Infrastruktur erstellt worden, die für den Völkermord benötigt wurde. Die zweite Verbindungslinie: Bei der Ermordung von mehr als 600 sowjetischen Kriegsgefangenen, die von Einsatzkommandos als „untragbar“ ausgesondert und zur Ermordung nach Auschwitz gebracht worden waren, experimentierte im September 1941 der stellvertretende Lagerkommandant, Fritzsche, mit dem

²⁰ Vgl. Streit (wie Anm. 3), S. 231 f. – Text der Denkschrift mit Anmerkungen Keitels bei Ueberschär/Wette (wie Anm. 18), S. 355 f.

²¹ Der entsprechende Befehl Heydrichs mit dem Text des Abkommens zwischen Heydrich und dem OKW bei Ueberschär/Wette (wie Anm. 18), S. 346-49. Vgl. dazu Streit (wie Anm. 3), S. 87-105.

²² Streim (wie Anm. 2), S. 244, errechnet auf der Basis aktenkundig gewordener Erschießungen eine Mindestzahl von 140.000, fügt aber hinzu, daß die tatsächliche Zahl „erheblich höher“ (seine Hv.) gewesen sein dürfte. – Vgl. Streit (wie Anm. 3), S. 104 f.

Pestizid Zyklon B. Er fand so das Mittel, Millionen von Menschen mit einem minimalen Aufwand umzubringen.²³

Ende Oktober 1941 fiel in der deutschen Führung eine Entscheidung, die zunächst eine grundlegende Wende in der Politik den sowjetischen Gefangenen gegenüber möglich erscheinen ließ.²⁴ Da der gravierende Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft mit dem Scheitern des Blitzkriegs-[135:]konzepts nicht durch die Auflösung deutscher Divisionen beseitigt werden konnte, sollten nun die sowjetischen Gefangenen in großer Zahl eingesetzt werden. Selbst Hitler sah, daß dies eine „angemessene Ernährung“ voraussetzte. Es zeigte sich aber bald, daß die deutsche Führung nicht bereit war, die bestehenden Prioritäten aufzugeben. Die Rationen wurden zwar angehoben, blieben aber weiterhin am unteren Rand des Existenzminimums. Immerhin bewirkte das nun erwachte Interesse der deutschen Führung, daß das Massensterben im Frühjahr 1942 abflaute, daß auch die Massenerschießungen und willkürlichen Tötungen etwas eingeschränkt wurden und daß man allgemein mehr zur Erhaltung des Lebens der Gefangenen tat. Man wertete nun, wie es Himmler später in einer Rede ausdrückte, „die Masse Mensch [...] als Rohstoff, als Arbeitskraft“. Mit den zugestandenen Mitteln konnte allerdings die Sterblichkeit nie auch nur entfernt auf die Rate gebracht werden, die etwa für die angloamerikanischen Kriegsgefangenen galt. Vielmehr stieg die Sterblichkeit von Ende 1943 wieder an, da sich nun bei den Gefangenen mit Tbc und anderen inneren Erkrankungen die Folgen der langen Entbehungen zeigten.²⁵

Die Hoffnung, mit den sowjetischen Gefangenen den Arbeitskräftemangel beseitigen zu können, erfüllten sich nicht. Das Massensterben hatte ihre Zahl zu sehr dezimiert.²⁶ Die Zahl der in der Wirtschaft des Reichsgebiets eingesetzten Gefangenen stieg nur langsam und erreichte trotz ständig wiederholter Aktionen zur Beschaffung neuer Kräfte nie mehr als 631.000 (August 1944), ganze 11 Prozent der Gesamtzahl, da fortwährend Gefangene arbeitsunfähig wurden oder starben. Die wichtigste Ursache hierfür war die weiterhin unzureichende Ernährung, ein Faktor, der dadurch verschärft wurde, daß, ausgehend vom Kohlebergbau, die Ration des einzelnen Gefangenen von seiner Arbeitsleistung abhängig gemacht wurde. Hinzu kam, daß in allzuvielen Fällen Unternehmer in ideologischer Verhetzung oder nacktem Profitstreben mit Sklaventreibermethoden versuchten, aus den Gefangenen höhere Arbeitsleistungen herauszupressen. Sie folgten damit [136:] dem vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, proklamierten „oberste[n] Grundsatz [...], aus den Kriegsgefangenen der Ostvölker so viel an Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich ist“.

Wie konnte all dies geschehen? Schließlich entsprach es nicht der Tradition der deutschen Armee, wehrlose Gefangene zugrundegehen zu lassen oder gar zu ermorden.

Man kann diese Frage nicht mit einem einfachen Satz beantworten. Sicher war ein erheblicher Teil der Wehrmacht der Rassenideologie verfallen und sah in sowjetischen Bürgern nur Untermenschen. Sicher spielte, vor allem in der Anfangsphase des Ostkrieges, auch eine uns heute völlig unbegreifliche Sieges euphorie eine Rolle, in der man sich über die Folgen eigener Entscheidungen – zum Beispiel bei der Ernährung der Gefangenen – keinerlei Gedanken machte. Aber auch dies würde nicht erklären, weshalb Soldaten, die der NS-Ideologie kritisch gegenüber standen oder gar eindeutige Hitlergegner waren, in die Ausrottungspolitik einbezogen werden konnten.²⁷ Eine nähere Analyse zeigt,

²³ Vgl. Streit (wie Anm. 3), S. 217-23. – Vgl. Stanislaw Klodzinski, Die erste Vergasung von Häftlingen und Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Auschwitz, in: Die Auschwitz-Hefte. Texte der polnischen Zeitschrift „Przegląd Lekarski“ über historische, psychologische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz, Bd. 1, Weinheim und Basel 1987, S. 261-75.

²⁴ Vgl. zum Folgenden Streit (wie Anm. 3), S. 191-208.

²⁵ A. a. O., S. 244-49. – Das Himmler-Zitat entstammt der berüchtigten Rede vor SS-Führern in Posen am 4.10.43: IMG, Bd. 29, S. 112.

²⁶ Zum Folgenden vgl. Streit (wie Anm. 3), S. 238-88. – Das Sauckel-Zitat S. 253.

²⁷ Als Beispiele wären der Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee, Generaloberst Erich Hoepner, und der Oberbefehlshaber der 17. Armee, General der Infanterie Karl Heinrich von Stülpnagel, zu nennen. Vgl. Streit (wie Anm. 3), S. 110 f., 118 f., 124 und Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. [139:] Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981, S. 217-221.

daß der militante Antibolschewismus jener entscheidende Faktor war, der Soldaten sehr unterschiedlicher ideologischer Herkunft in die Vernichtungspolitik einbinden konnte.

Es ist bezeichnend, daß die ersten Mordaktionen, zu denen das Einverständnis der Militärs gefordert und gegeben wurde, Maßnahmen zur Vernichtung der kommunistischen Führungsschichten waren. Als die Heeresführung ihre Zustimmung zur Tätigkeit der SS-Einsatzgruppen gab, tat sie das, weil diese Einheiten die primäre Aufgabe haben sollten, die Parteiorganisation der KPdSU zu zerschlagen.

Ein Beispiel soll abschließend zeigen, wie dieser Faktor selbst bei konservativ denkenden Soldaten wirksam wurde, denen der Begriff „soldatische Ehre“ nicht eine bloße Floskel war. Am 30. Juni 1941 wandte sich General Joachim Lennsen – zum zweiten Mal binnen einer Woche – scharf gegen die vielen Gefangenenerschießungen, die in seinem Panzerkorps vorgekommen waren: „Das ist Mord!“ Der russische Soldat, der tapfer gekämpft habe, habe „Anspruch auf ehrenvolle, [137:] gute Behandlung“. Das waren absolut ungewöhnliche Worte in einem Befehl an der Ostfront. Im gleichen Befehl bekräftigte Lennsen aber, Kommissare und Partisanen seien „abseits zu führen und [...] zu erschießen“.²⁸ Bei Kommissaren, kommunistischen Funktionären also, galt auch für ihn der traditionelle Grundsatz nicht, daß ein Gegner, der sich ergibt, zu schonen sei.

²⁸ Der Befehl ist gedruckt bei Ortwin Buchbender. Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 104.

[140:]

Elisabeth Raiser

Erinnerung und Versöhnung

I. Verdrängung

In der Bundesrepublik wurde jahrzehntelang die Diskussion um die Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion ausgeblendet. Der herrschende Antikommunismus und die politische wie moralische Ablehnung der Sowjetunion als Exponent und Führungsmacht der kommunistischen Staaten führte zu einer umfassenden Verdrängung der Vergangenheit. Die spannungsvolle Spaltung Europas in zwei Lager, die bei uns als Spaltung Deutschlands besonders schmerzlich empfunden wurde, wurde einseitig der Sowjetunion zur Last gelegt.

Äußerungen wie die folgende von Konrad Adenauer waren zugleich symptomatisch wie prägend für ihre Beurteilung: „In unserer Zeit wird es sich entscheiden ... oder der Geist der Finsternis und der Sklaverei, ob der antichristliche Geist für lange, lange Zeit seine Geißel über die am Boden liegende Menschheit schwingen wird ...“. Da „steht Sowjetrußland mit seinen Trabanten und Satellitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien, hoch gerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend ...“.¹

Dieses Bild wirkte noch Jahrzehnte, auch während der Phase der Entspannung.

Es ließ uns weder dieses Land und seine Menschen noch uns selber erkennen. Die Sowjetunion als Sündenbock verschleierte die Tatsache, daß ja unsere Regierung selbst die Teilung Deutschlands vorangetrieben hatte, weil nur so die volle Westintegration möglich schien. Wollten wir nicht lieber geteilt und dafür wirtschaftlich blühend als geeint und relativ machtlos sein?

[141:] Ein Umdenken in dieser Beurteilung und damit eine neue Zuwendung zu der leidvollen Geschichte des Zweiten Weltkriegs, besonders des Krieg gegen die Sowjetunion brachte in der evangelischen Kirche die Rede von Altbischof Werner Krusche beim Friedenskongreß der EKD im Sommer 1984², in der breiteren Öffentlichkeit die Rede des Bundespräsidenten am 8. Mai 1985. Man wurde sich mit einem gewissen Erschrecken bewußt, daß die deutsche Schuldgeschichte gegenüber der Sowjetunion anders als gegenüber Polen, dem jüdischen Volk oder gar den westlichen Staaten unbearbeitet und unbekannt war und dadurch Versöhnungsschritte unmöglich schienen.

Dieser Krieg war außerhalb der historischen Wissenschaften bisher fast ausschließlich aus der Sichtweise der Opfer auf unserer Seite wahrgenommen worden: der Vertriebenen, der Kriegsgefangenen, der Hinterbliebenen. Das hatte die Auseinandersetzung mit ihm und dem eigenen Anteil an ihm verhindert und statt dessen zu Selbstrechtfertigung und Schuldzuweisungen an andere geführt. Sei es, daß man sich nur als unbedeutendes Rädchen im Getriebe verstand, sei es der Hinweis auf die Untaten der Roten Armee, sei es durch die nachträgliche Rechtfertigung des Krieges als Präventivschlag gegen die „bolschewistische Gefahr“³, sei es die Verweigerung der Frage nach dem Sinn und Zweck dieses Krieges, der als rein militärische Operation verstanden wurde⁴ – all dies hatte den Blick dafür versperrt, daß wir nur durch die angemessene Wahrnehmung der Grauen, die Deutsche aufgrund der verbrecherischen Kriegsführung über die Sowjetunion gebracht haben, zu einem Neuanfang mit ihr fähig werden.

¹ Zitiert nach Werner Krusche: Schuld und Vergebung. Der Grund christlichen Friedenshandelns. Hrsg. Aktion Sühnezeichen u. a. Berlin 1984.

² Krusche, a. a. O.

³ Hierzu vgl. die These 4 der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche in Westfalen und Lippe und anderer christlicher Initiativgruppen in: Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderungen zur Umkehr. 8 Thesen, Gütersloh 1987.

⁴ Vgl. M. Messerschmidt, Der Kampf der Wehrmacht im Osten als Traditionsproblem, in: Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, hrsg. v. Gerd R. Überschar und Wolfram Wette, Paderborn 1984, S. 255.

II. Erinnerung ist das Geheimnis der Versöhnung

Was haben wir – auch in der breiteren Öffentlichkeit von unserer Seite aus zu erkennen?

Es kann hier natürlich nicht darum gehen, historische Details aufzuzählen, sondern nur darum, einige kontroverse [142:] Punkte anzusprechen, die je nach Betrachtungsweise zu sehr unterschiedlichen Bewertungen dieses Krieges führen.

Da ist zunächst die Frage des Präventivkrieges. Hitler und seine Gefolgsleute haben immer wieder behauptet, es habe sich beim Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 um einen Präventivschlag gegen die hochgerüstete und zum Angriff auf Deutschland bereite Sowjetunion gehandelt. Diese These ist lang diskutiert und von vielen willig geglaubt worden. Man konnte auf diese Weise die Verantwortung abwälzen und das Feindbild noch verfestigen. Neuerdings ist die These von dem sowjetischen Offizier Viktor Suworow wieder erneut in die Diskussion gebracht worden.⁵ Seiner Kenntnis sowjetischer Militärakten zufolge und aufgrund zahlreicher strategischer Überlegungen kommt er zu dem Schluß, daß Stalin nur einen Angriff auf Deutschland planen konnte – die sowjetische Strategie vor Beginn des Krieges schloß jede sinnvolle Verteidigung aus, was sich bei dem Überraschungsangriff durch den sofortigen Zusammenbruch der sowjetischen Front in verhängnisvoller Weise bestätigte. Wollte er nicht selbst überrannt werden, hatte Hitler also nur die Wahl, einem Angriff zuvorzukommen.

Andere Historiker kennen Stalins Pläne genauer und detaillierter als ich. Die historische Forschung in der Sowjetunion, die neuerdings von Glasnost geprägt ist, wird hier vieles zum Vorschein bringen, was wir bisher alle nicht wissen. Eine Diskussion dieser Frage wäre sicherlich spannend.

Aber was dabei auch immer herauskommen würde, sie könnte Hitler, seine Gefolgsleute und Generale nicht entlasten. Denn unabhängig von Stalins Plänen haben sie den Krieg gegen die Sowjetunion als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt, und zwar von langer Hand. Wenige Stichworte müssen genügen. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939, der für die westeuropäischen Regierungen äußerst überraschend abgeschlossen wurde, war für beide Seiten nur eine „Vernunfttöte“ und stellte den Angriffswillen Hitlers gegenüber der SU nicht in Frage. Der Pakt hatte für Hitler in erster Linie den Zweck, England aus [143:] dem Konflikt mit Polen herauszuhalten, was nicht gelang, dann aber, die Hand frei zu haben für eine Zerschlagung Polens und die Eroberung Frankreichs, was die Voraussetzung dafür war, um das Heer für den Angriff auf die Sowjetunion zur Verfügung zu haben und Polen als „Vorgeschobenes Glacis“ benutzen zu können.

Die Ziele dieses Krieges hatte Hitler bekanntlich in „Mein Kampf“ und in seinem „Zweiten Buch“ schon sehr früh unmißverständlich dargelegt:

- die Eroberung eines Lebensraumes für die Deutschen, denen die rassistisch als minderwertig angesehenen Völker der SU Platz machen und als Knechte dienen sollten,
- die Zerschlagung des „Bolschewismus“ als System und
- die Ausrottung der Juden, die seiner Ansicht nach die tragende Schicht des Systems bildeten.

Seine Gleichsetzung des sowjetischen Systems und des Judentums, das er für verrottet und unfähig hielt, hatte bekanntlich eine totale Fehleinschätzung der ökonomischen und militärischen Kraft der Sowjetunion zur Folge und führte – neben anderen Faktoren – zu der unverantwortlichen und verhängnisvollen Planung und Durchführung dieses Feldzugs. Die eben genannten Ziele ließ Hitler nie aus den Augen. Sie hatten trotz Nichtangriffspakt schon im Herbst 1939 wichtige Auswirkungen auf die militärische Planung. Hitler drängte schon damals auf eine rasche Durchführung und Beendigung des Krieges im Westen, um sich dann erneut dem „Osten zuwenden und dort klare Verhältnisse schaffen“ zu können.⁶

⁵ Viktor Suworow, *Der Eisbrecher. Hitler und Stalins Kalkül*. Aus dem Russ. von Hans Jäger, Stuttgart 1989.

⁶ Zitiert nach Gerd R. Ueberschär, *Hitlers Entschluß zum „Lebensraum“-Krieg im Osten. Programmatik oder militärstrategisches Kalkül?*, in: „Unternehmen Barbarossa“, a. a. O., S. 91.

Von der expansorischen Politik Stalins fühlte er sich nicht bedroht. Ein Beleg unter vielen: Im Zusammenhang mit dem von Moskau begonnenen „Winterkrieg“ gegen Finnland meinte Hitler gegenüber Goebbels, die Sowjetarmee sei „kämpferisch kaum zu gebrauchen“.⁷ Als ab Mai 1941 im Grenzbereich sowjetische Truppenverstärkungen beobachtet wurden, führte auch das zu keinen Befürchtungen vor einem sowjetischen Angriff. Man war vielmehr erleichtert, daß die Rote Armee „genau an der Grenze massiert“ war, da dies den [144:] „Durchstoß“ erleichtern und „eine leichte Gefangenbeute“ garantieren würde, wie Goebbels notierte. Das heißt, mit sowjetischen Angriffsabsichten wurde nicht gerechnet.⁸

Nach dem Sieg über Frankreich fühlte sich Hitler erst recht stark. Er meinte nun, den Krieg gegen den „Untermenschen“ im Osten auch trotz des weiteren Kampfes gegen England im Westen beginnen zu können, wobei der Zeitfaktor eine wichtige Rolle spielte. Hitler wollte die Chance zum Angriff auf die Sowjetunion nicht verpassen, solange Großbritannien und die USA ihre Militärpotentiale noch nicht ausgebaut hatten.⁹

So kam es im Juli 1940 zum endgültigen Beschluß des Krieges gegen die Sowjetunion, mit den alten Programmen und Zielen. Vorgesehener Zeitpunkt war Mai 1941. Die entsprechenden militärischen Vorbereitungen wurden getroffen. Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland die Sowjetunion unter Brechung des Vertrages.

Zweitens geht es darum, den Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion bei uns als das wahrzunehmen, was er war: ein völkerrechtswidriger Eroberungs- und Vernichtungskrieg, mit einer entsprechenden Vernichtungsstrategie, die ihn wesentlich von den Kriegen im Westen unterschied. Ich nenne zur Erinnerung nur noch einmal die Stichworte: Kommissarbefehl, Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, systematische Ausrottung der Juden, Aushungerung der Bevölkerung, die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, Politik der verbrannten Erde auf dem Rückzug.¹⁰

Wichtig in unserem Zusammenhang ist die Frage der Mitverantwortung, sowohl der Wehrmacht einerseits wie der deutschen Bevölkerung und der Kirchen andererseits. Was die Wehrmacht betrifft, so kann man heute der historischen Erkenntnis nicht mehr ausweichen, daß sie diesen Krieg als Vernichtungskrieg nicht verhindert, sondern aktiv ausgeführt hat. Eine Reihe von verbrecherischen Befehlen wurden durch die Wehrmachtsspitze selbst angeregt oder befürwortend verbreitet. Widerspruch dagegen wurde unter Hinweis auf den besonderen Charakter dieses Krieges immer wieder zurückge-[145:]wiesen.

Die Mitbeteiligung wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß viele Soldaten am soldatischen Ethos festhielten und in den passiven oder aktiven Widerstand gingen, bzw. sich über den Charakter des Krieges nicht im Klaren waren. Der aktive, organisierte Widerstand unter den Offizieren ist bekannt. Er richtete sich gegen die Verletzung des Völkerrechts in diesem Krieg und führte sie zu der Erkenntnis, daß nur ein Ende des Regimes Deutschland und die Ehre der Wehrmacht retten könne. Sie bezahlten ihre Überzeugung mit dem Leben. Gerade ihnen gegenüber sind wir verpflichtet, ihre Erkenntnis weiterzutragen und die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen, gegen die sie aufstanden, beim Namen zu nennen.

In der deutschen Bevölkerung waren die Pläne zur totalen Vernichtung der Sowjetunion nur wenigen bekannt, und das Ausmaß der Verbrechen konnten die meisten nicht ermessen. Viele waren beunruhigt über die Nachrichten, die sie von der Ostfront erhielten, manche hatten bereits zu Beginn des Krieges vor einer Wiederholung des napoleonischen Desasters gewarnt. Gleichwohl war die Mehrheit

⁷ Dazu Ueberschär, a. a. O., S. 97 ff.

⁸ Ebda., S. 106

⁹ Ebda.

¹⁰ Eine gute, knappe Zusammenfassung dieser Strategie und der Wehrmachtsbeteiligung findet sich bei: Christian Streit, Der Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion 1941-1945, in: Brücken der Verständigung. Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion, hrsg. von Elisabeth Raiser, Hartmut Lenhard und Burkhard Homeyer, Gütersloh 1986, GTB Siebenstern 579, S. 23-49. Vgl. die dort angegebene Literatur.

von der Rechtmäßigkeit des Krieges gegen den „Bolschewismus“ überzeugt und hielt eine besondere Härte in der Kriegsführung für gerechtfertigt.

Auch in den Kirchen herrschte diese Grundstimmung. Ein Satz aus dem Telegramm des Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche an Hitler vom 30. Juni 1941 mag das belegen: „... Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Land gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf ...“¹¹ Natürlich gab es auch in den Kirchen verschiedene Gegner des Kriegs; aber Sorgen und Befürchtungen wurden meist nur im Familien- oder Freundeskreis ausgesprochen. Widerspruch von der Kanzel wurde kaum laut, Widerstand nur von wenigen geübt, zumal das eigene Leben dabei auf dem Spiel stand.¹²

[146:]

III. Zum Problem der Schuld

Wenn man von der Notwendigkeit spricht, der Wahrheit der Geschichte ins Auge zu sehen, stößt man oft auf vehementen Widerstand. Jugendliche vor allem, aber auch Angehörige meiner Generation wehren sich entschieden gegen jede Art von Bekenntnis zu einer Schuld, für die sie aufgrund ihres Alters in keiner Weise verantwortlich gemacht werden können. Versöhnung geschehe in der Begegnung, im Kennenlernen der andern, nicht im Wühlen in der Vergangenheit. Aber: selbst wenn bei der Darstellung der Geschichte der Begriff der Schuld gar nicht eingeführt wurde, wird er oft durch die Kritiker selbst genannt, um dann infrage gestellt zu werden. Es gibt also ein Schuldproblem, das unterschwellig allgemein präsent ist. Was steckt dahinter?

Ich möchte an dieser Stelle nicht psychologisch oder sozialpsychologisch, sondern von meinem Selbstverständnis als Christin aus argumentieren und Ihnen einige theologische Überlegungen zumuten, die mir selbst in diesem Zusammenhang wichtig geworden sind.¹³

In unserem Sprachgebrauch denken wir bei dem Wort Schuld meist an eine Tat, die jemand begangen hat und die ihre Sühne verlangt. Schuld und Strafe – das sind rechtliche Kategorien. Die Schuld bedrückt das Gewissen des Täters solange, bis sie gesühnt ist. Mit diesem Begriff der Schuld hat die Schwierigkeit zu tun, die wir Deutsche im Umgang mit der Schuld unseres Volkes haben. Die ewige Büßerhaltung überanstrengt uns, und die Flucht aus dieser moralischen Überanstrengung ist bei vielen Verdrängung, Vergessen.

Blicken wir jedoch in die biblische Tradition, so erkennen wir hier im Verhältnis zu dem an individueller Verantwortung ausgerichteten Schuldbegriff eine eigentümlich objektive Vorstellung von Schuld. Schuld ist nicht so sehr die Verletzung von Normen, die durch eine gerechte Strafe gesühnt werden muß als vielmehr eine Last, die auf der Beziehung zwischen Menschen liegt, sie „be-lastet“ und das Zusammenleben [147:] beschwert oder unmöglich macht. Damit ist auch die Beziehung zu Gott gestört. Diese Last muß abgetragen werden, damit Leben wieder möglich wird, sonst wirkt sie weiter, von Generation zu Generation (vgl. 2. Moses 20,5). Die Versöhnung mit Gott wird am Versöhnungstag begangen – die Versöhnung zwischen den Menschen geschieht durch Umkehr, Zurechtbringung. Bei einer gebrochenen Gemeinschaft müssen wir uns in die Bruchstelle stellen – und das ist die Erinnerung – erst dann können wir Brücken der Verständigung bauen, auf denen wir uns neu und unbefangen wieder begegnen können.

Dies Sich-in-die Bruchstellen begeben geht aus von der Erfahrung, daß Vergebung zwischen Menschen möglich ist, wobei nicht die Tat vergeben wird, sondern dem oder den Menschen. Vergebung trennt also den Täter von der Tat. Hannah Ahrend, die große jüdische Denkerin, sagt, dies sei die

¹¹ Zitiert nach W. Krusche, a. a. O., S. 15.

¹² Zur Stellung der Kirchen vgl. Lutz Lemhöfer, Gegen den gottlosen Bolschewismus. Zur Stellung der Kirchen zum Krieg gegen die Sowjetunion, in: „Unternehmen Barbarossa“, a. a. O., S. 131-139 und die dort angegebene Literatur.

¹³ Dazu ausführlich Konrad Raiser, Die Folgen der Schuld-Auftrag der Versöhnung, in: Orientierung. Berichte und Analysen aus der Arbeit der Evangelischen Akademie Nordelbien, Bad Segeberg, Heft 1, 1988, S. 22 ff.

Fähigkeit des Menschen, sich und die andern aus der Unwiderrufbarkeit des Getanen zu befreien, das ohne Vergebung eine unendliche Folge von Rache nach sich ziehen würde¹⁴. Für Jesus selbst war die Vergebung durch Gott und durch die Menschen eine zentrale Vorstellung im Rahmen seiner Ethik.

Aber Vergebung ist nur sinnvoll und möglich, wo die Last der Schuld wirklich erkannt wird – und das kann nur geschehen in der konkreten Erinnerung und damit zugleich der Zuwendung zu den Menschen, die gelitten haben. Auf die Sowjetunion bezogen geht es gar nicht um ein persönliches, zerknirschtes Schuldbekenntnis, sondern um ein gemeinsames Hinsehen auf das Leid, das Deutsche ihnen angetan haben, um Trauer und um die Bereitschaft, unsere Verantwortung dafür zu übernehmen, was aus der Schuld der Väter wird. Erst dann sind wir glaubwürdig und vertrauenswürdige Gesprächspartner für die Sowjetunion. In diesem Sinne ist die ehrliche Erinnerung die Voraussetzung für jede Versöhnung.

[148:]

IV. Neugier und Grenzgängertum

Ich komme damit zu meinem vierten und letzten Punkt: Wo liegen die Chancen einer Kooperation und friedlichen Koexistenz heute?

Antje Vollmer sagte kürzlich in einem Vortrag, dem Frieden stiften läge oft Neugier zugrunde: die Neugier, den anderen, auch den Gegner kennenzulernen, ihm auf die Spur zu kommen, seine Gedanken und Gefühle wahrzunehmen. Daraus erwächst ja tatsächlich oft ein unerwartetes Umdenken und neues Handeln. Die Ängste des andern wahrnehmen ist häufig der erste Schritt zu einer Überwindung von festgefahrenen und mit eigenen Ängsten besetzten Feindbildern.

Gorbatschows Erfolg und Unermüdlichkeit in seinen außenpolitischen Initiativen gegenüber dem Westen hängt mit dieser Art seines Denkens zusammen. Er kann sich das westliche Sehraster zu eigen machen, er erkennt die Ängste, die sich im Laufe der Jahrzehnte vor der Sowjetunion aufgebaut haben. Seine Vorschläge und Handlungen durchbrechen diese Denkschemata, gerade weil er sie versteht. Sie widersprechen dem klassischen Bild, das wir uns von der sowjetischen Führung gemacht haben. Daß Gorbatschow damit auch ein ureigenstes Interesse verfolgt, nämlich das Loskommen von den wirtschaftlich unbewältigbaren Rüstungsausgaben, macht ihn für kluge Politiker im Westen nur umso glaubwürdiger. Insgesamt zeigt allerdings die Reaktion der NATO-Staaten auf seine Initiativen weithin Unsicherheit und Mißtrauen. Die Modernisierungsdebatte ist symptomatisch dafür.

Dennoch hat Gorbatschow auch hier im Westen das Grenzgängertum zwischen den Systemen sozusagen hoffähig gemacht, und hierin liegt m.E. die eigentliche Chance unserer Zeit für Frieden und Kooperation.

¹⁴ Hannah Ahrend, *Vita activa*, Neuausgabe bei Piper, München ⁴1987, S. 232 ff.

[150:]

Dokument

Polnisch-sowjetische Historikerkommission

Probleme aus der Geschichte klären

Eine polnisch-sowjetische Historikerkommission aus Mitgliedern der beiden kommunistischen Parteien PVAP und KPdSU hat ein gemeinsames Papier „Zum Beginn des zweiten Weltkriegs“ veröffentlicht. Das Papier, Ende Mai 1989 in „Trybuna ludu“ und „Prawda“ gleichzeitig gedruckt, hat sich zum Ziel gesetzt, offene Fragen in der Geschichte der Beziehungen beider Länder zu klären: „Es stellt die Gründe für die Vereinsamung Polens im September 1939 dar, klärt die Quellen der damaligen sowjetischen Politik auf und wendet sich kritisch Fakten im Zusammenhang mit der Besetzung der polnischen Ostgebiete durch die UdSSR zu.“ Daß die Kommission zu einer gemeinsamen Einschätzung gekommen sei, „zeugt davon“, wie es in der Präambel heißt, „daß wir aus unseren Beziehungen all das entfernen, was der Freundschaft und der tiefgreifendsten Annäherung zwischen dem polnischen Volk und den Völkern der Sowjetunion schadet“.

Die Darstellung geht aus von der aggressiven Konzeption Hitlerdeutschlands und einer Politik der Westmächte, die sich darauf richtete, „die wachsende deutsche Expansion in Richtung Osten zu steuern“, würdigt die sowjetischen Anstrengungen zur Herstellung eines Systems kollektiver Sicherheit gegenüber dem faschistischen Block. Zu den bilateralen Beziehungen dieser Zeit führt die Kommission aus:

„So wie es zum Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre zum polnisch-sowjetischen Zusammenwirken [151:] kam (Unterzeichnung eines Protokolls über die frühere Realisierung des Paktes Briand-Kellogg, eine gewisse Annäherung der Standpunkte auf der internationalen Abrüstungskonferenz, Unterzeichnung einer Konvention zur Begrenzung einer Angriffsgefahr, Zusammenarbeit im Kampf gegen den Viererpakt), so nahmen die UdSSR und Polen ab Mitte der dreißiger Jahre gegensätzliche Standpunkte zu praktisch allen wichtigen Weltproblemen ein.“

Die Benennung des Münchner Abkommens als einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag unterscheidet sich allenfalls durch den kühlen Ton von früheren sowjetischen Darstellungen:

„Nach Abschluß des Münchner Abkommens und besonders nach der Besetzung der Tschechoslowakei im März 1939 entstanden in der sowjetischen Außenpolitik Tendenzen, auf irgendeine Weise zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Deutschland zu kommen, was durch die deutlich wachsende, potentielle deutsche Aggressionsgefahr gegenüber der UdSSR erklärbar ist. Eines der Anzeichen dieser Tendenzen war die Ersetzung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim M. Litwinow, durch Wjatscheslaw M. Molotow Anfang Mai 1939.“

Zum Scheitern der britisch-sowjetisch-französischen Verhandlungen des Sommers 1939 wird ausgeführt, sie „brachten nicht nur deshalb keine Resultate, weil Polen sein Einverständnis verweigerte, im Falle einer deutschen Aggression die sowjetischen Streitkräfte durch den Korridor Wilna-Galizien mit dem Ziel der gemeinsamen Abwehr der deutschen Armee ziehen zu lassen, sondern deshalb, weil Großbritannien und Frankreich keine realen Garantien für die Schaffung eines gemeinsamen Systems der Bändigung des Hitlerschen Aggressors mit der UdSSR gaben. In kurzer Zeit spürte Polen die Folgen dieser Politik der Großmächte in vollem Umfang“.

Das eigentliche Neue des Papiers aber beginnt damit, daß das geheime Zusatzprotokoll zu dem Vertrag vom 23. August 1939 nun auch von offizieller Seite als der Sache nach existent behandelt wird:

[152:] „Aus im Westen veröffentlichten Sammlungen deutscher diplomatischer Dokumente geht hervor, daß ein dem Vertrag beigefügter Teil ein geheimes Zusatzprotokoll war. Das Original dieses Protokolls ist in sowjetischen und anderen Archiven nicht gefunden worden.“

Aber sowohl die weitere Entwicklung der Ereignisse als auch die diplomatische Korrespondenz stützen die Feststellung, daß in irgendeiner Form im August 1939 eine Vereinbarung bezüglich der Interessensphären beider Staaten, die mehr oder weniger entlang der Flüsse Pisa, Narew, Wisla und San verliefen, erreicht wurde. Mit anderen Worten, im Vertrag war die Garantie zur Einhaltung einer Linie, die die deutschen Streitkräfte nicht überschreiten sollten, enthalten, was als Notwendigkeit für die Sicherheit der UdSSR anerkannt wurde.“

In der Darstellung des Kriegsverlaufs auf dem Boden des polnischen Staates leistet die Sowjetunion Abbitte für die damaligen politischen Fehler ihrer Staatsführung. Dieser beispiellose Vorgang soll durch das ungekürzte letzte Drittel des Papiers dokumentiert werden:

„Am 1. September überfielen die Deutschen Polen. Zwei Tage später (am 3. September) erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Aus den britischen und französischen Dokumenten vom Frühling und Sommer 1939 geht jedoch hervor, daß diese beiden Staaten bereits zu jenem Zeitpunkt beschlossen hatten, nicht in die Offensive zu gehen, um das angegriffene Polen zu unterstützen. Seit Beginn der Kriegshandlungen kämpfte Polen allein auf sich gestellt gegen die deutlich überlegenen gegnerischen Kräfte. Entsprechend der britisch-französischen Strategie sollte über die Geschicke Polens erst die Niederschlagung Deutschlands bzw. der Sieg über die Deutschen entscheiden. Unter diesen Umständen war die Niederlage Polens in der polnisch-deutschen Septemberkampagne vorherbestimmt. Es war eindeutig, daß das Los Polens auch von der Evolution der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR abhängen würde.

Die UdSSR verfolgte aufmerksam den Verlauf der Kriegser-[153:]eignisse in Polen und bot materielle Hilfe an, die sich allerdings durch die schnelle Entwicklung der Ereignisse nicht als real erwies. Die Sowjetunion war zweifellos an einem starken polnischen Widerstand interessiert, der Verlauf der Kriegsereignisse zeugte jedoch davon, daß dieser Widerstand abnahm. In Moskau zog man auch Schlußfolgerungen aus der mangelnden Aktivität Frankreichs und Großbritanniens, was letztendlich besiegelt wurde durch die Beschlüsse der britisch-französischen Konferenz in Abbeville vom 12. September, die der sowjetischen Regierung möglicherweise bekannt waren. Unter Berücksichtigung der sich schnell verändernden Situation und der wachsenden Gefahr, daß die deutsche Armee zur sowjetisch-polnischen Grenze vordringen würde, fällt die sowjetische Regierung unter Nutzung des Vertrages vom 23. August 1939 die Entscheidung, die Bevölkerung der Westukraine und des westlichen Belorußlands unter ihren Schutz zu stellen.

Der Einmarsch der Roten Armee in diese Gebiete wurde von der polnischen Öffentlichkeit mit Betroffenheit aufgenommen und rief auch feindselige Reaktionen hervor. Gleichzeitig begrüßte die ukrainische und belorussische Bevölkerung, die in diesem Teil Polens lebte, die Rote Armee mit Befriedigung.

Wie polnische und andere Quellen bestätigen, verließ die polnische Regierung das Territorium des Landes am Abend des 17. September 1939, das Oberkommando hingegen am 18. September gegen Morgen, 24 Stunden nach dem Einmarsch der Roten Armee. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die deutschen Truppen etwa 170 Kilometer vom Ort des Grenzübertritts der polnischen Regierung nach Rumänien entfernt, die Rote Armee war etwa 70 Kilometer entfernt. Aus einer nach Rom gesandten Information des italienischen Botschafters in Bukarest folgt, daß die Rote Armee auf dem Südschnitt ihr Marschtempo verlangsamte, um der polnischen Regierung und einem Teil der polnischen bewaffneten Kräfte die Evakuierung nach Rumänien zu ermöglichen.

Der Verlauf der Ereignisse, die mit dem Vormarsch der Roten Armee nach Westen im September 1939 zusammenhän-[154:]gen, muß von den Historikern noch detaillierter untersucht werden.

Am 28. September 1939 wurde in Moskau ein zweiter sowjetisch-deutscher Vertrag unterzeichnet, in dem die Grenze der Interessengebiete beider Staaten mehr oder weniger entlang dem Verlauf der Flüsse Narew, Bug und San verändert wurde. Bei der Festlegung dieser Grenze ließ sich die Sowjetunion im Prinzip von ethnischen Gesichtspunkten leiten und widersetzte sich einem weiteren Vorrücken Hitlerdeutschlands nach Osten. Dem Vertrag war eine entsprechende Karte beigelegt.

Aus deutschen Dokumenten geht hervor, daß der Vertrag drei Protokolle als Anlage hatte, ein vertrauliches und zwei geheime.

Das vertrauliche Protokoll betraf die Umsiedlung der im sowjetischen Interessenbereich lebenden deutschstämmigen Bevölkerung. Das erste der beiden Geheimprotokolle präzierte die Grenze dieser Bereiche, die zum großen Teil mit den ethnischen Grenzen übereinstimmte; in dem anderen Geheimprotokoll war davon die Rede, daß beide Seiten auf den eingenommenen Territorien keine polnische Agitation gegen die jeweils andere Seite zulassen würden.

Durch die Annahme und die Realisierung dieser Beschlüsse, darunter des Vertrags vom 28. September, hat die Sowjetunion die Normen des Völkerrechts ernsthaft verletzt.

Vor allem muß vermerkt werden, daß der Vertrag vom 28. September, der die äußerste östliche Linie für das Vorrücken der Wehrmacht durch die von Deutschland auf staatlicher Ebene übernommenen Verpflichtungen garantierte, nicht nur als ‚Grenz‘-, sondern sogar als ‚Freundschafts‘-Vertrag bezeichnet wurde. Das gab nicht nur Anlaß zu der Behauptung, zwischen der UdSSR und den deutschen Faschisten bestünden freundschaftliche Beziehungen, sondern war faktisch eine Reinwaschung des Faschismus. Das verzerrte die Klassenorientierung sowohl des gesellschaftlichen als auch des individuellen Bewußtseins. Mit dem Abkommen, das schwere Folgen sowohl für Polen als auch die UdSSR hatte, wurden [155:] die Leninschen Prinzipien mit Füßen getreten, der internationalen Arbeiterbewegung ein Schlag versetzt.

Am 17. September übergab der Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Wladimir Potjomkin, dem polnischen Botschafter in Moskau, Waclaw Grzybowski, eine Note der Sowjetregierung, in der festgestellt wurde, daß der polnische Staat faktisch nicht mehr bestehe. Diese Erklärung widersprach den Normen des Völkerrechts, da die Okkupation des Territoriums Polens durch deutsche Truppen nicht die Tatsache der Existenz des Staates Polen als eines von den Verbündeten und den neutralen Staaten anerkannten Völkerrechtsobjekts aus der Welt schaffen konnte. Hinzu kommt, daß sich am 17. September Warschau, die Hauptstadt Polens, immer noch verteidigte. Kampffähige Einheiten der polnischen Armee leisteten weiterhin Widerstand.

Die These, daß der polnische Staat nicht mehr existiere, wurde von Molotow öffentlich am 31. Oktober 1939 auf einer Sitzung des Obersten Sowjet der UdSSR wiederholt. Er erklärte unter anderem: ‚... man muß auf eine solche Tatsache wie die militärische Niederlage und den Zerfall des polnischen Staates hinweisen. Die herrschenden Kreise Polens hatten sich mit der ›Dauerhaftigkeit‹ ihres Staates und der ›Stärke‹ ihrer Armee gewaltig gebrüstet. Nur ein kurzer Schlag der deutschen Armee und anschließend der Roten Armee genügte – und nichts blieb vom ungeheuerlichen Machwerk des Versailler Vertrags übrig, der die Unterdrückung der nichtpolnischen Völkerschaften begründete.‘

Diese Erklärung widersprach nicht nur dem Völkerrecht, sondern stellte auch eine Beleidigung Polens dar. Die jetzige sowjetische Führung und die wissenschaftliche Öffentlichkeit der UdSSR distanzieren sich entschieden davon. Die Erklärung stellte zudem die Aggression Hitlers und die Handlungen der Roten Armee grundlos auf eine Stufe.

Durch die Unterzeichnung des Abkommens über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe mit der polnischen Exilregierung am 30. Juli 1941 setzte die Sowjetunion die These von [156:] der Nichtexistenz des polnischen Staates außer Kraft und annullierte gleichzeitig die mit Hitlerdeutschland unterzeichneten Abkommen zu Polen. Abschließend muß der gerechte Charakter des Krieges hervorgehoben werden, den Polen vom 1. September 1939 an gegen Deutschland führte.

Polen hat mit der konsequenten Weigerung, dem Antikominternpakt beizutreten, den deutschen Vorschlag eines gemeinsamen ‚Kreuzzuges gen Osten‘ zurückgewiesen und als erstes Land dem faschistischen Aggressor bewaffneten Widerstand entgegengesetzt.

1939 erlitt Polen eine Niederlage. Seine westlichen Verbündeten hatten dem Land keine Hilfe erwiesen. Im Juni 1941 wurde die Sowjetunion selbst Opfer des Überfalls der Faschisten. Sie erstarkte während des Krieges zur Hauptkraft der Antihitlerkoalition. Die Jahre des Krieges waren eine sehr

schwere Zeit für Polen und die UdSSR; von 1941 an kämpften die Völker der Sowjetunion und Polens gemeinsam gegen den Faschismus.

Die Historiker, die die Untersuchungen über diese tragische Zeit fortsetzen, müssen so vollständig wie möglich Antwort auf die Frage geben: Wie und warum begann der zweite Weltkrieg? Was wurde versäumt, um ihn zu verhindern? Diese Antwort soll den Menschen helfen, aus der Geschichte Erfahrungen zu gewinnen und Lehren zu ziehen. Es muß alles getan werden, damit es niemals wieder zu einem Krieg kommt.

24.5.1989“

Text des Papiers nach: Neues Deutschland, 27./28.5.1989. Gekürzt und kommentiert von Deutsche Volkszeitung/die tat vom 23. Juni 1989.

[157:]

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Gilbert *Badia*, Historiker, emeritierter Hochschullehrer an der Universität Paris VIII

Dr. Valentin *Bereschkow*, Historiker und Diplomat, in den 40er Jahren Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Berlin, Dolmetscher bei zahlreichen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, heute tätig am Moskauer Institut für Fragen der Beziehungen der Sowjetunion zu den USA und zu Kanada

Prof. Dr. Jost *Dülffer*, Historiker, Hochschullehrer am Historischen Seminar der Universität zu Köln

Dr. Ulrike *Hörster-Philipps*, Historikerin, Mitglied des Vorstandes der Joseph-Wirth-Stiftung

Ludwik *Krasucki*, Mitglied des Präsidiums des Gesamtpolnischen Friedenskomitees, Warschau

Prof. Dr. Reinhard *Kühnl*, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer an der Universität Marburg

Dr. Manfred *Messerschmidt*, bis 1988 Leitender Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg

Dr. Elisabeth *Raiser*, Mitverfasserin der Acht Thesen zu Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion" der Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe, Ländervertreterin im Ökumenischen Forum christlicher Frauen in Europa

Dr. Christian *Streit*, Historiker, Gymnasiallehrer

Dr. Hermann *Weber*, Völkerrechtler am Institut für Internationale Beziehungen an der Universität Hamburg

Die *Joseph-Wirth-Stiftung* hat sich zum Ziel gesetzt, zur Förderung einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beizutragen. Im Geiste ihres Namensgebers, der 1922 in Rapallo den historisch ersten Vertrag friedlicher Koexistenz zwischen der Weimarer Republik und der Sowjetrepublik geschlossen hat, wirkt die Wirth-Stiftung für Völkerverständigung, für die Verständigung zwischen Ost und West, für eine Politik der Zusammenarbeit, der Sicherheitspartnerschaft und der Abrüstung.

Anschrift: Bismarckstr. 89, 4000 Düsseldorf 1.